ATZE



Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 22

Mai/Juli 1994 2,50 DM

Razzia in Flüchtlingsheim

ALLES HELL, JUNGS!
EIN GRAMM HASCH!
WER SAGT'S DENN?

YUHU
ABSCHIEBEN!
RAUS!
KAFFER!
GEWONNEN!
WOLL JA!
YEAH!
NEGERPACK!
DEESKALATION NEIN DANKE!

Liebe Leser, Liebe Leserinnen,

keine Woche vergeht in diesem Land inzwischen ohne Schändung eines jüdischen Friedhofes. Dies zeigt wie bereits der Anschlag auf die Synagogen in Essen und Lübeck und die politischen Reaktionen darauf nur zu deutlich, daß der Antisemitismus in diesem Land nach wie vor eine solide Basis hat.

Ähnliches gilt für den Rassismus- einerlei, ob er sich nun in den Magdeburger Jagdszenen auf Schwarze und andere Nicht-Weiße ausdrückt oder in der mit brutaler Gewalt durchgeführten Razzia in einer Kieler Flüchtlingsunterkunft; die Betroffenen jedenfalls haben wenig Unterschiede zwischen dieser Polizeiaktion und einem Neonazi-Überfall ausmachen können.

Es wäre freilich unzureichend, nicht auch auf die vielen Ansätze von antirassistischem und antifaschistischem Widerstand und die Versuche zur Selbstorganisierung hinzuweisen: In Magdeburg ist aus früheren Versäumnissen gerlernt worden; bereits kurz nach den rassistischen Menschenjagden sind AntifaschistInnen dort organisiert aufgetreten und haben demonstriert, daß sie nicht gewillt sind, den FaschistInnen die Straße zu überlassen.

In Kiel haben Ende April/Anfang Mai die *Afrikanischen Kulturtage* stattgefunden. Über diese Veranstaltung, die ebenso einen Ansatz von Selbstorganisierung zum Ausdruck bringt, berichten wir in diesem Heft ausführlich.

Leider konnten wir aus Platzgründen eine Reihe uns vorliegender Artikel in diesem Heft nicht berücksichtigen. Wir möchten die AutorInnen auch auf diesem Wege dafür um Verständnis bitten, hoffen jedoch zugleich, ein vielseitiges und interessantes Heft vorlegen zu können.

Ein Schwerpunkt darin ist erneut der staatliche Rassismus; ein weiterer liefert interessante Hinweise auf die Aktivitäten der faschistischen Strömungen in Schleswig-Holstein. Schließlich nehmen wir noch einmal zum Film „Beruf Neonazi" Stellung, den wir im Rahmen eines antifaschistischen Seminars in Kiel gezeigt haben. An die zeitgleich produzierte ATZE-Sonderausgabe werden sich viele von Euch wohl noch erinnern.

An dieser Stelle sei erneut darauf hingewiesen, daß wir für Artikel, Kritik oder Anregungen immer aufgeschlossen sind. Natürlich freuen wir uns auch, wenn ihr für die ATZE Werbung macht oder sie auf andere Art und Weise, z.B. durch Handverkauf, unterstützt.

Die **ATZE**-Redaktion

Atze

Antifaschistische Zeitung Kiel
Schweffelstraße 6, 24118 Kiel
Auflage: 900
Nr. 22, Mai/ Juli 1994
V.i.S.d.P.: W. Petersen
Abdruck, auch auszugsweise, nur nach Rückfrage bei der Redaktion oder den AutorInnen.
Bankverbindung: S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20
Redaktionsschluß für die Nr. 23: 15. Juli 1994

Inhaltsverzeichnis

Schleswig Holstein

Polizeiüberfall auf Flüchtlingswohnungen in der Körnerstraße ..... S. 3
2. Konferenz zur interkulturellen Zusammenarbeit - Hat KIZIG eine Zukunft? ..... S. 6
Afrikanische Kulturtage ..... S. 7
Der Anschlag auf die Lübecker Synagoge ..... S. 10
Wahl in Schleswig-Holstein ..... S. 12
Rechtsruck an der Christian-Albrechts-Universität ..... S. 13
Kampagne gegen Nazi-Zeitungen ..... S. 18
Einige Eindrücke von der „Kurdenpolitik" in Schleswig-Holstein ..... S. 26
Schon gehört? ..... S. 15
Meldungen ..... S. 28
Rassismus Reisen ..... S. 36

Anti-Antifa

Kurt Hirsch - ein Stasi-Agent? ..... S. 24
Internationale Nationalisten ..... S. 24

ATZE

„Beruf Neonazi" - Vom Umgang mit einem Propagandafilm ..... S. 20
Mit aller Kraft für gleiche Rechte ..... S. 19

Sonstiges

Fahndungsdatei auf „ethnisch" ..... S. 25
Paßkontrolle nach „ausländischem Aussehen" ..... S. 25
Buchbesprechungen ..... S. 30
Oskar Schindler: „Weder ein Held noch ein Engel" ..... S. 31

Gestern und Heute

Von deutschen Intellektuellen und ihrem Ringen ums Nationale ..... S. 32

Polizeiüberfall auf Flüchtlingswohnungen

„Für ein friedliches Zusammenleben" - oder: das kleine 1X1 des divide and rule

Der nun folgende Artikel beschäftigt sich mit einer Reihe von Fragen, die aufgeworfen wurden im Zusammenhang einer am 23.03.,94 durchgeführten Razzia in einer Flüchtlingsunterkunft in Kiel.

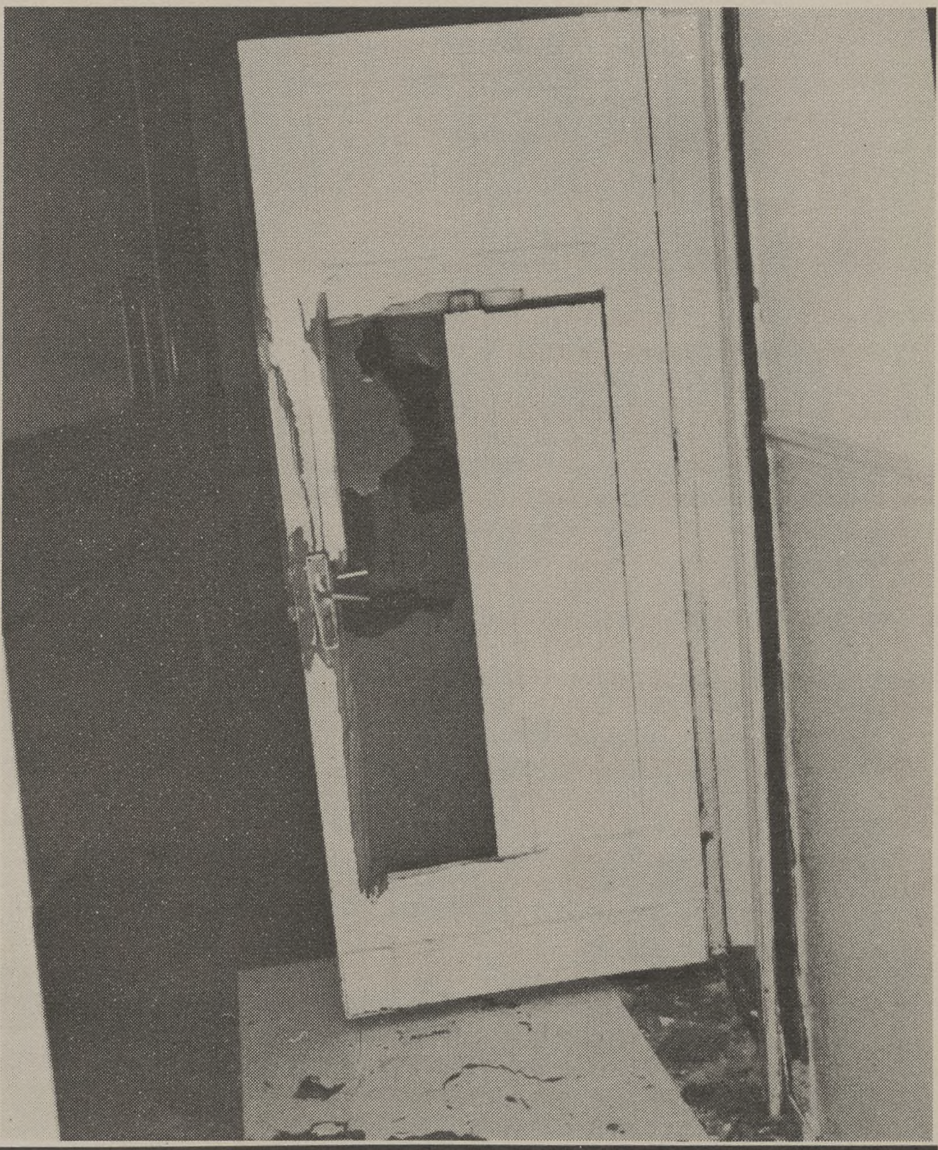
Ich gestehe, es fiel mir nicht leicht, aus diesem gesellschaftlich hoch explosiven Sud, bestehend aus einem Wust von Halbwahrheiten, Vorurteilen, Vorverurteilungen, konkreten und diffusen Ängsten, schwer nachvollziehbaren ‚Logiken' und Kurzschlußreaktionen, klare Fäden zu ziehen, angesichts eines möglichen Mißverständnisses, ich wollte die Gefahren harter Drogen herunterspielen. Und ich meine ausschließlich harte Drogen. Denn glücklicherweise ist endlich auch in diesem Lande die Mär von der ‚Einstiegsdroge' Haschisch langsam, sehr langsam am aussterben, was aber offensichtlich noch nicht alle mitbekommen haben. Es funktioniert doch immer noch wunderbar:

Die Spitze ‚Illegalität' angesetzt, der noch eine Mischung aus Bedrohung und Verruch beigefügt wird, die nach Verderb und fetten Geschäften stinkt, und alles springt auseinander.

Das ist das sicherste Rezept, Menschen zu entsolidarisieren. Das ist das kleine 1x1 des divide and rule.

Was ich hier im konkreten anklage, ist die Rasenmähermethode, frei nach dem Motto: Na einer „der führenden Köpfe" wird schon darunter (gefallen) sein, die es ermöglicht, daß ganze Gruppen von Menschen, in diesem Falle wieder einmal Flüchtlinge im allgemeinen und AfrikanerInnen im besonderen und, was kaum jemand weiß, 20 SchülerInnen zu stigmatisieren und zu kriminalisieren.

Fragwürdige Ermittlungsmethoden; Ein Beitrag im *Schleswig-Holstein-Magazin*, der sich entblödete (ein scheußliches Wort, aber leider einzig passend), die ‚Steigerung' von Drogen auf die Etagen des Hauses zu übertragen: Im I. Stock solle es Haschisch, im II. Kokain und im III. Heroin gegeben haben; Eine Schlagzeile in den *Kieler Nachrichten* vom 25.03.,94: „Rauschgifthändler gingen in Schulen auf



Nach dem Polizeiüberfall - ein Bild der Zerstörung

Kundenfang" und etwas kleiner darüber: „Polizei und Zoll sprengen Drogenring - Asylbewerberheim als Umschlagplatz mißbraucht". DAS GENÜGT! Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der darauf folgende Artikel die vorweggegebene Behauptung in keinster Weise bestätigt.

Der besagte Artikel stammte aus der Feder einer Lokalredakteurin der KN, der viele einen durchaus sensibleren und genaueren Umgang mit einem solchen Thema zugetraut hätten. Die Redakteurin wurde daraufhin von einer antirassistischen Gruppe angesprochen. Wir werden sehen, ob diesem bestimmten ein weiterer Artikel folgen wird. Doch, selbst dann bliebe nur zu hoffen, daß ihren LeserInnen (so sie,s denn überhaupt wollen) das gelingt, was ihr offensichtlich nicht möglich war: Eine sensible und reflektierte Reaktion auf jede Art verleumderischer Entsolidarisierungsversuche.

Doch zunächst einmal erfuhren die LeserInnen, was „Jugendliche immer häufiger angaben" und „die Ermittlungen des GER (Ermittlungsgruppe Rauschgift) offenbarten":

Schüler würden an ihren Schulen als Konsumenten geworben und klopften (infolge dessen) des Nachts an bestimmte Fenster - die mindestens 3m (I. Stock) und mehr (II. und III. Stock) über dem Erdboden liegen. Auch die Bewohner würden als Konsumenten geworben, würden mißbraucht, teilten sich (deshalb) Reviere ein, seien unbeteiligt und gehörten (daher) zur Führungsebene. Kein Wort über die, bei einem derart gigantischen und hemmungslosen Dealerring zu erwartenden gigantischen Mengen an Rauschgiften. Ah - Moment, ganz am Ende vom Anfang stand: „Fazit des Einsatzes: Geringe Drogenfunde (...)". Was nicht weiter definiert wird. Dafür wird aber im letzten Absatz des Artikels ausführlichst über eine Festnahme von drei Personen, bei denen u.a. 500 Gramm Kokain gefunden worden waren, berichtet. - Zu ganz anderer Zeit; an ganz anderem Ort; ganz andere Personen. Aber was macht das schon!

Auweia!

Da drängen sich doch ‚ne ganze Menge Fragen auf:

Was ist das für ein Drogenring, wo nur geringe Mengen irgendwelcher Drogen gefunden werden? Was für Ermittlungserkenntnisse lagen dieser Aktion überhaupt zugrunde? Und angesichts der diffusen Angaben über Beschuldigte: Gegen wen wird hier eigentlich ermittelt?

Wäre die Autorin diesen Fragen nachgegangen, sie wäre zunächst einmal auf äußerst fragwürdige Aktivitäten der Kripo gestoßen. Denn anscheinend gründeten sich die eingeleiteten Ermittlungen auf Aussagen von SchülerInnen, die angegeben haben sollen, ihren Stoff aus besagtem Haus zu beziehen. Wie? War das das Ergebnis einer allgemeinen Verbraucherumfrage oder eines Schulquizes: Und wo bekommst du dein Haschisch her?

Gewiß nicht. Aber Denunziantentum, das klappt doch allemal, wenn man bestimmten unliebsamen (anderen?) SchülerInnen mal so richtig eins ‚auswischen ´ will.

Und so kam die Kripo in den Besitz einer Liste angeblicher HaschischkonsumentInnen. Die fragten offenbar gar nicht erst lange nach, woher die ‚Informationen´ kamen und taten, was alt- (und wohl auch immer noch) bewährt ist: Der Direktor einer Schule im Norden von Kiel erhielt einen Anruf von der Kriminalpolizei, in dem ihm 20 Namen angeblich haschischkonsumierender SchülerInnen übermittelt wurden (darunter 8, die nicht diese Schule besuchen!). Der schrieb auch gleich brav mit, und angesichts dieses Angriffes auf seine bis dahin drogenfrei geglaubte Schule vergaß er offenbar nicht nur alle pädagogischen Maßstäbe, sondern schien sich auch der Inhalte des Minderjährigen- und Datenschutzes nicht zu erinnern als er ausschritt, seine Amtshilfe zu leisten. Die Eltern wurden benachrichtigt, nach einem Schüler im ganzen Gebäude gesucht, eine Schülerin sogar aus dem Unterricht geholt. Die SchülerInnen, deren Namen auf der Liste des Direktors standen, waren bald schulbekannt und als vermeintliche DrogenkonsumentInnen bzw., wie das so ist, wenn Gerüchte sich ausbreiten, als DrogendealerInnen verrufen. Darunter auch Betroffene, die bisher überhaupt nicht mit Drogen in Kontakt gekommen waren.

Vernommen wurden die SchülerInnen, man interessierte sich ja ‚nur´ für deren Bezugsquellen, dennoch. Wenn auch nicht, wie von der Kripo gewünscht, an der Schule (!) sondern, auf Bitten der SozialpädagogInnen und der Schulleitung, auf dem Kommissariat.

Wie diese Vernehmungen, die bis auf zwei Einzelbefragungen in der Gruppe stattfanden, verliefen, ist mir im Einzelnen nicht bekannt. Es ist aber wohl nur allzu verständlich, daß die SchülerInnen (überwiegend der 9. Klassen!) möglichst schnell dem ganzen Druck entkommen und damit nichts weiter zu tun haben wollen.

Herr Schmidt von der Bundesstelle für den Datenschutz in Bonn, den SchülerInnen umgehend benachrichtigt hatten, gab die Zusage, das Vorgehen der Behörden zu prüfen und ließ vorab zumindest schon mal verlauten, daß für ihn vieles dafür spräche, „daß sich der Schulleiter in der Wahl der Mittel vergriffen hat".

Derartige Methoden des Polizeiapperates haben in diesem Land Tradition und sollten an sich allen, durchaus auch heutigen Schuldirektoren, (irgendwie) bekannt sein. Doch auch Leute mit Kurzzeitgedächnis sollten sich durch solches Vorgehen zumindest an die z.T. geradezu identischen Skandale der 60er Jahre erinnert sehen.

Als oberer Dienstherr verantwortlich zu machen ist hier der Innenminister, H[illegible] Bull, der sich durch die Wahl der Mittel mit einem Herrn Dr. Hartwig Schlegelberger (seinerzeit, unter Ministerpräsident Lemke, Innenminister von Schleswig-Holstein; Mit einschlägig bekannter NS-Vergangenheit) in ‚allerfeinste´ Gesellschaft begab.

Auch im weiteren Verlauf der Ermittlungen scheinen sich die verantwortlichen Herrschaften ‚ein wenig´ in der Wahl der



Die Zerstörungswut der Polizei kannte keine Grenzen

Mittel vergriffen zu haben. So lag offenbar nicht mehr als ein Verdacht gegen nicht mehr als eine Person vor, als man bereits auf einen ganzen Dealerring schloß, der in dem betreffenden Haus seine Geschäfte durchführe.

Das stand soweit wohl schon fest. Fehlten nur noch die Beweise.

Es wurde ein Durchsuchungsbeschluß erwirkt, „in dem Ermittlungsverfahren gegen" eine mit Geburtsdatum und -ort namentlich genannte Person, allerdings ohne Angabe des Wohnsitzes (Diese Person war dort weder gemeldet, noch wohnte sie dort.) „und (gegen) andere".

Wer diese „anderen" sind, geht aus der Begründung, in der lediglich von einem „Verdacht" die Rede ist, hervor: Eine „Reihe dort wohnender bzw. aufhältlicher Asylanten". Im Klartext: Alle Nicht-[illegible]tschen, die dort ein und aus gehen. Und [illegible]er sind viele, da in diesem Haus Menschen leben, die im Gegensatz zu deutschen Gepflogenheiten sich nicht in Kneipen verabreden, sondern gegenseitige Besuche schätzen.

Unter Bezugnahme der §§ 102 und 105 der Strafprozeßordnung wurde so die Durchsuchung von 14 Privat- sowie aller gemeinschaftlichen Räume zur Auffindung und Beschlagnahme von Beweismitteln (§§ 94, 98 StPo), „insbesondere Betäubungsmittel, Aufzeichnungen über Rauschgiftgeschäfte pp.", angeordnet. Gez. Möller, Richter am Amtsgericht Kiel PUNKT

Mittels dieses Beschlusses wurden dann aber keine Durchsuchungen vorgenommen, sondern eine Razzia vorbereitet.

Nachdem im Februar ´94 zwei vergleichbare Razzien in Hamburg durchge-[illegible]rt worden waren, richtete die GAL eine Anfrage an den Senat. Auf die Frage, ob der Senat die Auffassung teile, „daß Razzien in Wohngebäuden (und damit auch in Asylbewerberunterkünften) weder durch das Polizeirecht noch durch die Stafprozeßordnung gedeckt sind", antwortete der Senat: „ Der Begriff ‚Razzia´ ist nicht gesetzlich definiert. Er kennzeichnet ein bestimmtes taktisches Vorgehen der Polizei als Zusammenwirken einzelner Maßnahmen, die ihre Rechtsgrundlagen abhängig von den Umständen des Einzelfalles im Hamburgischen Polizeirecht und in der Strafprozeßordnung finden.", was nicht anders zu interpretieren ist, als daß der Polizei freie Hand gegeben ist, die Wahl der Mittel zu bestimmen. Entsprechende Paragraphen zur Rechtfertigung ihres „taktischen Vorgehens" lassen sich in jedem Falle immer finden.

So auch im hiesigen Fall. Den Vorwurf der „Unverhältnismäßigkeit" wies Kripo-Sprecher Armin Holzmann denn auch gleich zurück: „Die Dokumentationstrupps haben die Situation vor und nach dem Einsatz per Video festgehalten. Die Aufnahmen werden zeigen, ob die Vorwürfe aufrechterhalten werden können."

Nun, wenn es denn so ist, daß die Aufnahmen der Dokumentationstrupps von der Situation auch vor dem Einsatz eine derart deutliche Sprache sprechen, verwundert es doch schon sehr, daß der Durchsuchungsbeschluß für die Räume in der Unterkunft äußerst wenig Konkretes benennen kann.

Am Abend des 23.03.,94, zeitgleich mit weiteren ‚Durchsuchungen´ von Privatwohnungen in Kiel und Hamburg, stürmte eine Horde Vermummter (schwarze Masken) in Kampfanzügen das Gebäude. Ohne Vorwarnung wurden Türen mit Vorschlaghämmern, Äxten und Brecheisen eingeschlagen, rausgerissen oder aufgebrochen. Die Anwesenden wurden auf den Boden geworfen und für die Dauer der Durchsuchung mit Gesicht nach unten niedergehalten. Erst im Laufe der Aktion wurde den BewohnerInnen klar, daß es sich nicht, wie zunächst von allen angenommen, um einen Überfall von Neo-Nazis handelte, sondern um einen Einsatz der Polizei, die sich lediglich durch eine orangefarbene Armbinde mit der Aufschrift „Polizei", und auf diese Feststellung legt man Wert, als solche zu erkennen gaben. Das unterscheidet doch wohl klar und deutlich Beamte des SEK (Sondereinsatzkomando) von Neo-Nazis.

Eine Frau sprang in Panik aus dem Fenster ihres Zimmers im II. Stock, wo sie sich zur Zeit des Überfalles aufhielt.

Hierzu bemerkte die KN-Redakteurin mit trockenem Zynismus: „Eine junge Frau deutete das Aufbrechen eines Raumes..." (war`s die Küche am Ende des Flures oder der Gemeinschaftsraum oder...) also „....deutete das Aufbrechen eines Raumes offenbar falsch und sprang aus dem II. Stock." - Ach hätte sie doch nur einmal die Tür geöffnet, um nachzuschauen ob jene, die sich gerade an dieser zu schaffen machten, vielleicht orangefarbene Armbinden trugen. Sie hätte es sich sicher anders überlegt. -Oder, sollte es als ein Hinweis zu verstehen sein, wenn sich besagter Satz unvermittelt anschließt an eine Rechtfertigung des gewaltsamen Eindringens: Nämlich „zu verhindern, daß Verdächtige flüchten oder Stoff beseitigen".

Bei der Aktion wurden 17 Personen festgenommen, darunter 7 sich noch, mittlerweilen oder nur in Kiel illegal aufhaltende Flüchtlinge. Beschlagnahmt wurde alles, was offenbar nach Ansicht der Beamten nicht dem Status von AsylbewerberInnen entspricht. Oder hoffte man, daß sich daraus doch noch irgendein kriminelles Delikt aufdecken ließe? Mitgenommen wurden Kleidungsstücke, Elektrogeräte und Geld. „Umfangreiches Diebesgut" halt, wie die KN zu berichten wußte, welches allerdings wohl ebenso wie die 10 vorläufig Festgenommenen, jene, die im Besitz einer für Kiel gültigen Aufenthaltsgenehmigung sind, wieder freigegeben werden mußten. Zumindest ein Fall ist mir bekannt, in dem die Kripo behauptete, es handle sich bei dem beschlagnahmten Geld um Drogengeld. Die Nummern seien registriert. Sie selbst hätten damit Drogen gekauft. Der Eigentümer ließ sich jedoch nicht beirren. Das Geld mußte ihm zurückgegeben werden.

Die ‚Legalen´, und nur diese, würden sich nun, laut Mitteilung der KN, wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz (BTM-Gesetz) zu verantworten haben, obgleich die Ermittlungen derzeit noch nicht (!) abgeschlossen sind.

Und da ein Gerichtsverfahren wegen Verstoßes gegen das BTM-Gesetz mit nicht nachweisbarem ‚Diebesgut´ kaum Aussicht auf Erfolg haben sollte, wird dann auch schon auf die ‚Illegalen´ verwiesen, wo kein Gericht mehr einen Fund oder Nicht-Fund von Drogen eines vermeintlichen Dealerringes im Asylbewerberheim aus dem Verborgenen der Akten des GER an das Licht der Öffentlichkeit befördern wird. Diese werden ohne ein entsprechendes Verfahren nach längerer oder kürzerer Abschiebehaft abgeschoben werden.

Möglich auch, in die Hände ihrer Verfolger.

Doch es soll ja immer noch gewisse Herren (vornehmlich) geben, die von sicherem Posten aus es wagen, zu behaupten, die ‚Illegalität´ sei eine Lebensperspektieve, die zudem Menschen auch noch freiwillig bevorzugen würden, - vielleicht äußerst lukrativer Geschäfte wegen - was? Und nicht etwa wegen der menschenverachtenden Ausländergesetzgebung dieses Landes.

Na denn! Auf in die Illegalität!

Nur bitte nicht in Deutschland - nicht wahr.

Denn, wie alle Welt weiß, stehen die Namen deutscher Firmen,
.............IG-Farben .... Daimler-Benz....Mannesmann....... Krupp.............
.... Thyssen .... MBB...
...............DeutscheBank ....Höchst
usw.
für ANSTÄNDIGE Geschäfte.

Schließlich ist man(n) hier ja bemüht, um
ein Friedliches Zusammenleben.

v.

Nach der 2. Konferenz zur interkulturellen Zusammenarbeit:

Hat KiZiK eine Zukunft?

Am 16. 3. 94 habe ich an der 2. Konferenz zur interkulturellen Zusammenarbeit in Kiel (KiZiK) teilgenommen. Nach vielen Diskussionen vor und nach diesem Termin scheint es mir sinnvoll, einige Überlegungen darüber anzustellen, was KiZiK ist und was KiZiK nicht ist, welche Chancen KiZiK eröffnen könnte und welche Chancen die bisherigen KiZiK-MacherInnen zwischen der 1. und der 2. Konferenz vertan haben, welche Anstöße von der 2.Konferenz ausgegangen sind und wie man sie nutzen könnte.

„Eine gemeinsame Zukunft?" lautete das Motto dieses Treffens; ob KiZiK eine Zukunft hat, könnte sich bereits in den nächsten Wochen zeigen.

In der Einladung zur 2. Konferenz, die im Magistratssaal des Rathauses stattfand, heißt es zur Einführung: „Aus dem Wunsch heraus, die 'Ausländerarbeit' in Kiel durch Vernetzung zu stärken, wurde im November 1992 die erste Arbeitskonferenz mit dem Titel 'Wege zur interkulturellen Zusammenarbeit in Kiel' durchgeführt. Sie wurde zur 'Geburtsstunde' der 'KiZiK' als Forum für die gemeinsame kontinuierliche Arbeit am Thema."

Dieser Anspruch konnte in Wirklichkeit nicht eingelöst werden. Zwei der auf der ersten Konferenz eingerichteten Arbeitsgruppen - sie befaßten sich mit dem bundesdeutschen Ausländerrecht und dem Thema Medien und Öffentlichkeitsarbeit - sind nach kurzer Zeit geplatzt. Wichtiger noch: Es entwickelte sich gar keine engere Zusammenarbeit der von der Themenstellung direkt betroffenen Menschen und Organisationen. Vielmehr fühlten sich etliche von der realen KiZiK-Politik abgestoßen, benutzt, nicht ernstgenommen. Das hat auch dazu beigetragen, daß sich zur 2. Konferenz erheblich weniger Menschen trafen als zur ersten: etwa 30 Leute saßen beisammen, die „Ausländer" durch Einzelpersonen und drei türkische Vereine, darunter der berüchtigte Gaardener Elternbund, vertreten.

Die erste Feststellung muß also sein: KiZiK ist keine anerkannte Institution für „die Ausländerarbeit" in Kiel, schon gar keine Dachorganisation für die Vereine, wie sie manche gern sehen würden. So etwas kann man nicht proklamieren, das müßte sich entwickeln. KiZiK am 16. März war nichts anderes als die Summe der Personen, die an diesem Tag an einem Tisch saßen (und einige weitere Interessierte) und die zu beraten hatten, ob sie für eine gemeinsame Arbeit Grundlagen finden könnten und wie diese Arbeit aussehen könnte.

In der ersten Diskussionsrunde habe ich genau diese Auffassung vertreten und mich dafür eingesetzt, mit äußerst niedriger Erwartungshaltung eine Zusammenarbeit zu versuchen. Dabei habe ich mich bemüht, die mir bekannten Vorbehalte gegen KiZiK deutlich zu machen und zum Beispiel die AusländerInnenreferentin der Stadt Kiel, Stephanie Rothenburg-Unz, darauf aufmerksam gemacht, daß ihr Referat bei einigen nur als „Türkenreferat" gilt, weil sie den Eindruck gewonnen haben, daß die Interessen anderer Nationalitäten nicht berücksichtigt würden.

Es war auch notwendig, sich darüber klar zu werden, daß es wichtige Probleme gibt, die die Vorstellung einer ungetrübt harmonischen Zusammenarbeit aller Verbände zur Illusion werden lassen. Darüber bestand allerdings Einigkeit. Als wesentliche Frage erschien mir in diesen Tagen, ob die Konferenz es fertigbringen würde, eine vernünftige Haltung zu der hemmungslosen Hetze gegen kurdische Menschen in der Bundesrepublik zu entwickeln und nach außen hin deutlich zu machen, daß diese Menschen die Unterstützung der KonferenzteilnehmerInnen haben. Dafür zu werben, war einer der entscheidenden Gründe für mich, die Versammlung zu besuchen; so, wie ich es auf der Veranstaltung zur staatlichen Verfolgung der Zeitung „Özgür Gündem" in der Pumpe vorgeschlagen hatte. Es ist bedauerlich, daß kein/e Vertreter/in kurdischer Vereine einen Platz auf der Konferenz in Anspruch genommen hat.

Nach einem Referat von Willy Klawe vom Bundesverband der Volkshochschulen bildeten sich drei Arbeitsgruppen, die sich mit den Themen Pädagogik gegen Rassismus und Gewalt", „Flucht und Asyl" sowie „Interkulturelle Begegnung" befaßten. Alle Gruppen haben für sich weitere Treffen vereinbart.

Die Arbeitsgruppe „Flucht und Asyl" behandelte die von der Kieler Kurdistan-AG verfaßte Resolution und nahm sie mit einer Veränderung an. Die Entsendung von UNO-Truppen wird von der AG nicht gefordert. über diese spezielle Forderung besteht ganz offensichtlich noch Diskussionsbedarf, da es Kurdinnen und Kuden gibt, die darauf ausdrücklich Wert legen. Die von der AG verabschiedete Resolution schließt also mit den Forderungen:

- Sofortiger Stop der Waffenlieferungen und Rüstungshilfen an die Türkei
- Keine Abschiebungen von kurdischen Flüchtlingen in die Türkei aus Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern
- Eintreten der Bundesregierung für eine demokratische Lösung der Kurdenfrage auf dem Verhandlungswege.

Diese Resolution wurde am Nachmittag dem Plenum vorgelegt und stieß dort auf breite Zustimmung. Die große Mehrheit der Anwesenden unterzeichnete sie, allerdings als Privatpersonen, nicht als VertreterInnen von Organisationen. Leider waren die Mitglieder der türkischen Vereine zu dieser Zeit nicht mehr anwesend. Der Leiter des Deutsch-Türkischen Volkshauses war aber noch dabei. Die Diskussion mit den türkischen Vereinen muß weitergehen. Zu den Vorgängen in Kurdistan zu schweigen und den KurdInnen in Kiel nicht solidarisch zur Seite zu stehen, bedeutet, auf den demokratischen Anspruch weitgehend zu verzichten.

Die Arbeitsgruppe „Interkulturelle Begegnung" zog eine kritische Bilanz der „Interkulturellen Wochen" des vergangenen Jahres, die in der Form nicht wiederholt werden sollen - es gab eine bloße Aneinanderreihung von Veranstaltungen, die Organisationsaufgaben wuchsen ins kaum mehr zu Bewältigende und wurden schließlich nur noch über das Büro der AusländerInnenreferentin abgewickelt. Stephanie hat übrigens ausdrücklich erklärt, daß dies nicht in ihrem Interesse gelegen habe und sich nicht wiederholen solle; sie machte deutlich, daß sie keinesfalls die Angelegenheit an sich reißen und kontrollieren wollte.

Was auf der Konferenz im Rathaus andiskutiert wurde, wurde auf einem Arbeitsgruppen-Treffen am 26.4. konkreter gefaßt: Es wird der Vorschlag gemacht, in diesem Jahr eine themenbezogene „Interkulturelle Woche" zu machen, und das Thema soll lauten: „Gleiche Rechte". Das halte ich für eine notwendige Initiative, ich zähle sie zu den Chancen, die die 2. KiZiK eröffnet hat. Was daraus wird, muß

sich nun zeigen. Ein Vorbereitungstreffen für die Aktionswoche findet am Dienstag, 31. Mai 1994, um 20 Uhr in der „Räucherei" (Preetzer Str. 35) statt. Die Einladung ist von Monica Bonetti, Stephanie Rothenburg-Unz und mir unterzeichnet.

Ich halte es also für sinnvoll, diesen Termin wahrzunehmen, und wende mich damit auch an die Verbände, die aus sehr verständlichen Gründen an der Konferenz im Rathaus nicht teilnehmen mochten. Aktionen zum Thema „Gleiche Rechte" sind unbedingt notwendig, eine Zusammenfassung der zur Verfügung stehenden Kräfte zu Meinungsaustausch und gezieltem Handeln ebenso, und eine Unterstützung durch die Stadt Kiel ist einzufordern. Wenn das auf diesem Termin nicht möglich erscheint, müßten Alternativen benannt werden.

Dietrich Lohse

Afrikanische Kulturtage in Kiel



Vom 29.4. bis zum 1.5. fanden in Kiel Afrikanische Kulturtage statt. VeranstalterInnen waren die Afro-Europäische Union (AEU), der Cercle Culturel Africain (CCA), die IAF-Gruppe Kiel und die Zentrale Beratungs- und Betreuungsstelle für Ausländer e.V. (ZBBS). In einer vor den Kulturtagen herausgegebenen Pressemitteilung schrieben sie über ihre Ziele unter anderem:

„Unter den Vorzeichen des immer gewalttätigeren Rassismus sind Selbstverständlichkeit und Unbefangenheit, hier miteinander leben zu können, fast unmöglich geworden.

Genau hierfür wollen wir jedoch mit unseren Veranstaltungen eintreten und dabei einen öffentlichen Raum schaffen, in dem Aspekte unseres Alltags und Facetten schwarzer Kultur erlebbar und lebbar werden können."

Dieser Raum ist in diesen drei Tagen in der „pumpe" zweifellos geschaffen worden. Genutzt wurde er ebenso zweifelsfrei von zu wenigen Menschen. Dennoch waren die VeranstalterInnen nicht unzufrieden mit dem Besuch. Deutlich wurde mir einmal mehr, wie sehr die Probleme schwarzer Menschen und ihrer Angehörigen in der Wahrnehmung auch im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus engagierter Menschen am Rande stehen. Mit der Vokabel „Ausländerfeindlichkeit" sind diese Probleme eh nicht zu fassen. Viele Schwarze sind deutsche Staatsbürger. Anfeindungen sind für sie alltäglich.

„Bei uns braucht man keinen Judenstern, da reicht die Hautfarbe" - diese Äußerung einer weißen Frau, die mit einem schwarzen Mann verheiratet und Mutter einer Tochter ist, bringt wohl am krassesten zum Ausdruck, wie diese Alltagssituation empfunden wird. Schikanöse Behandlung durch die Polizei (etwa bei abendlichen Personenkontrollen, bei denen auch gewaltsames Aufbegehren provoziert werden soll; primitive Beleidigungen, wenn dieses Ziel nicht erreicht wurde, etwa : „Naja, dann bringen Sie Ihren Affenmenschen nach Hause"; willkürliche Festnahmen selbst bereits bekannter Personen zu „Kontrollzwecken") begründen dies ebenso wie das Erleben von Kriminalisierungsversuchen. Es besteht bei vielen Deutschen geradezu eine Erwartungshaltung, die sich kurz so beschreiben läßt: schwarz = nicht deutsch = kriminell.

Schwarze Kinder, die in einem Supermarkt etwas länger vor einem Regal stehen, werden schnell des Ladendiebstahls verdächtigt. Manche/r mußte die Erfahrung regelrechter Verfolgungen vom Betreten eines Geschäftes an machen. Besonders starke Kontrollen von Menschen mit dunkler Hautfarbe wurden von *Kloppenburg* berichtet. Bei *McPaper* in Gaarden wurde eine Gruppe schwarzer, türkischer und weißer deutscher Kinder gleich mit den Worten „Hier wird nicht geklaut" empfangen. Ein institutionalisierter Rassismus zeigt sich unter anderem in der Tatsache, daß Mitglieder eines Ermittlungsdienstes des Ordnungsamtes die Eheverhältnisse schwarzer und weißer Menschen ausforschen, auch mit kriminellen Methoden, indem Nachbarn zu Spitzeldiensten aufgefordert werden. Ziel ist das Aufdecken von „Scheinehen", mit denen ein gesicherter Aufenthalt in der Bundesrepublik erschlichen werden solle. Direkte Bedrohungen und Angriffe durch Faschisten kommen neben anderem dazu. In Mettenhof wurde vor kurzem auf Autos

von Schwarzen geschossen.

„Die Angst der Schwarzen und ihrer Angehörigen wird bagatellisiert; gleichzeitig werden wir pauschal als Kriminelle verdächtigt. Das darf nicht länger so bleiben!" - Diese Erfahrung ist es sicher auch, die die VeranstalterInnen der Kulturtage zu engagiertem Widerstand herausfordern, wenn mit dem Konstrukt der „Ausländerkriminalität" die Spaltung in der Bevölkerung vertieft und die Hetze gegen ganze Bevölkerungsgruppen verschärft werden soll. Auch zu diesem Thema fand im Rahmen der Kulturtage eine Veranstaltung statt, auf der unter anderem Professor Manfred Heßler aus Berlin forderte, die nach „Deutschen" und „Ausländern" getrennte statistische Darstellung „krimineller Delikte" aufzugeben. Hier wurde auch gezeigt, wie mit diesem Mittel - falsche Zahlen, die ins Spiel gebracht werden, verschlimmern das nur noch - direkt Politik gemacht wird. Vor der Verabschiedung der Asylrechtsänderungen fanden zum Beispiel verstärkte Kontrollen statt, um eine höhere Anzahl „Asylbetrüger" bzw des Betrugs verdächtigter Personen vorweisen und zur Begründung der geplanten politischen Entscheidung anführen zu können. éhnliches Engagement ist bei der Aufspürung schwerkrimineller Wirtschaftsverbrecher nicht zu vermelden. Deshalb wird dort auch weniger „gefunden".

Diese Veranstaltung war übrigens direkt als „Gegenstück zu einer Veranstaltung der AG Flucht und Asyl der KiZiK (Konferenz für interkulturelle Zusammenarbeit in Kiel)" geplant, die im September 1993 im Kieler Lutherhaus stattgefunden hatte. „Dort wurden falsche Zahlen genannt und ein falsches Bild gezeichnet." (Näheres dazu kann in der Zeitschrift „Weltsicht" Nr. 8/93 nachgelesen werden, die vom FORUM herausgegeben wird, erhältlich im Initiativenzentrum Königsweg 65)

Auf dem Treffen in der Pumpe wurde ein „Kieler Appell" vorgestellt, der folgenden Wortlaut hat:

„Wir fordern die politischen Parteien, die Medien und insbesondere die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, nicht weiterhin mit dem Begriff „Ausländerkriminalität" der Diskriminierung ganzer Bevölkerungsteile Vorschub zu leisten. über diesen Begriff und den Umgang damit in der Öffentlichkeit wird ein Prozeß in Gang gesetzt oder aufrechterhalten, der zu einer kollektiven Kriminalisierung von Bevölkerungsteilen führt, die ein „ausländisches Aussehen" haben."

Wer diesen Appell unterstützt, sollte ihn unterzeichnen und weitere Unterstützungsunterschriften sammeln. Kontakt über die ZBBS im Königsweg 65, 24114 Kiel, Tel. 67 31 82.

- Im Rahmen dieses Artikels konnten nur einige Eindrücke von den Afrikanischen Kulturtagen und aus Gesprächen mit VeranstalterInnen wiedergegeben werden. Eine regelmäßigere Berichterstattung über diesen Bereich kulturellen und politischen Lebens, diesen speziellen Bereich auch des deutschen Rassismus und des Widerstandes dagegen erscheint sicher nicht nur den Mitgliedern der Trägervereine der Kulturtage wünschenswert.

Dietrich Lohse

Folgende Gruppen haben die Afrikanischen Kulturtage getragen

Afro-Europäische Union (AEU)

Die AEU wurde im November 1992 in Kiel gegründet. Ursprünglich ging es hauptsächlich um die Belange unserer Kinder, die als Afroeuropäer dem alltäglichen Rassismus in der BRD ausgesetzt sind. Durch die immense Verschärfung der allgemeinen Lage, die erschreckende Zunahme der Brutalität und rassistischer Gewalttaten und des gleichzeitigen Rechtsrutsches der etablierten Parteien wird die Notwendigkeit einer schwarzen Interessenvertretung immer deutlicher. Mitglieder der AEU sind Schwarze, unabhängig von deren Nationalität oder aufenthaltrechtlichen Status, Afroeuropäer oder deren Angehörige. Unsere Ziele sind: Bildung einer Lobby, Vertretung schwarzer Interessen, Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen, Austausch von Information und Vermittlung schwarzer Geschichte.

Treffpunkt für interessierte Leute jeden 1. Sonntag im Monat im Cafetti, Kirchhofallee 66 um 15 Uhr.

CCA

Der Cercle Culturel Africain e.V. (CCA) (Afrikanischer Kulturkreis) ist ein eingetragener Verein, der z.Zt. aus Afrikanern und Afrikanerinnen besteht, die daran interessiert sind, die afrikanische Kultur in Deutschland bekanntzumachen.Dadurch will der Verein Vorurteile abbauen und das gegenseitige Kennenlernen fördern. Außerdem sollen sich die Mitglieder bei der Bewältigung ihrer Probleme unterstützen. Kontakt über die ZBBS (Tel: 0431-673182)

IAF - Gruppe Kiel

Die IAF ist ein bundesweiter Verband bi-kultureller Familien und Partnerschaften. Unsere Zielsetzung ist die Situation bi-kultureller Partnerschaften und Familien, deren Kinder und die Situation der AusländerInnen in der BRD zu verbessern.Die IAF- Gruppe Kiel besteht aus Männern und Frauen verschiedener Kulturen. Wir unterstützen uns gegenseitig, indem wir unsere Erfahrungen und Informationen austauschen. Ratsuchenden bieten wir Hilfestellung in persönlichen und sozialen Problemen an, z.B vor der Eheschließung und im Umgang mit Behörden. Sie können sich auch mit persönlichen Fragen an uns wenden. Ebenso wollen wir unsere persönlichen Vorstellungen in die Öffentlichkeit tragen.Treffpunkt für interessierte Leute jeden 3. Montag im Monat um 19 Uhr im Ali Baba, Waisenhofstr.39 (Hinterhof) Tel.:0431-91649

ZBBS

Die Zentrale Beratungs- und Betreuungsstelle für Ausländer e.V. (ZBBS) wurde 1985 als Selbsthilfeorganisation gegründet; in ihr arbeiten AusländerInnen und Deutsche. Für uns in der ZBBS sind AusländerInnen kein „Problem", sondern Menschen, die gleichberechtigt an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unserer Gesellschaft teilnehmen sollten. Deswegen helfen wir ihnen nicht nur bei ihren vielfältigen Problemen, sondern klären sie auch über ihre Rechte auf, damit sie sie durchsetzen können. Wir bieten an: Deutschkurse für AusländerInnen, Computerkurse, Beratung und Betreuung, Durchführung von Informations- und Kulturveranstaltungen.

Kontakt unter Tel.: 0431 - 673182

Das afrikanische Restaurant **Black Diamond** (Knooper Weg) sorgte für die Verpflegung.

Aus den Veranstaltungen

Vom 29.April bis zum 1 Mai fanden im Kommunikationzentrum pumpe „Afrikanische Kulturtage“ statt.

Thema der Veranstaltungen war die Zunahme des Rassismus in Deutschland, wie die Betroffenen dies erleben und wie sie sich dagegen wehren.

In den folgenden Beiträgen schildere ich meine Eindrücke von drei Veranstaltungen, die ich besucht habe.

1. Schwarze SchülerInnen an deutschen Schulen

Wir stellten fest, daß afrikanische Kinder meist in den Klassen isoliert sind. Diese Einzelsituation und eine damit einhergehende Ausgrenzung machten es für sie besonders schwer, sich jeden Tag gegen rassistische Angriffe zu wehren. Sie haben mit Vorstellungen zu kämpfen, die Afrikaner als niedrigere Menschen betrachten, da sie angeblich nicht soweit entwickelt seien wie Europäer. Daß sich in Afrika, vor der Kolonisierung durch die Europäer schon die viefältigsten Kulturen entwickelt hatten, wird geflissentlich übersehen. Viele dieser Kulturen sind von den Europäern zerstört und versklavt worden, die Kulturen Afrika´s sind durch die Kolonialisierung ihres Rechtes beraubt worden, eine eigene kulturelle Entwicklung fortzuführen.

Heute wird dies immer noch verhindert oder erschwert durch die wirtschaftliche Abhängigkeit und Ausbeutung der meisten Staaten Afrikas.

Einige TeilnehmerInnen teilten ihre persönlichen Erfahrungen mit, die ich zusammenfassend wiedergebe.

Was es bedeutet, sich Tag für Tag meist ohne Freunde behaupten zu müssen, können wahrscheinlich nur Betroffene verstehen. Die Ängste, die solche Kinder durchmachen, ständig in der Position des Schwächeren und jeder Form von Gewalt ausgeliefert zu sein, die von der Klasse ausgeht. Die Selbstzweifel und Erniedrigungen denen sie sich unterwerfen, nur um endlich mal ein bißchen Anerkennung zu bekommen.

„Es ist so, als ob alle dich zerreißen wollen und du froh bist, wenn nachher ein Stück deiner selbst heil bleibt; zudem bist du allein, fast immer nur allein, um mit diesem ganzen Dreck fertig zu werden.“

Das Zitat ist aus einem Gespräch mit einem Betroffenen nach der Veranstaltung.

Im Laufe der Veranstaltung wurden zwei Thesen erarbeitet, wie Eltern ihre Kinder in diesen Situation unterstützen können:

-Verständnis der Eltern für die Situation ihrer Kinder

-Frühes Aufgreifen der Probleme, die Kinder auf die Situation vorbereiten, mit der sie konfrontiert werden

2. Fliehen, aber wie?

Durch die neuen Ausländergesetze hat sich die Situation für viele Füchtlinge verschärft. Sie haben vor ihrer Flucht keine Möglichkeit, Visa in ihrem Land zu beantragen für eine „ordentliche“ Ausreise, da sie in ihrem Land politisch verfolgt werden.



Nur mit einem Visum aber wäre ihnen ein Direktflug möglich, mit dem sie in die berüchtigten Schnellverfahren gelangen würden. So sind sie aber gezwungen, alles auf eine Karte zu setzen und fliehen als Illegale. Sie müssen sich meist für ihre gesamtes Vermögen zwielichtigen Schleppern ausliefern.

In Deutschland angekommen leben sie ohne jegliche soziale Kontakte im Untergrund; werden sie aufgegriffen, landen sie im Abschiebeknast, als hätten sie ein Verbrechen begangen.

Sie haben zwar die Möglichkeit politisches Asyl zu beantragen; das wird aber immer abgelehnt, da sie über einen Drittstaat eingereist sind, was der BRD ausreicht sie in ihr Herkunftsland abzuschieben. Da einige Länder (Algerien) keine Reisepapiere ausstellen, sitzen einige Flüchtlinge bis zu einem Jahr in Abschiebehaft.

Nach ihrer Abschiebung werden sie in ihrem Herkunftsland teilweise direkt verhaftet. In vielen afrikanischen Ländern werden sie als Kriminelle betrachtet, weil sie in Deutschland in Abschiebehaft saßen.

Einigen Flüchtlingen droht Folter und Mord, weil die Situation in ihren Ländern von den zuständigen deutschen Behörden anders dargestellt wird, obwohl andere Informtionen von Amnesty International oder weiteren Flüchtlingsorganisationen vorliegen.

Zur Situation in den Kieler Abschiebeknästen

Die Informationen stammen von Batch Jongue, der von der AEU aus eine Rechtsberatung für Flüchtlinge macht, die in den Abschiebeknästen inhaftiert sind, und von einigen BesucherInnen der Veranstaltung.

Im Augenblick sind 100 Füchtlinge in Kiel in Haft. Die SPD bemüht sich die Zahl auf 150 zu erhöhen. Oftmals werden die Flüchtlinge trotz ihrer schweren persönlichen Situation nicht betreut. Im Gegenteil: die wenigen Psychiater, die zu ihnen gelangen, werden angewiesen zu prüfen, ob die Flüchtlinge nicht nur simulieren. Das nennt man in Fachkreisen wahrscheinlich vertrauensbildende Maßnahme.

Im Knast wird Flüchtlingen angeboten zu arbeiten, welches sie meistens annehmen, um im Knastalltag etwas zu tun zu haben. Es wird ihnen ein Lohn bis zu 2,15 DM pro Stunde gezahlt. Firmen, die von dieser unverschämten Ausbeutung von Flüchtlingen profitieren, sind unter anderem Fa. Hartung und IKEA.

3. Afrikanische Märchen

Mundòlongo, der aus Zaire kommt, hat die afrikanische Erzählkunst gewählt, um seine Vorstellungen anderen Menschen zu vermitteln. Seine Geschichten, von denen bestimmte Passagen mittels Sprechgesang von den Zuhörern wiederholt werden, behandeln Themen wie Demokratie, Umweltverschmutzung, Geburtenkontrolle usw. Mundòlongo will die Leute überzeugen, nicht zu irgendetwas zwingen. In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit der afrikanischen Staaten vom Weltmarkt ihnen kaum Spielraum für irgendwelche sozialen Verbesserungen läßt, sondern eher das Gegenteil erzwingt: verschärfte Ausbeutung führt zu billigeren Rohstoffen und zu mehr Profit.

Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen - Lübeck

Der Anschlag auf die Lübecker Synagoge

Am 25.3.1994 wurde in Lübeck ein Brandanschlag auf die Synagoge in der St.Annen-Straße verübt. Gegen 2.20 Uhr wurde ein Molotow-Cocktail in einen unbewohnten erdgeschössigen Seitenflügel geschleudert, ein weiterer Molotow-Cocktail wurde vor dem Synagogengebäude ungezündet liegengelassen. In der Synagoge entstand durch den Brand erheblicher Sachschaden, BewohnerInnen kamen durch rechtzeitige Flucht aus dem Haus ohne gesundheitlichen Schaden davon.

Zum ersten Mal nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus wurde wieder eine Synagoge in Deutschland angezündet. Die Empörung der Bevölkerung und die Berichterstattung (weltweit) in den Medien war entsprechend stark. Der Artikel will über die Reaktionen berichten und deren Verlauf bewerten.

Bereits kurz nach Bekanntwerden des Anschlags versammelten sich Lübeckerinnen und Lübecker vor der Synagoge und brachten ihre Betroffenheit und Empörung über den feigen Brandanschlag, sowie ihre Solidarität mit den in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden zum Ausdruck. Die Mahnwachen, zu denen auch die Hansestadt aufgerufen hatte, wurden vor allem von ChristInnen getragen, Kerzen und Blumen, vereinzelt auch Transparente wurden vor und auf dem Synagogengelände niedergelegt. Bereits am Freitag nach dem Anschlag rief das *Bündnis gegen Rassismus* zu einer Protestkundgebung und anschließenden Demonstration für Samstag, den 26.3. auf. Die Hansestadt Lübeck initiierte zusammen mit Parteien, Gewerkschaften und Kirchen die Aktion „Lübeck hält den Atem an". Dabei war geplant, um 11.55 Uhr fünf Schweigeminuten zu halten und den gesamten Verkehr der Lübecker Innenstadt lahmzulegen. Für 12.00 Uhr riefen Stadt, Parteien, Gewerkschaften und Kirchen zu einer Kundgebung auf dem Markt auf.



Gemeinsame Kundgebung...

Ein Nebeneinander, oder schlimmer, ein Gegeneinander der Kundgebungen von etablierter Seite und der antifaschistischen Basisbewegung konnte jedoch vermieden werden. Den Etablierten war es nicht möglich, das Bündnis zu übergehen, andererseits versuchte auch das Bündnis Berührungsängste (bei allen politischen Vorbehalten) abzubauen. So wurde sich schon im Verlauf des Freitag darauf geeinigt, daß eine gemeinsame Kundgebung abgehalten wird, mit Redebeiträgen der Stadt, des Lübecker Bündnis gegen Rassismus und der Gewerkschaften. Am betreffenden Samstag versammelten sich dann auch ca. 5.000 Menschen auf dem Marktplatz: Der Gewerkschaftsredner trat zugunsten der Hamburger Bischöfin Maria Jepsen von seiner Rede zurück, für die Stadt sprachen Stadtpräsident Örtling und Bürgermeister Bouteiller, für das Bündnis Christoph Kleine. Die Forderung des Bündnis nach dem Verbot aller faschistischer Parteien wurde von Örtling und Bouteiller übernommen. Bouteiller betonte, daß von dem Verbot auch die Republikaner als Nazi-Partei betroffen sein müßten, Stadtpräsident Örtling sprach von „militanter Verteidigung der Demokratie". (ach ja ? d.Tipperin)

... von der CDU nicht erwünscht

Die Passage im Redebeitrag des Bündnis, in der auf antisemitische Äußerungen von CDU-Politikern hingewiesen wurde, führte zu Unmut bei der CDU. Deren Kreisvorsitzender Frank Sauter empörte

sich: „Eine Sauerei ist das hier“, er diffamierte das Bündnis als linksradikal und kündigte an, bei ähnlichen Kundgebungen nicht mehr teilnehmen zu können. Die fünf Schweigeminuten stießen nicht bei allen DemonstrantInnen auf Zustimmung. Rufe wie „wir können nicht mehr länger schweigen“ und einzelne Trillerpfeifen wurden laut. Stärker wurden die Schweigeminuten jedoch durch einen die Kundgebung überfliegenden Hubschrauber gestört. Die anschließende Demonstration führte dann durch die Innenstadt zur Synagoge in der St.Annen-Straße. Während der Demo schlossen sich weitere LübeckerInnen dem Protestzug an. Nun hat es den Anschein, daß der Brandanschlag nicht nur gezeigt hat, daß die Kette faschistischen Terrors nicht abreißt (aktuell: Der Brandanschlag auf ein von TürkInnen bewohntes Haus in Bielefeld am 20.April), sondern auch, daß die politisch Verantwortlichen endlich die Konsequenzen ziehen und sich über den verbrecherischen Charakter faschistischer Aktivitäten vollends im Klaren sind. Zudem hat es den Anschein, als könnte von Lübeck ein Signal gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus ausgehen. Betrachten wir die Geschehnisse genauer, tauchen aber störende Schatten in diesem optimistischen Bild auf: Da sind zum einen die Äußerungen des CDU-Vorsitzenden Sauter zum Redebeitrag des Bündnis. Die vom Bündnis-Vertreter aufgezählten Bespiele antisemitischer Äußerungen aus den Reihen der CDU sind nicht nur anhand von Quellen (und zum Teil Gerichtsverfahren) zu belegen, sie lassen sich auch noch fortführen. Ebenso großen Widerhall in der Presse wie der Lübecker Anschlag haben die Äußerungen von PolitikerInnen zu den kurdischen Protesten gefunden. Die meisten Äußerungen beschäftigten sich nicht mit dem Völkermord an KurdInnen in der Türkei, sondern mit der Abschiebung von Menschen, die teilweisen Landfriedensbruch begangen haben (nebenbei: die StahlarbeiterInnen von Rheinhausen haben auch Autobahnen besetzt...). Die Verhältnismäßigkeit der Mittel wurde außer Kraft gesetzt, an ihre Stelle trat staatlicher Rassismus, vollzogen durch etablierte PolitikerInnen.



Volksverhetzer Schönhuber in „Aktion“

CDU im antifaschistischen Mäntelchen

Auch dies wurde im Redebeitrag des Bündnis angesprochen und kritisiert. Denn wozu taugen Kundgebungen solcher Art, wenn nicht gerade dazu, die politischen Lehren zu ziehen, aufzuzeigen, welche Tiefe Rassismus und Antisemitismus in der Gesellschaft haben und wie dagegen vorgegangen werden kann ? Will die CDU einzig und allein dann an antifaschistischen Kundgebungen teilnehmen, wenn diese politisch oberflächlich bleiben, sich gegenseitig versichert wird, daß man selbst ein „guter Demokrat“ sei, also: sich das antifaschistische Mäntelchen umhängen, solange dieses Mäntelchen nichts kostet ? Daher wirkt die „Drohung“ , an „antifaschistischen Kundgebungen nicht mehr teilzunehmen“ (an wievielen Demos nahm denn die CDU bisher teil ?) eher lächerlich. Denn auf solche MitstreiterInnen, die eben kontinuierlich alles vermeiden, was nötig ist, um Faschisten und Rassisten zu bekämpfen, kann die antifaschistische Bewegung getrost verzichten. Die Dimension des antisemitischen Anschlages wurde auch von anderen CDU-Vertretern nicht erfasst: Tourismus-Senator Halbedel (CDU) regte an, daß Lübeck sich durch Zeitungsanzeigen in Israel für den Anschlag entschuldigen solle. Denn das „Image“ der Hansestadt nehme sonst Schaden und das habe negative Folgen für den Fremdenverkehr (!). Sich angesichts eines Brandanschlages vornehmlich Sorgen um die Einnahmen Lübecks durch den Tourismus zu machen, ist mehr als nur politisch instinktlos. Senator Halbedel muß vorgeworfen werden, daß er damit impliziert, rassistische Gewalt sei zu verurteilen, weil sie Geld kostet. Es geht aber um sehr viel mehr: Um Menschenleben, um Menschenrechte, darum, ob gesellschaftliches Klima von Haß, Intoleranz und Rassenstolz oder aber von Solidarität geprägt wird. Es geht hier nicht um Haarspalterei, sondern vielmehr sollten öffentliche Verlautbarungen Signale für eine Wende im Umgang mit Rechtsextremismus setzen. Halbedels Äußerungen taten genau das Gegenteil !

Den Etablierten nicht das Feld überlassen

Warum dann eine gemeinsame Kundgebung den Etablierten, könnte mensch fragen. Und tatsächlich gab es vor und während der Kundgebung tatsächlich Vorbehalte dagegen. Zu ungewohnt ist scheinbar, mit Stadt, Parteien und Kirchen an einem Strang zu ziehen. Und sicher ist, daß die Forderungen und das politische Verständnis der antifaschistischen Basisinitiativen weit über die Forderungen und das Verständnis der Etablierten hinausgehen. Fakt ist: Die rassistische Hetze der Etablierten während der „Asyldebatte“ und die faktische Abschaffung des Menschenrechts auf Asyl waren sowohl Ansporn zu rassistischer Gewalt, als auch gleichzeitig Opportunismus gegenüber den selbst mitfabrizierten rassistischen Stimmungen in der Bevölkerung. Wenn jetzt von etablierter Seite für ein Verbot von Nazi-Organisationen gesprochen wird, ist das bei einzelnen Personen sicherlich auch gereifte Erkenntnis. Insgesamt ist es aber das Ergebnis eines entsprechenden gesellschaftlichen Drucks, an dem die antifaschistische Bewegung ihren Anteil hat. In einer solchen Situation kann bei Ereignissen, wie dem Lübekker Anschlag, das Feld nicht den Etablierten allein überlassen werden, indem die Basisbewegung ihr eigenes abgetrenntes Süppchen kocht. Der Redebeitrag des Bündnis stieß auf sehr viel, wenn nicht den größten Applaus auf dem Marktplatz. Unsere For-

derungen stehen im gesellschaftlichen Interesse, die antifaschistischen Initiativen kommen aus der Isolation heraus (zumindest dort, wo sie es ernsthaft wollen).

Wichtig ist, darauf zu drängen, daß den vollmundigen Sprüchen auch wirklich Taten folgen. Ein Verbot aller faschistischen Organisationen erfolgt nicht durch staatliches Vorgehen, sondern kann allein Ergebnis einer starken und gesellschaftlich verankerten Bewegung sein, die die Gesellschaft im Ganzen verändert. Nicht wir sind es, die eine Bewegung spalten wollen. Aber wir treten auch für praktische Konsequenzen klarer politischer Forderungen ein. Und selbstverständlich bedeutet eine gemeinsame Kundgebung mit Etablierten nicht, auf unsere Vorstellungen zu verzichten, sondern im Gegenteil, sie an Menschen heranzutragen, die wir bisher nicht erreicht haben.

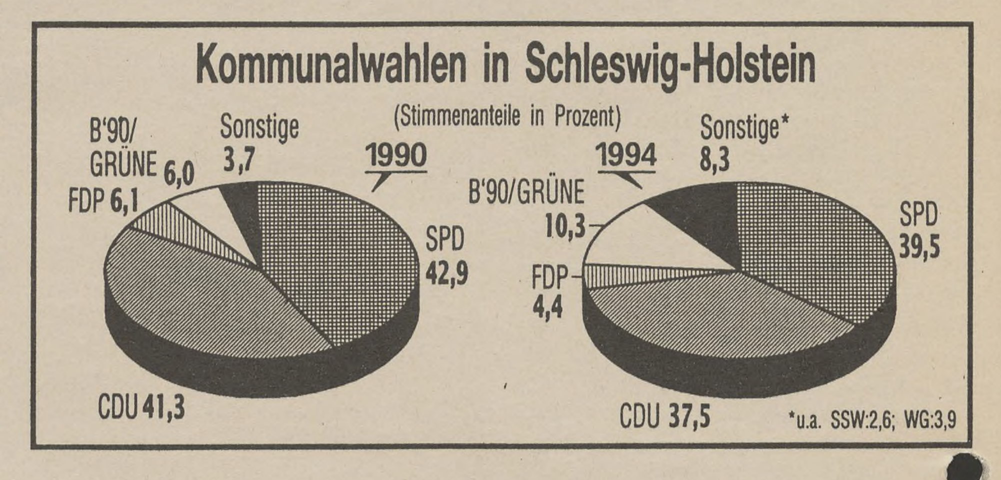
Wenn Etablierte vermeintlich radikale Sprüche bringen, sollte die antifaschistische Bewegung das nicht als Plagiat beklagen, sondern die Gelegenheit nutzen, um den Sprüchen Taten folgen zu lassen.

Kommen wir auf Herrn Örtling zurück: Es wird sich zeigen, wer was unter Demokratie versteht und vor allen Dingen, wer demokratische Errungenschaften gegen wen „militant verteidigen“ muß...

aus: AZ - Lübeck Nr. 2/94

Wahl in Schleswig-Holstein : „Absage an Rechtsextreme“ ?

„Verluste für SPD, CDU, FDP - Gewinne für Grüne und Wahlbündnisse - Klare Absage an Rechtsradikale“. So, oder ähnlich betitelte die Berichterstattung die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 20.3.1994. Bei genauerer Betrachtung ergibt sich jedoch ein etwas anderes Bild. Die sich offen nationalistisch bekennenden Parteien der extremen Rechten kandidierten nur vereinzelt in Schleswig-Holstein. Eine Umrechnung der Einzelergebnisse auf den Landesdurchschnitt überdeckt die teilweise hohen Stimmanteile für faschistische Parteien in einzelnen Kreisen oder Gemeinden. Offensichtlich auf einen Achtungserfolg spekulierend , kandidierte „Aufbruch ´94 - Deutscher Freier Wählerbund“ erstmalig und einzig im Kreis Segeberg, erreichte dort aber nur 0,4 % der Stimmen. In Kaltenkirchen, wo der „Aufbruch ´94“ vor einem halben Jahr unter Vorsitz des örtlichen Hoteliers Jürgen Jäger zusammen mit Ex-REP und MdE Emil Schlee zur Beteiligung an den Europa-und Bundestagswahlen gegründet wurde, fehlten nur wenig Stimmen (4,8 %) zum Einzug ins Gemeindeparlament. Der Kreis Hzgt. Lauenburg ist eine der „Hochburgen“ organisierter Neonazis in Schleswig-Holstein. Der stellvertretende NPD-Vorsitzende von Schleswig-Holstein, Heinrich Förster, saß zeitweise zusammen mit Michael Peters, einem der Attentäter von Mölln, im Ortsvorstand Lauenburg der NPD. Gegen beide erhob die Staatsanwaltschaft Anfang letzten Jahres Anklage im Zusammenhang mit verschiedenen Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und von AusländerInnen bewohnten Mietshäusern in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Nicht verwunderlich also, daß die NPD ausgerechnet im Kreis Hzgt. Lauenburg (dem einzigen Kreis, in dem sie kandidierte) antrat. Um so erschreckender dann doch das Wahlergebnis, das der NPD im Kreis 2,8% (rund 2500 Stimmen) und in den Wahlbezirken von Mölln sogar 4 % einbrachte.



Erstaunlich auch das Abschneiden der ÖDP, die ausschließlich in Bad-Oldesloe antrat und mit 6,5 % der Stimmen ihren Vorsitzenden Karl-Heinz Lenz in Schleswig-Holstein als ersten und einzigen Abgeordneten für die Stadtverordnetenversammlung entsenden konnte. Im Wissen, daß bei den letzten Landtagswahlen über 9 % der Lübecker und Lübeckerinnen ihre Stimme für faschistische Parteien abgaben, kandidierten die REP´s (ausschließlich) in der Hansestadt. Verglichen mit dem Wahlergebnis vor zwei Jahren scheinen die zahlreichen Skandale der damals ins Landeshaus gekommenen DVU (bzw. jetzt Deutsche Liga) den Parteien der extremen Rechten inzwischen Popularität gekostet zu haben. Zwar konnten die REP´s im Vergleich zur Kommunalwahl 1990 ihren Stimmenanteil von 3,1 % auf jetzt 4,1 % steigern, was aber insgesamt eine Halbierung der Stimmen im faschistischen Lager bedeutet. Ihr besonderes Gewicht legten die REP´s in der Wahlkampfführung auf demagogische Sozialforderungen. Ihr Einsatz für die „Interessen der Wohnungssuchenden“ entpuppt sich beim näheren Hinsehen sämtlich auf Vorschläge zum Erwerb von Hausbesitz. Vor allem in der Altstadt soll nach ihrem Willen Hausbesitz vor Mietwohnungen gehen, um das „Weltkulturgut“ zu erhalten. Kein Wort über zu hohe Mieten u.ä., Wortgeklingel mit dem „kleinen Mann“, doch wenn es konkret wird, vertreten sie das Interesse der Bessergestellten. Die REP`s machten Aussagen, bei denen sie auf populistischen Beifall spekulierten. Der Gipfel der Doppelzüngigkeit und des Populismus wird mit der Forderung, Lübeck wieder zu einem eigenen Bundesland zu machen, da es schließlich bis 1937 selbständig gewesen sei, erreicht. Gleichzeitig mit der Forderung nach dem „Ausbau des Staatsapparates“ und der „Entbürokratisierung der Verwaltung“ wurde mit großem finanziellen Aufwand auf allen Klavieren gespielt.

(aus: AN 7/94)

Rechtsruck an der CAU

An der Christian-Albrechts-Universität treten rechte Studenten und Dozenten in den letzten Monaten immer offensiver auf. Die Hochschule kann auf eine unrühmliche Tradition zurückblicken: sie stellte 1927 republikweit den ersten AStA-Vorsitzenden, der NSDAP Mitglied war, und unterwarf sich willig dem faschistischem Regime. Angesichts der aktuellen Entwicklung bleibt ein breiter Protest der Studierenden bisher aus.

Die Ereignisse und einige Personen:

Am 18. Jan.´94 veranstaltete der AStA (Allgemeiner Studierenden Ausschuß) eine Veranstaltung mit dem Titel „Die Neue Rechte", zu der dieselbige dann auch zahlreich erschien. Der Vortrag der Referentin wurde mit revisionistischen Behauptungen und offen faschistischen Thesen gestört. Besonders hevorgetan hatte sich an diesem Abend der Diplomphysiker **Dr. Bernd Hundrieser**, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der medizinischen Fakultät. Der ehemalige Kandidat der „**Republikaner**" behauptete in typischer neurechter Manier, daß verschiedene Ethnien unfähig seien in einem Staatsgefüge zusammenzuleben. Um es nicht zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen zu lassen, so Hundrieser, wäre die Einrichtung von sogenannten „Homelands", wie die des Apartheidsystems in Südafrika, eine adäquate Lösung. Zudem habe das Beispiel Jugoslawiens gezeigt, daß Vielvölkerstaaten dann zusammenbrächen, sobald eine diktatorische Staatsgewalt demontiert würde. Aber dieses Lehrstück in rassistischer neu-rechter Hetze reichte dem Mann offensichtlich nicht aus. Er verbreitete auch noch die „Auschwitzlüge" indem er den geschichtsverfälschenden „Leuchter-Report" zitierte und ihn als seriösen, wissenschaftlichen Bericht darstellte. Somit leugnete Hundrieser also die Tatsache der fabrikmäßigen Vernichtung von Menschen jüdischen Glaubens im KZ Auschwitz.

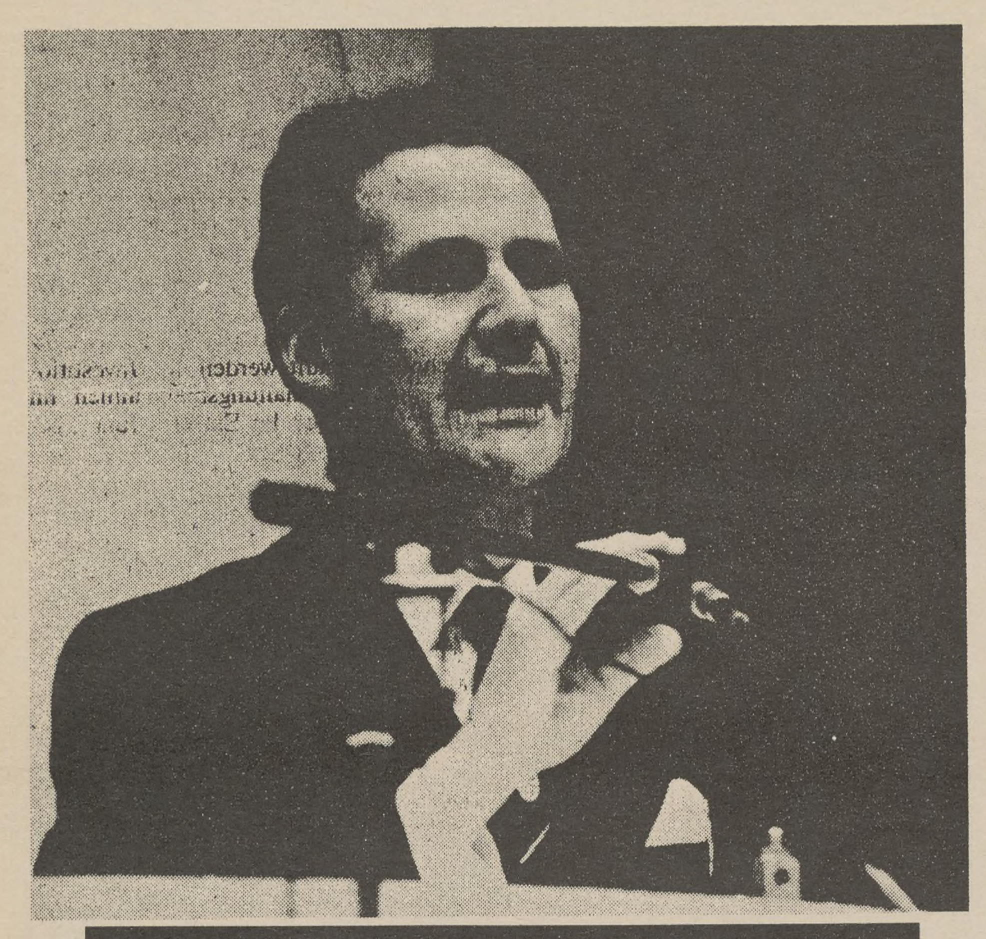
Anwesend bei der AStA Veranstaltung waren natürlich auch reichlich Burschenschaftler, die diese mit rassistischem Gepöbel störten. Besonders zu nennen sind hier die **Turnerschaft Hansea-Stormaria**, die **Landsmannschaften Troglodytia** und **Slesvico-Holsatia/Cheruscia**. Die befinden sich nämlich alle auf einer Abo-Liste (1990) der neu-rechten Zeitung „**Junge Freiheit**" (JF). Die JF bietet ultrarechten CDU-Dissidenten, nationalistischen Professoren, Ideologen der sogenannten Neuen Rechten, sowie rechtsradikalen Nachwuchspolitikern aus den Parteien „Republikaner" und ihrer Abspaltung „Deutsche Liga für Volk und Heimat" eine Plattform. Die Themen der JF sind der deutsche Nationalstaat und Maastricht-Europa, der Kampf gegen den sogenannten Geißler-Süssmuth-Flügel in der CDU, die „Ostgebiete", Asyl- und Ausländerpolitik („Invasion ist ungebrochen"). Weitere Themen sind die „Umerziehung des deutschen Volkes", sowie das Ideengut der konservativen Wegbereiter Hitlers, von dessen faschistischer Terrorherrschaft man sich natürlich distanziert. Die seit einiger Zeit von Freiburg nach Potsdam übergesiedelte Redaktion gibt sich überparteilich, pluralistisch, intellektuell und jungdynamisch. Doch die Gewerkschaften HBV und IG Medien in Berlin halten sie für „Nadelstreifenfaschisten", was den ideologischen Kern recht gut trifft.

WESTERLAND	[illegible]					1
WESTERLAND	WIESER	RUDOLF		[illegible]WEG 4	BOL	1
KIEL	ARNDT	VERLAG	1	POSTFACH 3603		1
KIEL	CHERUSCIA	L.	1	HINDENBURGUFER 75	CC	1
KIEL	DEPPERT	DR. WOLFGANG	1	SCHILLERSTR. 12		1
KIEL	EUROPA-BUCHHANDLG.		1	WILHELMINEN 13		1
KIEL	GREBIEN	THOMAS	14	WITZLEBENWEG 11	REP	1
KIEL	GROßHEIM	MICHAEL	1	HOHENBERGSTR. 12	MB	100
KIEL	GROTHKOPP	FRITZ	14	BRüCKENSTR. 29	REP	1
KIEL	HANSEA STORMARIA	T.	1	DüPPELSTR. 10	CC	1
KIEL	KLüVER		1	KRAUSSTR. 23		1
KIEL	KREFT	ROBERT	1	LERCHENSTR. 13	REP	1
KIEL	NEU	DR. AXEL D.	1	LORNSENSTR. 32	REP	1
KIEL	PREHN	VIOLA	1	BESELERALLEE 40		1
KIEL	PRELLE	ERHARD	1	WRANGELSTR. 14	CC	1
KIEL	SCHEPKE	ANNILIESE	1	BLOCKSBERG 27		1
KIEL	SLESVICO-HOLSATIA	L.	1	FORSTWEG 66	CC	1
KIEL	TROGLODYTIA	L.	1	BARTELSALLEE 18	CC	1
BRUX	TURKOWSKI	KATJA		ROSENBERG 18	REP	1
[illegible]	[illegible]	THOROLF		[illegible]		

Auszug aus der Lieferliste der „Jungen Freiheit" 1990

Diesen „Unterstand semifaschistischer, rechtsradikaler und altkonservativer Wortführer" (FR 20.1.94) verteilten Mitglieder der „Slesvico-Holsatia" am 10. Februar (beeflügelt von ihrem Erfolg auf der oben genannten Veranstaltung?) vor der Mensa an die StudentInnen. Nicht nur Abonnent, sondern gar Mitarbeiter der Jungen Freiheit ist der wissenschaftliche Angestellte am philosophischen Institut **Dr. Michael Großheim**. Dieser hält mit Vorliebe Seminare über den Nazi-Ideologen Carl Schmitt und dessen Gesinnungskameraden. Großheim ist Mitherausgeber des Buches „Westbindung", das im einschlägigen Ullstein-Verlag erschienen ist. In „Westbindung" hat Großheim einen Aufsatz über die „wahren Werte der deutschen Psychologie vor 1945" geschrieben und fordert sinngemäß eine Rückbesinnung auf diese „Werte". Für die Veranstaltung von **Brunners** konservativ-faschistischen „**Bunds Freier Bürger (BFB)**" am 23.3.94 im Kieler Yachtclub erhielt Großheim eine persönliche Einladung, und er nahm an dem BFB-Treffen teil. Das bekannte Mitglied der **DUR (Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft)** Sekte **Dr. Wolfgang Deppert**, taucht ebenfalls auf der JF-Liste auf.

Nach der Verteilung von Exemplaren der JF durch Burschenschaftler machten der AStA, sowie die Antifa-Hochschulgruppe auf die menschenverachtende Ideologie dieses pseudo-intellektuellen Blattes aufmerksam. Das konnten die schlagfertigen jungen Männer natürlich nicht hinnehmen. So landete am 7. April ein Flugblatt einer gewissen „**Gruppe 20**" auf den Mensa-Tischen. Das Postfach (PF 2262, 24021 Kiel) dieser „Gruppe 20" läßt eine Nähe zu der „Slesvico-Holsatia" vermuten. Das Flugblatt beginnt mit Art. 5 GG (Meinungsfreiheit) und der Überschrift „Ihr seid für Meinungs- und Pressefreiheit in Kiel? - Wir auch !". Dann geht´s los: Eine kleine undemokratische Minderheit von selbsternannten antifaschistischen Denkpolizisten (genannt werden hier der AstA, Antifa, PDS/LL, SAG und Autonome) hetze in krankhaftem nationa-



Werner Kaltefleiter: Ein CDU-Mann mit strammer Rechtsgesinnung

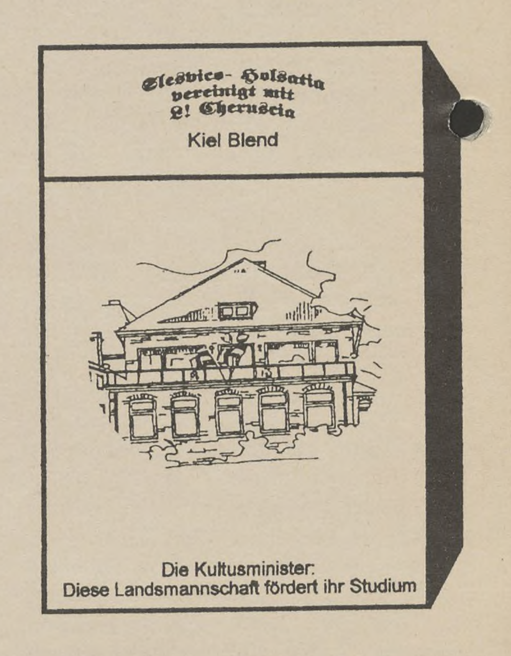
len Selbsthaß erstarrt gegen alle „Wertkonservativen", zudem suchten diese mit dem Kampfbegriff des Antifaschismus ihre spätstalinistischen Thesen zu verbreiten. Abgerundet wird das Pamphlet mit einem Aufruf zum Abonnement der JF.

Diesen Aufruf braucht der Leiter der *Forschungsgruppe Energiewirtschaft* am *Institut für Weltwirtschaft* in Kiel, **Dr. Axel D. Neu,** nicht, er befindet sich bereits in der Abo-Datei der „Jungen Freiheit". Bis August 1991 war Neu Mitglied der **„Republikaner"** und Kandidat dieser Partei zu Landtags- und Bundestagswahlen. Neu war Vordenker der REP in Kiel, 1986 Mitautor der Schrift „Was wollen die REP". Er hat Kontakte zur **„Paneuropa-Union"**, einer 1923 gegründeten reaktionären Vereinigung zur Propagierung einer imperialistischen europäischen Gemeinschaft. Seit seinem Austritt aus den Republikanern 1991 ist Neu als Autor in der neu-rechten Zeitschrift **„Nation und Europa"** zu finden. Er ist Schriftführer des **„Arbeitskreises für deutsche Politik (AfdP)"** und ein Unterzeichner der Anzeige „Freiheit für Königsberg" in der JF (Mai 1992). 1993 wurde Neu Vorsitzender des **„Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen"**. Auffällig wurde Neu auch schon des öfteren dadurch, daß er seine Anschauungen mit Leserbriefen in den Kieler Nachrichten in die Welt trug.

Nicht in der AbonnentInnenliste der JF finden sich die **„Alte Königsberger Burschenschaft Alemania"** und der **„Krusenrotter"**, die dafür aber Mitglied im nationalistisch-völkischem **„Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB)"** sind.

Durch Zeitungsartikel der KN und der TAZ wurde anfang dieses Jahres der Politologe **Prof. Dr. Werner Kaltefleiter** weithin bekannt. Kaltefleiter hetzt seit langem gegen seinen sozialdemokratischen Kollegen Prof. Dr. Wilfried Röhrich und versucht durch z.T. illegale Schikanen die StudentInnen der politischen Wissenschaft zum Studium einzig „seiner Lehre" (empirisch-strukturell) zu bewegen. Dies veranlaßte den AstA ausdrücklich vor einem Studium der politischen Wissenschaft in Kiel zu warnen. Dr. Kaltefleiter ist Kuratoriumsmitglied der **„Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft (DSAG)"**. Diese Gesellschaft von konservativen Rassisten bezeichnete den ANC Nelson Mandelas in einer Zeitungsanzeige als „gewalttätige Minderheit von Terroristen". Bekannte Mitglieder der DSAG sind die rechtsaußen Gehrhard Löwenthal und der Hamburger Hartmut Perschau (MdEP). Aktiv ist Kaltefleiter auch als „Sicherheitsberater" des Bundeskanzlers Kohl. Im Sommer veranstaltet Kaltefleiter regelmäßig **„Internationale Kurse für Sicherheitspolitik"** in Kiel. Gegen diese Kurse wurde schon 1989 an der CAU von Seiten der StudentInnen protestiert. Ein finnischer Teilnehmer beschreibt, daß diese auf unterstem Niveau ablaufen, die zu bearbeiteten Texte reine Kalter-Krieg-Propaganda sind, und er sich vorkam, wie in einem Armee-Lager. 1986 nahm der INKATHA-Führer Mangosuthu Buthelezi an einem dieser „Seminare" teil. Neben hohen BND- und NATO-VertreterInnen nehmen an den Kursen auch Mitglieder der RENAMO-Mörderbanden aus Mozambique teil.

Anhand der geschilderten Ereignisse, vor allem in bezug auf die „Junge Freiheit", wird die *Atze* wohl noch des öfteren über den rechten Rand an der Uni-Kiel berichten müssen. Interessant könnte es im Sommer werden, denn da stehen Wahlen zum Studienparlament (StuPa) an, und es wird zu beobachten sein, ob die Rechten weiterhin unter dem Dach des **RCDS** (Ring Christlich Demokratischer Studenten) antreten.



Burschenschafter-Anzeige im Erstsemesterinfo der Fachschaft Jura der Kieler Uni (WS 1993/94)

Schon gehört?

Die hochschulpolitische Zeitschrift SKIZZE (Hg.: AStA der Uni Kiel & Ferdinand-Tönnies-Gesellschaft e.V.) berichtet in ihrem April-Heft ausführlich über eine Anfang des Jahres an der Uni durchgeführte Veranstaltung zur *Neuen Rechten*. Ein großer Teil der ZuhörerInnen stellte sich dabei als Anhänger dieser faschistischen Gedanken heraus. Die SKIZZE schreibt u.a.: „Als schlimmste Erfahrung an diesem Abend erwies sich allerdings die Tatsache, daß von diesem Auditorium ein Mann absolute Rückendeckung erfuhr, der seiner unverhohlenen rechtsextremistischen Auffassung freien Lauf ließ und sich zudem noch als Dozent der medizinischen Fakultät herausstellte.“ Leider hat es die SKIZZE versäumt, den Namen des einschlägig bekannten Herrn, zu erwähnen. Es handelt sich dabei um **Dr. Bernd Hundrieser**, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Institut für Medizinische Informatik und Statistik* der Kieler Uni tätig ist. Hundrieser hat in den zurückliegenden Jahren bei Wahlen bereits für die REP kandidiert.

Mit Anzeigen im *Ostpreußenblatt* und der neofaschistischen Monatszeitschrift *Nation + Europa* machte Ende 1993 die *Heimattreue Jugend e.V.* Werbung. Die Bundesgeschäftsführung hat zur Zeit der schon im früheren BHJ (Bund Heimattreuer Jugend) aktive **Hagen Schmöller** unter einer Kieler Postfachadresse inne. Für 1994 plant die Leitstelle Nord der HJ u.a. Pfingstwanderungen und eine Feier zur Sommersonnenwende.

Anzeige

Die Heimattreue Jugend e. V.

ruft auf zum großen Bundeswinterlager vom 27. 12. 93 bis 02. 01. 94

Möchtest Du im Kreise guter Kameraden fröhliche Tage mit einem abwechslungsreichen Programm verleben, mit Spaß, Sport und Spiel, mit Gesprächskreisen, Singrunden . . . und einer eindrucksvollen Jahreswechselfeier?

Dann komm zu uns! Melde Dich und Deine Freunde (7—25 Jahre) gleich an:

Die Heimattreue Jugend e. V.,
Bundesgeschäftsführung
Postfach 17 03, D-24016 Kiel

Roland Bohlinger, Inhaber des *„Verlages für ganzheitliche Forschung und Kultur“* in Viöl/Nordfriesland und Herausgeber der neonazistischen Postille *NATION*, hat den 1976 von Herbert Taege (früherer Schüler der HJ-Akademie für Jugendführung) gegründeten *„Askania“-Verlag* übernommen. Im Vorwort der NATION-Ausgabe 10-12/93 jammert Bohlinger über die „Hetze und Verleumdung“, um zugleich in einem Anflug von Größenwahn festzustellen: „Kürzlich meinte ein Fernsehmoderator, die NATION könnte gefährlich werden, da dort eine Linie vertreten werde, gegen die schwer zu argumentieren sei.“ Da hat er wohl nur insoweit recht, als Argumente bei Antisemiten a lá Bohlinger nun wirklich nichts ändern.

AskAniA

Studiensammlung

für Zeitgeschichte und Jugendforschung

Herausgeber: Herbert Taege

Eigentlich sollte **Dr. Dierk Puls** (Kiel) Mitte April in Neumünster an den dortigen Literaturtagen unter Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters teilnehmen. Doch es kam anders: die *Grünen/Bündnis 90* hatten von Antifaschisten einen Tip bekommen und die ganze Angelegenheit der Öffentlichkeit bekanntgemacht. Daraufhin setzte sich Oberbürgermeister Unterlehberg mit Dr. Puls in Verbindung und lud den Altnazi (Kandidatur bei der KLA, Auschwitzlügner) wieder aus. Kurze Zeit später starb Dr. Pulsnach einem Unfall.

Schon gehört?



Zuletzt war er in Lettland bei den dortigen Wahlen erfolgreich; nun muß er möglicherweise in den Knast. **Jochen Siegerist**, Vorsitzender der *Deutschen Konservativen* mit Sitz in Hamburg und als übler rassistischer Hetzer bekannt, wurde wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Volksverhetzung Mitte April vom Amtsgericht in Hamburg zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Zugleich wurde das Geld, das er für eine Lügen-Kampagne gegen Sinti und Roma gesammelt hatte (85.000.- DM), vom Gericht eingezogen. Ein beispielhaftes Urteil!



Dr. Max Klüver: **Zeitgeschichtliche Betrachtungen**
– Rechte Autoren und die Kriegsschuldfrage – Aufsätze und Vorträge – Anmerkungen zu tagespolitischen Fragen. 221 Seiten, Efalin, DM 22,—

Im ersten Abschnitt setzt Klüver sich mit bekannten Autoren der rechten Seite auseinander, die in der – durch die Diskussion um „Auschwitz" in den Hintergrund geratenen – Kriegsschuldfrage keine dem neuesten Forschungsstand entsprechende Einstellung haben. Das ist jedoch für ihre Glaubwürdigkeit erforderlich. Zu diesen Autoren gehören Diwald, Irving, Schickel, Schwinge und Taege. Die Aufsätze und Vorträge des zweiten Abschnitts umfassen das ganze Spektrum der von Klüver in den letzten Jahren behandelten Themen. Der dritte Abschnitt beginnt mit einem Schriftwechsel mit zwei großen deutschen Tageszeitungen, die nach anfänglicher Bereitschaft, Leserbriefe Klüvers abzudrucken, dies in zunehmenden Maße „aus Platzgründen" ablehnen. Anmerkungen zu den wichtigsten Ereignissen der letzten Jahre folgen.

Dr. Max Klüver: **Es war nicht Hitlers Krieg – Neues aus dem britischen Staatsarchiv.**
180 Seiten, Efalin, DM 24,—

Die allgemeine Geschichtsauffassung geht davon aus, Hitler habe am 1. September 1939 das friedliebende Polen überfallen. Mit erst jetzt freigegebenen Dokumenten aus dem britischen Staatsarchiv belegt der Autor, daß Hitler immer wieder bemüht war, den Krieg zu vermeiden. In Englands Kalkül war jedoch eine friedliche Einigung zwischen Deutschland und Polen nicht vorgesehen ...



Mit neuen Werken auf dem Büchermarkt versucht der in Plön ansässige Altnazi **Dr. Max Klüver** wieder einmal zu beweisen, daß die Nazis und Hitler den zweiten Weltkrieg gar nicht wollten. Unter dem Motto *Zeitgeschichtliche Betrachtungen. Rechte Autoren und die Kriegsschuldfrage* mahnt der Autor, über die „Diskussion um ‚Auschwitz'" (sprich: die Auschwitz-Lügnerei) die „Kriegsschuldfrage" nicht zu vergessen. Teil dieses Buches ist auch ein Briefwechsel mit - wie es in der Verlagsankündigung heißt - „zwei großen deutschen Tageszeitungen, die nach anfänglicher Bereitschaft, Leserbriefe Klüvers abzudrucken, dies in zunehmendem Maße ‚aus Platzgründen' ablehnen". Die Tageszeitung „Die Welt" und auch die „Kieler Nachrichten" veröffentlichten jedenfalls im März noch das Geschreibe Klüvers.



Eine langjährige Mitstreiterin haben die Deutschen Unitarier verloren. Am 25. Dezember 1993 verstarb im Alter von 99 Jahren **Marie Adelheit Prinzessin Reuß zur Lippe**. Bei den Nazis war sie als Mitarbeitern des Reichsbauernführers Darré tätig; zu bundesdeutschen Zeiten dann sehr aktiv bei der „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft". Gute Kontakte pflegte sie gleichzeitig zu Nazis wie Thies Christophersen und Jürgen Rieger.



Als Höhepunkt des Reiseprogramms 1994 kündigen die Bernstein-Reisen des bekannten neofaschistischen Buchhändlers **Dietmar Munier** eine *„Sonderkreuzfahrt nach Danzig/ Königsberg/ Memel mit Seminar- und Vortragsprogramm"* an. Abreisetag ist der 30. September 1994; am späten Nachmittag soll die Einschiffung in Lübeck-Travemünde stattfinden. Als besonderen Knüller werden Referenten wie Gustav Sichelschmidt, Nikolaus von Preradovich und Paul Carell angekündigt, die in der gesamten Rechtsaußen-Szene einen guten Ruf haben.



Der Höhepunkt unseres Reiseprogramms 1994 ! Wir verbinden unsere Spitzenkreuzfahrt nach Danzig, Königsberg und Memel mit einem hochinteressanten Seminar- und Vortragsprogramm. Eingeladen werden u. a. prominente Schriftsteller und Historiker wie Gustav Sichelschmidt, Nikolaus v. Preradovich, Franz Kurowski, Ruth Geede, Dietmar Munier, Friedrich Borchert, Paul Carell u.v.a. Neben den Vorträgen werden auch Filme und Dias gezeigt. Übrigens: Entgegen verbreiteten Vorurteilen ist der Monatswechsel September/ Oktober eine vorzügliche Kreuzfahrtzeit. Die Ostsee ist ruhig und

2. Tag (Samstag): Nach einem ausgiebigen Frühstück geht das Seminar- und Vortragsprogramm mit angesehenen Fachleuten und Historikern weiter. Am Nachmittag erreichen wir Danzig. Ein Stadtrundgang durch diese kulturhistorisch bedeutsame alte deutsche Stadt führt uns zum Langen Markt, zum Rechtstädtischen Rathaus, zur Langgasse, zur Marienkirche und zum Krantor. Nach dem Abendessen versammeln wir uns erneut zu einem kurzen Vortrag (45 Min.). Der Abend klingt anschließend in gemütlichen Runden an Bord oder mit einem lockeren Kneipenbummel aus.

nem Vortrag auf den bevorstehenden Besuch in Königsberg ein. Um Mitternacht verläßt unser Kreuzfahrtschiff Danzig.

4. Tag (Montag): Morgens treffen wir in Königsberg ein. Nach einem ausführlichen Frühstück findet die große Stadtrundfahrt durch Königsberg statt. Wir sehen unter anderem die noch erhaltenen Befestigungsanlagen und Stadttore, wir fahren zum Bernsteinmuseum, zum Kant-Denkmal, zur Domruine und zur Börse. Nach dem Mittagessen an Bord steht der Nachmittag in Königsberg zur freien Verfügung. Der abendliche Vortrag rundet das interessante Programm ab.

Ausflug auf die zauberhafte Kurische Nehrung. Abends machen wir einen gemütlichen Kneipenbummel in der Altstadt von Memel.

7. Tag (Donnerstag): Nach dem Frühstück verläßt unser Kreuzfahrtschiff Memel. Eine Weile sehen wir linker Hand noch den unvergleichlichen Strand der Nehrung. Dann geht es hinaus auf die offene Ostsee. Uns bleibt ein herrlicher, langer Herbsttag für interessante und lehrreiche Vorträge, die diese Kreuzfahrt zu einem unvergeßlichen Erlebnis machen werden.



In Lübeck fand dieses Jahr die alljährliche „Ostsee-Konferenz" der reaktionären *Paneuropa-Jugend* statt. Geleitet wurde die Veranstaltung vom Landesvorsitzenden **Markus Waldmann**, der sich zudem zusammen mit der Landesvorsitzenden der Paneuropa-Union Schleswig-Holstein, **Ingrid Lenk**, an einer symbolischen Schlagbaum-Zersägung an der früheren Grenze zur DDR beteiligte.

Schon gehört?



Beim Landesparteitag der DVU Schleswig-Holstein war **Holger Stippel** am 13. November 1993 noch einstimmig zum Beisitzer im Landesvorstand gewählt worden; zwei Tage später schickte er der Partei seine Austrittserklärung per Telefax. Grund: die Funktion in der faschistischen Partei stand seiner Karriere bei der Firma Raab Karcher Sicherheitsdienst, dem zur Zeit größten deutschen Unternehmen in dieser Branche, im Weg. Von den Zielen und Methoden dieser faschistischen Organisation hat und mußte er sich nicht distanzieren.



Christophersen im Pech. Kalt erwischt hat es in der Nacht zum 20. April 1994 **Thies Christophersen** im dänischen Exil in Kollund. Unbekannte Antifas beschädigten seinen neuen VW-Golf und richteten in der Nazi-Druckerei beträchtlichen Schaden an.



Der 4. Strafsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) hob das Urteil des Landgerichts Schwerin gegen den früheren NPD-Kreisvorsitzenden **Rüdiger Klasen** auf. Klasen war wegen eines im Juli 1992 begangenen Anschlags auf ein von 100 Menschen bewohntes Asylbewerberheim in Boizenburg-Bahlen zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren verurteilt worden (wir berichteten). Klasen hatte den Anschlag geplant, Material für die Mollotow-Cocktails bereitgestellt und ihn durch eine Gruppe Neonazis ausführen lassen. Bei Beachtung der besonders gefährlichen Umstände in dem mehrstöckigen Haus hält der BGH die Verurteilung wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung und versuchter schwerer Brandstiftung nicht für ausreichend. Auch wenn das Haus nicht Feuer gefangen hätte, so müsse doch zumindest unter dem Vorwurf des versuchten Mordes neu verhandelt werden.

Wahlen '94 - Keine Unterstützung faschistischer Wahlwerbung durch die Bundespost ?

Aufruf der Postboten/innen gegen ausländerfeindliche Wurfsendungen:

Bereits seit 10 Jahren versuchen Postboten/innen die Zustellung von Wurfsendungen mit rassistischem Inhalt, zu unterbinden. In einem Aufruf vom Anfang dieses Jahres fordern sie vom Postministerium und dem Bundestag Postwurfsendungen der DVU, NPD, REP und der anderen nazistischen Parteien, durch eine Änderung der Postordnung zu verbieten.

Der Aufruf fordert die Kollegen/innen auf, sich mit den ausländischen Mitarbeiter/innen zu solidarisieren und eindeutig Stellung für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Toleranz zu beziehen. Desweiteren weisen die Postboten/innen auf ihren eigenen Gewissenskonflikt hin, da sie durch das Verteilen rassistischer Propaganda zu Wahlhelfern/innen der rechten Parteien geworden sind. Sie haben bisher zu jeder Wahl auf ihre Situation aufmerksam gemacht und die Reaktion des Postministeriums bestand nur aus Ignoranz gegenüber den antirassistischen Postboten/innen. Aber viele Menschen im Postdienst haben deutlich gemacht, daß sie nicht bereit sind, weiterhin zum Teil für Wahlerfolge von rechten Parteien verantwortlich zu sein, so weigerten sich zur Landtagswahl 1989 in Kiel 113 von 168 Zusteller/innen Propaganda der DVU zu verteilen.

Die Zusteller/innen sind nicht mehr gewillt, nur weil die Post nicht in der Lage (oder Willens ?) ist die Situation der Beschäftigten zu ändern, sich durch Verfügungen zwingen zu lassen „den rassistischen Schmutz zu verbreiten".

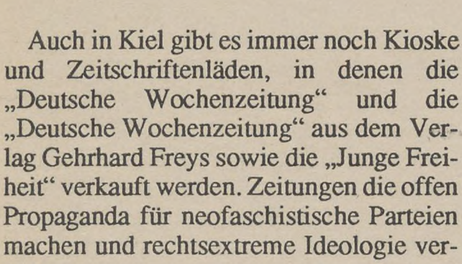
Sie kündigen an das Superwahljahr, insbesondere Bundestags- ‚Europa- und Landtagswahlen mit Aktionen zu begleiten und weitere Wahlerfolge rechter Parteien auch der Bundespost zu zuschreiben.

(Quellen: Aufruf der DPG-Arbeitsgruppe gegen ausländerfeindliche Wurfsendungen, TAZ)

„KEINE WERBUNG"-Aufkleber stoppt faschistische Pamphlete:

Der Datenschutzbeauftragte Hans-Herrmann Schrader hat darauf hingewiesen, daß Postboten/innen die Aufkleber „Keine Werbung", etc. als Annahmeverweigerung für unadressierte Postwurfsendungen ansehen müssen. So kann jede/r die Zustellung von rechter oder faschistoider Propaganda per Post verhindern. Sollte der Aufkleber nicht beachtet werden, ist eine Beschwerde bei dem zuständigen Postamt möglich.

STOPPT DIE NAZI-ZEITUNGEN!



Auch in Kiel gibt es immer noch Kioske und Zeitschriftenläden, in denen die „Deutsche Wochenzeitung“ und die „Deutsche Wochenzeitung“ aus dem Verlag Gehrhard Freys sowie die „Junge Freiheit“ verkauft werden. Zeitungen die offen Propaganda für neofaschistische Parteien machen und rechtsextreme Ideologie vertreten.

Dr. Gerhard Frey, Herausgeber der „Nationalzeitung“ wie auch der „Deutschen Wochenzeitung“, ist Vorsitzender der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und einer der größten rechtsextremistischen geistigen Brandfstifter, die die ideologische Munition für Anschläge wie in Mölln, Solingen und Lübeck liefern. Seine beiden wöchentlich erscheinenden Zeitungen haben eine Gesamtauflage von über 100.000 Stück. Sie sind das wesentliche Medium, mit denen Frey und die DVU ihre faschistische Propaganda unter das Volk bringen. Ständig wird in Ihnen unverhohlen gegen Ausländerinnen und Ausländer, gegen Flüchtlinge sowie Jüdinnen und Juden gehetzt. Einer der mutmaßlichen Brandstifter von Solingen war Mitglied der DVU.

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt dieser Zeitungen ist die bewußte Geschichtsfälschung: Immer wieder wird in ihnen die Kriegsschuld des Deutschen Reichs am Zweiten Weltkrieg geleugnet, der Holocaust, die Vernichtung von sechs Millionen Jüdinnnen und Juden in deutschen Konzentrationslagern bestritten.

Die Junge Freiheit gibt sich seriöser, doch steckt in diesem Schafspelz auch ein Wolf. Vor einigen Jahren als monatlich erscheinende Publikation gegründet, erscheint sie seit Anfang diesen Jahres nunmehr wöchentlich. In dieser Zeitung wird die gleiche faschistische Propaganda betrieben wie in den Blättern Freys, wenn auch auf intellektuellerem Niveau und manchmal ein wenig versteckt zwischen den Zeilen. Die Autorinnen- und Autorenschaft reicht von offen faschistisch über die sog. „Neue Rechte“ bis hin zu rechtskonservativ. Durch den angestrebten Brückenschlag in das bürgerliche Lager ist die „Junge Freiheit“ unseres Erachtens besonders gefährlich, wird doch auf diese Weise rechtsextremes Gedankengut unter Umständen immer stärker gesellschaftsfähig.

Ein nicht zu unterschätzender Aspekt des Verkaufs faschistischer Zeitungen ist die dadurch mögliche Geldbeschaffung faschistischer Organisationen. Gerhard Frey beispielsweise hat sein Vermögen zu großen Teilen aus seinem Presseimperium erwirtschaftet. Dieses Geld fließt dann teilweise direkt in die Kasse der DVU und ermöglicht ihr erst kostenintensive Propaganda und Wahlkämpfe. Drehen wir den Nazis den Geldhahn zu!

Gerade im „Superwahljahr“ 1994 kommt den Zeitungen der Faschistinnen und Faschisten eine große Bedeutung zu: In ihnen wird massive Propaganda zugunsten rechtsextremer Parteien wie der DVU und der „Republikaner“ betrieben. Sollte Parteien wie diesen der Einzug in die Parlamente gelingen, sollte es ihnen anschließend möglich sein, dort ihre Hetze zu verbreiten und geistige Brandsätze zu schleudern, so würde dies auch auf die Tätigkeit der faschistischen Zeitungen zurückzuführen sein.

Wir meinen, daß die Freiheit dort aufhört, wo sie dazu mißbraucht wird, die Rechte anderer einzuschränken, gegen Menschenrechte zu verstoßen und gegen Minderheiten zu hetzen - mit den bitteren Folgen, mit denen wir in der BRD seit einigen Jahren konfrontiert sind. Faschistische Parteien, faschistische Publikationen haben kein Recht auf eine legale politische Existenz.

Wir alle sind gefordert, etwas gegen diesen braunen Dreck zu unternehmen. Achten Sie bei Ihrem Zeitungshändler/Ihrer Zeitungshändlerin darauf, ob dort die oben genannten Zeitungen verkauft werden! Protestieren Sie gegen den Verkauf dieser Hetzblätter! Bitten Sie den Händler/die Händlerin, deren Verkauf einzustellen! Teilen Sie es uns bitte mit, wenn Sie die „Deutsche Wochenzeitung“, die „Nationalzeitung“ oder die „Junge Freiheit“ in einem Laden entdeckt haben. Sie erreichen uns unter folgender Adresse:

Kieler Antifaschistisches Bündnis c/o Buchladen Zapata Jungfernstieg 27 24103 Kiel

Das Kieler Antifaschistische Bündnis ist ein Zusammenschluß verschiedener Gruppen und Einzelpersonen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, gemeinsam etwas gegen faschistische Propaganda in Kiel zu unternehmen. Neben der geplanten Kampagne gegen die rechte Presse wollen wir uns auch im Europa- und Bundestagswahlkampf kritisch einmischen, über den Charakter rechtsextremer Parteien wie der „Republikaner“, der „DVU“, der „Deutschen Liga“ u.a. informieren und alles dafür tun, daß keiner dieser Parteien der Einzug in die Parlamente gelingt. Wir freuen uns über alle, die uns dabei unterstützen wollen!

Treffen: jeden 2. Freitag (ab 13.5.), 19.30 Uhr, Deutsch-Türkisches Volkshaus, Kaiserstr. 92, Seminarraum

Mit aller Kraft für gleiche Rechte

Manche halten den Titelcomic der letzten „Atze“ für witzig.

Ich halte ihn für fehl am Platze. Er ist noch am ehesten dazu geeignet, Menschen vom Kampf für eine der zur Zeit notwendigsten politischen Maßnahmen abzuhalten.

Diese Überlegung macht natürlich nur dann Sinn, wenn vorausgesetzt werden kann, daß die „Atze“ kein Witzblatt ist, sondern sich (auch) als Instrument des politischen Kampfes versteht. Da diese Voraussetzung zweifelsfrei gegeben ist, will ich meine Auffassung hier erläutern.

Der Zeichner suggeriert, „Bonn“ würde den AusländerInnen auf dem Wege der Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft gleiche Rechte wie den bisher schon mit einem deutschen Paß versehenen Menschen zugestehen.

Jede/r könnte begreifen, daß dies nicht der Fall ist. Wenn wir nicht erheblich mehr Druck entwickeln können als bisher, wenn sich nicht eine wirkliche Bürgerrechtsbewegung für die vollständige rechtliche Gleichstellung aller Menschen, die hier leben, entwickelt, wird dieser Fall auch nicht eintreten.

Wir müssen uns also entscheiden: Wollen wir zu einer solchen Entwicklung beitragen - oder wollen wir das nicht? Dementsprechend können wir uns auch in die Diskussion einmischen, welche Forderungen zur Durchsetzung gleicher Rechte sinnvoll sind.

Die Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft ist eine davon. Ich vertrete sie schon seit vielen Jahren.

Wenn man sich auf eine solche Diskussion einläßt, muß man sich auch darüber im klaren sein, daß selbst die vollständige rechtliche Gleichstellung Menschen nicht umstandslos - und nicht auf Dauer gesichert - vor Diskriminierung und Angriffen schützt. Diese Erfahrung machen Menschen jüdischen Glaubens, Schwarze und andere in allen Teilen der Welt, auch in Deutschland.

Daß die politische Entscheidung, eine ganze Bevölkerungsgruppe rechtlos zu halten, diese besonders angreifbar macht, ist allerdings ebenso eine gesicherte Erfahrung. Daß es besonders beschämend für die ArbeiterInnenbewegung unseres Landes ist, bis heute zuzulassen bzw. nicht verhindern zu können, daß ein bedeutender Teil der arbeitenden Menschen von politischen Entscheidungen ausgeschlossen bleibt, und daß dies die politische Handlungsfähigkeit der ArbeiterInnenklasse insgesamt entscheidend beschneidet, steht ebenfalls fest.

Der „fiese Trick“ (oder wie immer man das nennen will) der PolitikerInnen in Bonn und anderswo bestand nicht darin, nach den Anschlägen von Mölln und Solingen den „Ausländern“ plötzlich ein Angebot zu machen, daß an ihrer Lage nichts ändern und von den wirklichen Problemen bloß ablenken würde. Er bestand vielmehr darin, unter dem Druck der Ereignisse eine Forderung aufzugreifen, die unter „Ausländern“ und Deutschen einige Verbreitung erfahren hatte, sie gleichzeitig mit vielen Fragezeichen und der Forderung nach Vorleistungen zu versehen und vor allem: sich nur zum Reden, nicht aber zum Handeln bewegen zu lassen. In der Hoffnung, zum Handeln auch nicht gezwungen zu werden und im Laufe der Zeit auch wieder andere Reden führen zu können. Deshalb geht die mit dem „Atze“-Comic vielleicht beabsichtigte Entlarvung auch an der Sache vorbei, die Zeichnung entlarvt nichts, auch wenn sie ein tatsächliches Problem verarbeitet, und gibt ein falsches Signal.



Cartoon auf dem letzten ATZE-Titel

Also: Wenn man auch nicht erwarten darf, daß die formale Gleichberechtigung alle Probleme im Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft in Deutschland oder sonstwo löst, ist der Kampf für die Gleichberechtigung doch zentrale Aufgabe aller DemokratInnen und AntifaschistInnen. Die „Atze“ sollte und wird sich sicher unmißverständlich weiter diesem Kampf widmen.

Vom Recht des „deutschen Blutes“ zum Einwohnerrecht

Für die Erleichterung der Einbürgerung und die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit wurden im letzten Jahr mehr als eine Million Unterschriften gesammelt. Der Bundestag zeigte sich wenig beeindruckt, die Regierung befaßt sich mit dem Thema nicht, vor allem Unionspolitiker allerdings äußern hin und wieder einmal scharfe Ablehnung.

Macht es überhaupt Sinn, sich ausgerechnet für diese Forderung einzusetzen? Ich denke, ja. Und zwar in diesem Sinne:

Alle Einwanderinnen und Einwanderer, alle Menschen aus anderen Ländern, die hier arbeiten bzw. arbeitslos geworden sind, die hier leben und Steuern zahlen sowie ihre hier lebenden Familienangehörigen erhalten nach kurzer Zeit des Aufenthalts und ohne irgendeine weitere Vorleistung erbringen zu müssen automatisch, also ohne Antrag, die deutsche Staatsbürgerschaft, ohne daß sie ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben müßten.

Es sei zugestanden, daß jeder Schritt in diese Richtung - z.B. die Verwirklichung der Forderungen der Unterschriftensammlung - schon ein Fortschritt wäre, auch z.B. die Umsetzung des Gesetzentwurfes für ein Niederlassungsrecht, den die Grünen schon vor Jahren vorgelegt haben. Allerdings bleibt das Pochen auf „Integrations“-Vorleistungen ein nationalistischer Standpunkt, und Rechte auf Antrag sind keine wirklichen Rechte, zumindest verhindert diese Hürde, daß alle Men-

schen zu ihrem Recht kommen.

Man kann es auch anders ausdrücken: Niemand soll das Recht haben, auf die rechtliche Gleichstellung zu verzichten. Man kann das ganze auch „Zwangseinbürgerung" nennen. Na und? Die bisherige Staatsbürgerschaft soll erhalten bleiben. Sie würde nur ruhen, solange sich der Lebensmittelpunkt der betroffenen Menschen in Deutschland befindet. Wir wollen weg vom Recht des „Blutes", der Abstammung, das immer noch bestimmt, wer deutscher Staatsbürger sein kann. Wir wollen ein Einwohnerrecht schaffen.

Man könnte natürlich auch sagen: Alle in Deutschland lebenden Menschen mit ausländischem Paß erhalten die gleichen Rechte wie die Deutschen, ohne daß sie auch noch einen deutschen Paß akzeptieren müssen. Wo aber wäre der Vorteil? Praktikabler wäre es nicht, weniger bürokratisch und ohne Zusatzpapiere ginge es auch nicht. Im übrigen beinhalten die Vorbehalte gegen die doppelte Staatsbürgerschaft oft auch eine Mystifizierung des Papieres oder der Plastikkarte, auf der „Paß" oder „Ausweis" steht. Es handelt sich aber wirklich nur um eine Bescheinigung, die besagt, daß die Person, der das Teil gehört, bei uns nicht unter eine Sondergesetzgebung fällt.

Alle in Deutschland geborenen Kinder von Einwanderinnen und Einwanderern müssen sowieso automatisch deutsche Staatsbürger sein, wenn man nicht ein Blutrecht unter anderen Vorzeichen gelten lassen will.

Das Problem, überhaupt mit Nationalstaaten, Nationalitäten und Staatsbürgerrechten zu tun zu haben, läßt sich in absehbarer Zeit nicht aus der Welt schaffen. Der Verwirklichung unseres Traums von einer Welt ohne Grenzen, die einer befreiten Menschheit Heimat ist, kommen wir näher, wenn wir heute bei der Zurückdrängung des Nationalismus und seiner gesellschaftlichen Wurzeln Erfolge erzielen.

Dietrich Lohse

Vom Umgang mit einem Propagandafilm

„Beruf Neonazi" - mißlungene Dokumentation- faschistische Propaganda - ein Medienereignis?!

Anfang April zeigte die ATZE zusammen mit dem Kommunalen Kino in der Pumpe und dem Bildungswerk anderes lernen e.V. den umstrittenen Film des Regisseurs W. Bonengel „Beruf Neonazi". Eingebettet war die Vorführung des Filmes in ein Seminar . Inhaltliche Schwerpunkte des offenen Seminares war der Stand militanter neonationalsozialistischer Organisierung in der BRD und die Verbreitung auschwitzleugnender Propaganda durch die sogenannten wissenschaftlichen Revisionisten. Gleichzeitig war das Seminar quasi Auftaktveranstaltung einer unabhängig von der ATZE, vom KOKi durchgeführten Veranstaltungsreihe, innerhalb derer „Beruf Neonazi", begleitet von Diskussionsrunden, dreimal vorgeführt wurde.

„Beruf Neonazi" präsentiert sich als Dokumentarfilm. Porträtiert wird der Münchner Neonazi Ewald Bela Althans. Doch die Realität des E.B.Althans, Handlanger verschiedener Nazi-Propagandisten und Möchtegern-Führer, wird in dem 83-minütigen Film nicht dargestellt. Im Gegenteil: Der Zuschauer wird konfrontiert mit dem Bild eines erfolgreichen Nazi-Yuppies. Der Film - aufgemacht wie eine Reisereportage - folgt Althans: Althans in Kanada, an der Grenze zu den USA, wo ein Ausweisungsverfahren vor der Einwanderungsbehörde gegen den Historiker und Geschichtsfälscher David Irving von antifaschistischen Protesten begleitet wird. Althans kommentiert von außen das Geschehen, feiert eine mögliche Ausweisung Irvings als Erfolg für die „Bewegung", beleidigt aus dem Off die antifaschistischen DemonstrantInnen serbischer Herkunft, die ihre Familien durch die faschistische USTASCHA verloren haben. Dann Althans im Samisdat-Verlag des Auschwitzleugners Ernst Zündel. Gestellte Alltäglichkeit: Zündel beim Postöffnen, das sich als sehr einträglich erweist - Spenden aus aller Welt. Zündels ekelhaft-peinliche Selbstdarstellung, die Wiederholung seines Prozeßauftritts in KZ-Insassenuniform. Dann ein Sprung. Althans macht eine „Nationalsozialistische Stadtrundfahrt" durch München. Daß er da unter anderem den Chef der spanischen faschistischen Organisation CEDADE, Pedro Varela, herumführt, wissen nur Insider, die dessen Bild kennen. Kein Kommentar des Filmemachers - ist ja dokumentarisch. Sprung: Autofahrt, von hinten sieht mensch die Landschaft vorbeiziehen. Althans der Politiker auf großen Reisen. Das Bild, das hier gezeigt wird, macht den Handlanger zum Nazi-Chef. Mit seiner wirklichen Bedeutung hat es nichts zu tun. Diskussion mit seinen Eltern: Althans gibt sich selbst gewaltfrei - kein Wort zu seiner Vergangenheit in militanten, gewalttätigen Organisationen, kein Ton über seinen Münchner Mitarbeiter, verurteilt wegen zahlreicher Körperverletzungen. Kein Wort auch von Althans Anwesenheit in Rostock/Lichtenhagen, als tagelang Mordattacken gegen Nichtdeutsche pogromartige Ausmaße annahmen. On the road again - diesmal nach Polen: Althans referiert, warum Polen wieder deutsch werden muß - die Szene hat kaum für Aufregung gesorgt. Vieleicht weil diese Position doch viel weiter verbreitet ist als zugegeben wird? Dann die vielzitierte Auschwitz-Szene: Althans in der Gaskammer, schreit rum, die Besucher versuchen sich zu wehren, drehen dann unsicher ab. Übrig bleibt ein junger Amerikaner bzw. Kanadier. Man stelle sich vor: Althans, agressiv, schreiend, hinter ihm mindestens ein Kamaramann, ein Beleuchter plus Bonengel. Bonengel dokumentiert halt nur. Daß er selbst Teil der Bedrohung der Gedenkstättenbesucher wird, stört ihn nicht. Schnitt, niemand weiß was weiter geschah. Die Diskussion mit dem jungen Opponenten wird draußen weitergeführt. Althans ist im Vorteil. Er hat ein Mikro um den Hals, und er darf weiterkommentieren, als die Kamera den couragierten Widersacher schon längst verlassen hat. Dokumentation? Auch in späteren Szenen, als zum Beispiel Michael Faci, ein bekannter französischer Nazi-Söldner auftritt, oder bei Gesprächen mit Nazis, die als Söldner für Kroatien kämpfen, erfährt niemand, wer hier gerade im Bild ist. Es entsteht höchstens der Anschein, Althans sei der Urheber dieser Söldnerrekrutierungen.

Am Ende des Films noch eine Rede vor einem Saal voll Neonazis. Hier wird weiter der Anschein erweckt, Althans sei eine ganz große Nummer in der Neonazi-Sze-

ne. Daß seine Gastauftritte bei Nazi-Treffen nur eine gewisse Zeitlang gingen, ihn heute kein Mensch mehr dort sehen will, und er in dieser Szene nichts mehr zu melden hat, würde mensch nach diesen Szenen für eine Lüge halten. Auch hier trügt der Schein der Dokumentation.

Ein schlechter Film wird zum Medienereignis

Spätestens nach einem *Spiegel*-Artikel im Herbst 1993 wurde überall über „Beruf Neonazi" diskutiert. „Zeigen oder nicht zeigen" war dabei die Hauptfrage. Dabei wurde die Kritik hauptsächlich durch die Szene ausgelöst, in der Althans im KZ-Auschwitz seine widerliche Hetze verbreitet. Die meisten Stellungnahmen beließen es denn aber auch dabei. Auch der *Spiegel* beteiligte sich ganz im Rahmen des Filmes an der Propagierung der Person Althans zum Nazi-Yuppie und bedeutenden Neonazi-Führer. Die wichtigen Fragen, nämlich nach dem Ausmaß der Auschwitzleugner-Propaganda, der politischen Struktur, die diese betreibt, dem Organisationsgrad faschistischer Organisierung, bundesweit und international, fielen mal wieder hinten runter. „Beruf Neonazi" wurde zu „Geschäft Neonazi". Skandalös, reißerisch, genau der Stoff, aus dem hohe Verkaufszahlen eines Magazins gemacht werden. Die Diskussionen über den Film wurden in einem Rahmen geführt, der mit den Hintergründen des Filmes nichts zu tun hatte.

Die Diskussion über den Film zog sich bis Ende 93 durch praktisch alle Tages- und Wochenzeitungen. Die gesamte öffentliche Debatte blieb allerdings bei der Frage stehen, ob der Film denn nun öffentlich vorgeführt werden dürfe oder nicht. Weder auf das politische Umfeld des E.B. Althans, der allenseits als Nazi-Führer dargestellt wurde, noch auf die Bedeutumg der internationalen Auschwitzleugner wurde in größerem Maßstabe eingegangen. Der Film selbst und seine Hintergründe blieben im Wesentlichen außen vor. Damit wurde bei einer breiteren Öffentlichkeit erst ein Interesse an dem Film geschaffen. Es war absehbar, daß der Film irgendwann auch in Kiel zu sehen sein würde - wenn nicht in einem Kino, dann im Fernsehen. Eine Fernsehausstrahlung durch „Spiegel-TV", die später auf die Ausstrahlung von Auschnitten reduziert wurde, war abzusehen.

Zeigen oder behindern?

In dieser Situation wurden wir Ende Dezember vom KoKi auf eine Beteiligung an einer Veranstaltung angesprochen, in deren Rahmen der Film vorgeführt werden sollte. Wir hatten den Film bis dahin noch nicht ganz gesehen, und konnten ihn zusammen mit den KoKi-Leuten erst Mitte Januar sehen. Nach unserer Einschätzung, die sich später bestätigen sollte, beinhaltet der Film Szenen mit Propagandaeffekt für faschistische Positionen. Insbesondere aber fiel uns schon zu diesem Zeitpunkt der minimale Informationsgehalt des Filmes über Protagonisten und Umfeld auf. Nach längeren Diskussionen stellten sich für uns zwei Handlungsalternativen dar: wir konnten einerseits versuchen, diese Veranstaltung so zu gestalten, daß sie ein Teil unserer Arbeit gegen die Auschwitz-Leugnungskampagne würde. Dabei konnten wir das besondere Interesse der Öffentlichkeit für diesen Film nutzen und eine breitere Öffentlichkeit erreichen. Andererseits konnten wir uns dafür einsetzen, den Film nicht zu zeigen. Das bedeutet, wir konnten versuchen, die BetreiberInnen des KoKi davon zu überzeugen, daß ein solcher Film nicht gezeigt werden darf. Die KoKi-MacherInnen hatten ein großes Interesse daran, den Film mit einem guten politischen Begleitprogramm zu zeigen. Auch sie sahen in dem Film keinen gelungenen Dokumentarfilm. Andererseits wollten sie den Film ganz und unzensiert öffentlich zeigen. Sie begründeten dies unter anderem damit, daß die Diskussion über den Film, der ja von einigen Bundesländern über die bislang dezentrale Kulturförderung gefördert wurde, dazu benutzt wurde, Parteipolitik zu machen, und auf diesem Wege eine Zentralisierung der Förderung zu bewirken. Eine solche zentrale Förderung und eventuell schärfere Förderungsbedingungen träfe, nach bundesdeutscher Logik im Endeffekt wieder linke Filmprojekte. Außerdem würde eine Zensur dem Film in der gegebenen Situation zu noch größerer Popularität verhelfen, die ihn gerade gefährlich mache. Grundsätzlich haben wir keine unumstößlichen Bedenken gegen eine Zensur von Nazi-Propaganda und Material, welches als solches wirken kann, da sich aus unserer Sicht Faschisten, also erklärte Gegner von Freiheit, Menschlichkeit und demokratischen Rechten, zum Zwecke ihrer Propaganda nicht auf Pressefreiheit und ähnliches berufen können. Die Berufung der Nazis auf ihr „Grundrecht auf Meinungsfreiheit" in diesem Zusammenhang ist Humbug. Ihnen geht es darum, andere Menschen zu diskriminieren, Menschen anderer Herkunft und anderen Glaubens als minderwertig darzustellen, die „Deutschen" als Opfer einer „Weltverschwörung" darzustellen - mit Meinungsfreiheit hat das nichts zu tun, das ist Haß und Gewalt pur. Ein „Grundrecht auf Diskriminierung" darf es nicht geben.

Andererseits hatte „Beruf Neonazi" auch ohne, daß er aufgeführt wurde, eine immense Beachtung erfahren. Die Pressemeldungen hatten das ihre dazugetan, eine Eigendynamik zu entwickeln, die als Selbstgänger für Althans sowie die Auschwitzleugner eine große Öffentlichkeit und Interesse entstehen ließ. Wir zweifelten daran, daß dieses Interesse sich durch Ignorieren von seiten der AntifaschistInnen legen würde. Allerdings war zu erwarten, daß, selbst wenn wir das KoKi davon überzeugen, oder schlimmstenfalls durch politischen Druck dazu bringen konnten, den Film nicht zu zeigen, früher oder später ein Kinobesitzer/in oder sonst eine Institution den Film zeigen würde, um damit entweder viel Geld zu verdienen, oder ihn sonst für sich einzuspannen. Dann

ATZE



Sondernummer, März 1994

„Beruf Neonazi" - Hintergründe zu einem Medienspektakel

Michael Kühnen, inzwischen verstorbener deutscher Nazi - "Führer", hatte einen großen Teil seiner Karriere seinem geschickten Umgang mit der Presse zu verdanken. Nach seinem Verständnis war jede Berichterstattung, sei sie nun positiv oder negativ, eine Form von Propaganda für ihn und seine „Bewegung". Markante Stationen seines politischen Werdeganges waren aus dieser Überlegung heraus von spektakulären, öffentlichkeitswirksamen Aktionen begleitet.

Ein inhaltlicher Bereich für diese Aktionen war die Leugnung des Holocausts, der industriellen Vernichtung der europäischen Juden, der deutschen Kriegsschuld und die Heroisierung Nazi-Deutschlands. Eine der ersten Aktionen, mit denen er und seine Gesinnungsfreunde bekannt wurden, war die sogenannte „Esels-Show" in Hamburg, von 1978. Mit Eselskappen und Schildern die den Holocaust leugneten, sowie paramilitärisch uniformiert versammelten sich zahlreiche Nazis.

Der Erfolg seiner Show bestand nicht zuletzt darin, daß die Medien seine Inszenierungen aufnahmen, und skandalträchtig verbreiteten. Anstatt den Schwerpunkt der Berichterstattung auf Kühnens politische Strukturen, Organisationszusammenhänge und Förderer zu legen, und die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themen Nationalsozialismus und Neofaschismus zu vertiefen, breitete man Kühnens Skandalaktionen aus.

Seit beinahe einem Jahr führt heute der „Dokumentarfilm" „Beruf Neonazi", von W. Bonengel, zu kontroversen öffentlichen Diskussionen. Bonengel folgt dem selbsternannten Nazi-Führer E. B. Althans zu einigen seiner Aktionen. So zeigt er ihn bei einem Besuch bei dem Neonazi Ernst Zündel in Kanada, bei Treffen mit internationalen Nazis in München, bei einer Nazi-Versammlung, sowie in Auschwitz. Der Film läßt Althans breiten Raum, seine menschenverachtende Ideologie unkommentiert darzustellen. Aus diesem Grunde wird von vielen Menschen gefordert, den Film zu verbieten, und die staatliche Filmförderung, die er verschlungen hat, zurückzufordern.

Wir legen mit diesem Sonderheft der ATZE, Material vor, welches als Grundlage für weitere Diskussionen dienen soll. Wir wollen damit das Augenmerk auf Aspekte lenken, die bisher in der Diskussion zu kurz gekommen sind:

- Wer ist dieser Ewald Bela Althans, der uns in dem Film als Drahtzieher der Nazi-Szene verkauft wird, wirklich?
- Wie funktionieren seine politischen Verbindungen, welche Bedeutung ist seiner Person und seinen politischen Strukturen zuzumessen?
- Der „Geschichtliche Revisionismus", die Leugnung der Nazi-Verbrechen - wer betreibt diese ekelhafte Propaganda? Sind es wirklich nur ein paar Ewiggestrige, oder finden sich Versatzstücke dieser Ideologie auch im politischen Selbstverständnis von, als Demokraten anerkannten Historikern und Politikern? Wer fördert diese Propaganda? Welche Bedeutung hat diese politische Strömung heute?

Damit wollen wir eine Diskussion über Fakten ermöglichen, die der Film nicht erwähnt. Der Film zeigt einen Althans, wie er gerne sein will. Er dokumentiert eine Fiktion, und arbeitet damit selbst weiter an ihrer Verbreitung. Wenn heute viele Menschen ein Bild von diesem „Nazi-Yuppie" im Kopf haben, dann im Wesentlichen eines, das er selbst angeboten hat, und welches willig von den Medien aufgenommen wurde. Und das ist das eigentlich Gefährliche an Bela Ewald Althans.

ATZE

Atze Sondernummer „Beruf Neonazi"

wären wir in die Situation gekommen, den Film aktiv oder passiv boykottieren zu müssen. Angesichts einer Öffentlichkeit, die seit über einem dreiviertel Jahr immer wieder von dem Film gehört, daraus Zitate aufgezählt und Ausschnitte vorgeführt bekommen hatte, und nun endlich, mit Recht, neugierig war, keine erfreuliche Aussicht. Ein passiver Boykott unsererseits, wäre wohl nicht einmal zur Kenntnis genommen worden. Ein aktiver Boykott, d.h. eine Blockade der Vorführungen, hätte uns sicherlich in eine ungünstige Position gebracht, in der mal wieder die Linken „Besserwisser“ den Übrigen vorschreiben, was sie sehen dürfen und was nicht. Nicht, daß wir nicht immer wieder gerne gewillt sind, diese undankbare Aufgabe zu übernehmen; in diesem Fall hätte sie jedoch mit ziemlicher Sicherheit eine grundsätzliche Diskussion verhindert. Die potentiellen Zuschauer und Zuschauerinnen wären in dieser Situation wahrscheinlich kaum bereit gewesen, die für eine Auseinandersetzung über den Film und seine Hintergründe notwendigen Informationen von uns anzunehmen.

Mit Nazi-Propaganda arbeiten?

Wenn schon durch den ganzen Medienrummel um „Beruf Neonazi“ ein großes öffentliches Interesse an dem Thema bestand, warum nicht dieses Interesse benutzen, und die Informationen öffentlich machen, die in den Medien unterblieben? Das Masseninteresse an dem Film war/ist natürlich in erster Linie der skandalträchtigen Berichterstattung der Medien zuzuschreiben. Trotzdem ist eine stärke Bereitschaft als früher zu spüren, sich über die Themen Auschwitzleugnung und Organisierung militanter Neonazis zu informieren. Wir hatten ohnehin ein großes Interesse, zu diesen Themen Veranstaltungen zu machen. Damit stellt sich natürlich die Frage, ob mit Nazi-Propaganda gearbeitet werden darf. In den letzten Jahren ist in vielen Bereichen das Dogma, nicht gegen solche Propaganda anzuargumentieren, aufgegeben worden. Als Reaktion auf die unglaubliche Unwissenheit vor allem jüngerer Menschen und die zunehmende Massenverbreitung von auschwitzleugnendem Material, wurden schon vor ein paar Jahren Bücher veröffentlicht, die diese Pamphlete inhaltlich auseinandernehmen. Dazu gehört z.B. das ausgezeichnete „Amoklauf gegen die Wirklichkeit“ des Wiesenthal-Instituts in Wien, in dem Dokumente wie der „Leuchter Report“ dokumentiert und haarklein der Lüge überführt werden. Eine solche Aufarbeitung nazistischer Propaganda wäre sicherlich vor 15 Jahren noch undenkbar gewesen. Unter den heutigen Bedingungen stellt es sich als unverzichtbar heraus. Wir entschieden uns also, „Beruf Neonazi“ offensiv anzugehen, zu zeigen wo er Mythen aufbaut, wo er wegläßt, welches die Hintergründe der gezeigten Situationen sind. Indem wir den Schwerpunkt unserer Veranstaltung auf zwei Referate zum organisatorischen Umfeld E.B. Althans´ und zur Bedeutung des „Wissenschaftlichen Revisionismus“ legten, setzten wir uns auch entschieden von dem Umgang der Medien und kommerziellen Kinos ab, die mit dem Film ein Geschäft machen wollten. Unsere Aufführung konnte daher nicht einfach als Legitimation für andere Veranstalter dienen. Im Gegenteil: Kommerzielle Kinos müßten sich an unserem Programm messen lassen. Damit würden wir antifaschistischen Gruppen, die in anderen Städten unter anderen Umständen zu einer Verhinderung von Aufführungen des Filmes aufrufen würden, keineswegs in den Rücken fallen. Zudem entschieden wir uns, eine Sonderausgabe der ATZE zum Thema zu erstellen und bei der Vorführung und andernortes kostenlos zu verteilen.

Aus eins mach vier- - die KoKi-Veranstaltungen

Nach der dann folgenden Weihnachts/ Silvester-Pause waren wir gezwungen, die Sache nocheinmal grundsätzlich zu diskutieren. Bis dahin waren wir davon ausgegangen, daß es sich insgesamt nur um eine Veranstaltung handeln sollte, für die wir die inhaltliche Gestaltung übernehmen würden. Das KoKi hatte sich jedoch mitlerweile entschieden, neben unserer Veranstaltung drei weitere Vorführungen des Filmes an den folgenden Tagen zu veranstalten. Am Montag, den siebten März, sollte eine Podiumsveranstaltung mit einem Richter (Wulf Jöhnk, Präsident des Oberverwaltungsgerichts Schleswig und ehemaliger Chef des Landesamtes für Verfassungsschutz) Ulla Höf (Sprecherin der IG-Medien Nord) und anderen stattfinden. Am Dienstag sollte eine Diskussion mit dem Berliner Historiker Raymond Wolff (der vom Land Brandenburg, welches ebenfalls den Film gefördert hatte, als Historiker für Begleitveranstaltungen gestellt wurde), Dr. Detlef Korte (Institut für Zeit- und Regionalgeschichte, Schleswig) und einer Filmemacherin durchgeführt werden. Schließlich sollten die filmerischen Aspekte des Bonengel Filmes noch gesondert am Mittwoch zu etwas vorgezogener Zeit unter Teilnahme der Filmwerkstatt der Kulturellen Filmförderung Schleswig-Holstein erörtert werden. Uns wurde angeboten, uns auf dem Podium der Montagsdiskussion zu beteiligen. Damit entstand für uns eine schwierige Situation. Wir hatten mit unserem Veranstaltungsvorschlag gezeigt, wie wir uns eine solche Veranstaltung vorstellen könnten: zuerst eine Darstellung dessen, was in dem Film zwar allgegenwärtig war, aber nicht oder falsch dargestellt wurde: einerseits die faschistischen Organisationen, die Ewald Bela Althans symbolisierte, und andererseits die Struktur und die Taktik der internationalen Auschwitzleugner, dann der Film und darauf eine Diskussion. Bei den drei nun vorgeschlagenen Veranstaltungen sollte zuerst der Film laufen, dann die Diskussion. Ob eine politische Einordnung des ganzen überhaupt stattfinden würde, wäre den PodiumsteilnehmerInnen überlassen gewesen, von denen kein/e einzige/r tatsächlich SpezialistIn für den Bereich neonationalsozialistische Organisationen und „Revisionismus“ ist. Wenn also diese Veranstaltungen offensichtlich nicht nach unserer Vorstellung geplant waren, konnten wir sie im Grunde nicht mittragen. Allein unser Seminar als quasi Auftaktveranstaltung würde jedoch diesen Veranstaltungen nach außen hin eine gewisse Rechtfertigung und Reputation durch uns geben.

Nach längerem Abwägen entschieden wir uns dafür unsere Veranstaltung wie geplant durchzuführen, die Zeitung zu erstellen und an der Podiumsdiskussion teilzunehmen. Wir waren davon überzeugt, daß wir unter den besonderen Umständen durch unsere Veranstaltung mehr erreichen konnten, als durch eine wie auch immer gestaltete Blockadeaktion. Überdies konnten wir durch Teilnahme an den übrigen Veranstaltungen auch diese mitbeeinflussen.

Aufklärung oder Propaganda - zeigen oder zensieren?

"Beruf Neonazi"

Das Kommunale Kino in der Pumpe Kiel stellt vom 6. - 9. März die Filmdokumentation von Winfried Bonengel zur Diskussion.

So 6. 3. 14.00 Uhr: SEMINAR + FILM: (Theaterraum)

„Beruf Neonazi“ - der falsche Film zur richtigen Zeit?
Gemeinschaftsveranstaltung von Atze - Antifaschistische Zeitung Kiel (Leitung), Koki und Filmwerkstatt der Kulturellen Filmförderung SH.
Vorträge unterschiedlicher Referenten sollen den Hintergrund des Films, der im Rahmen der Veranstaltung vollständig gezeigt wird, deutlich machen mit folgenden thematischen Schwerpunkten:
1. Vertreter von "Antifaschistisches Infoblatt Berlin":
Ewald Althans: bedeutende Intergrationsfigur des neofaschistischen Spektrums im Yuppie-Dress oder großmäuliger Möchtegern-Führer? Wer ist Althans, „Hauptdarsteller“ des Filmes, wie bedeutend ist sein politisches Umfeld, wer sind seine deutschen und internationalen Verbindungspersonen?
2. Prof. Dr. Wolfgang Scheffler (Zentrum f. Antisemitismusforschung TU Berlin):
„Revisionismus“ - Auschwitzlüge und Kriegsschuldleugnung: Spinnerei einiger Ewiggestriger oder Grundlage des neuen deutschen Selbstverständnisses?
3. Filmvorführung
anschließend Diskussion, u.a. zur Frage: Dokumentarfilme als antifaschistische Aufklärung - „Beruf Neonazi“: wo endet Dokumentation, wo beginnt die inszenierte Selbstdarstellung ?
(Anmelden bitte im Kommunalen Kino, Teilnahme DM 20,- / 10,-)
Die Atze wird ein Heft zum Thema herausgeben, Koki und Filmwerkstatt eine Dokumentation zum Film zusammenstellen.

Montag, 7.3. 19.00 Uhr (Kinosaal)

Film: **Beruf Neonazi**. BRD 1993. 83 Min.
anschließend Diskussion mit Ulla Höf (Cutterin, Sprecherin IG Medien Nord), Axel Hoffmann (Atze - Antifaschistische Zeitung Kiel), Wulf Jöhnk (Präsident d. Oberverwaltungsgerichts Schleswig, vorher Leiter des Amtes für Verfassungsschutz)

Dienstag, 8.3. 20.00 Uhr (Kinosaal)

Film: **Beruf Neonazi.** BRD 1993. 83 Min.
anschließend Diskussion mit der Filmemacherin Serap Berrakkarasu (Lübeck), den Historikern Dr. Detlef Korte (Inst. f. Zeit- und Regionalgeschichte, Schleswig) und Raymond Wolff (Berlin).

Mittwoch, 9.3., 18.30 Uhr (Kinosaal)

zusammen mit Filmwerkstatt der Kulturellen Filmförderung SH
Film: **Beruf Neonazi.** BRD 1993. 83 Min.
mit FilmemacherInnen aus dem Lande und dem Leiter der Filmwerkstatt Bernd-Günther Nahm
anschließend Diskussion + Analyse des Films, seiner dokumentarischen Methode und Wirkung.

Kommunales Kino in der Pumpe, Haßstraße 22, 24103 Kiel, Tel 0431-96303



Althans (rechts) mit Nazi-Freunden in Rostock

Ablauf der Veranstaltungen

Die Veranstaltungen waren allesamt sehr gut besucht. Über tausend Exemplare der Sonderatze wurden innerhalb von vier Tagen auf den Veranstaltungen verteilt - in direkter Umgebung der Veranstaltungsräume waren nur wenige weggeworfene Exemplare zu finden. Zum ATZE-Seminar waren über neunzig Personen anwesend. Der Mitarbeiter des *AntifaInfoBlatt* und Prof. Scheffler vom *Institut für Antisemitismusforschung, Berlin*, hielten jeweils ca. halbstündige Referate, danach wurde der Film gesehen. Nach der Vorführung blieben praktisch alle BesucherInnen zur anschließenden Diskussion.

Wir merkten bald, wie schwer es selbst den sehr interessierten SeminarbesucherInnen (die Veranstaltung dauerte über 5 1/2 Stunden) fiel, sich von dem Film zu lösen. Wir hatten geplant, relativ direkt von dem Film zu den in den Referaten eingeführten Themen überzuschwenken. Dennoch war der größte Teil der Diskussion allein von dem Film und der durch ihn ausgelösten Betroffenheit belegt.

Dies wiederholte sich in noch stärkerem Maße an den folgenden drei Tagen. Die meisten ZuschauerInnen waren kaum in der Lage bzw. gewillt, von ihrem persönlichen Befinden auf eine abstraktere politische Diskussion umzuschwenken. Insbesondere die Fragestellung, inwieweit Diskussionsmuster etablierter Politiker und Historiker, wie z.B. Nolte, mit der Argumentation der Auschwitzlügner Hand in Hand gehen, fielen damit unter den Tisch. Am ehesten kontrovers diskutiert wurde immer noch die Frage, ob man diesen Film nun zeigen sollte oder nicht. Dabei wurde vereinzelt vertreten, der Film hätte sein Ziel erreicht, Althans würde sich als Menschenfeind doch selbst entlarven. Bemerkenswert ist allerdings, daß diese Feststellung häufig damit einherging, Althans verbreite eine bemerkenswerte Faszination.

Inwieweit durch den Gesamtzusammenhang des Medienspektakels um diesen Film, „revisionistische" Propaganda gesellschaftsfähig gemacht wird, wurde praktisch nicht diskutiert. Stattdessen wiederholte sich in unterschiedlichem Gewand eine leidige Diskussion, die seit Jahren immer wieder auftaucht: darf man Faschisten demokratische Rechte entziehen, das heißt ihre Filme nicht zeigen, sie nicht öffentlich sprechen lassen, etc.

Die immer wieder auftauchende Ansicht, daß das einzig Verwerfliche an Faschisten ihre Gewalttätigkeit ist, und wenn sie nicht gewalttätig wären ..." zeigt, daß ein großer Teil der liberalen Intellektuellen (und aus diesen setzte sich offensichtlich der größte Teil des Publikums zusammen) längst nicht kapiert hat, daß es keine gewaltfreien Faschisten gibt.

Unsere Fehler

• Erstens hatten wir eigentlich die Befürchtung, es könnten sich zahlreiche Nazis einfinden, die den Film als Propagandafilm abfeiern wollten. Dabei hatten wir wohl unserer eigenen Analyse nicht getraut. Tatsächlich, das scheint sich inzwischen auch andernorts zu bestätigen, interessiert Althans in dieser Szene tatsächlich nur wenige. Die Wirkung des Filmes liegt eher in dem Reiz, den er auf viele antifaschistisch-humanitär eingestellte Menschen ausübt. Da steht einer wie „wir", gebildet, gutaussehend; kaltblütig nutzt er seine Macht über Menschen. Dieser Nervenkitzel, mal ganz nah und ganz privat und trotzdem sehr ungefährlich einen Nazi zu erleben, machte sicherlich einen guten Teil des Interesses im Publikum aus. Auf diese Wirkung des Filmes waren wir nicht ausreichend vorbereitet. Dabei spiegelte sich diese Wirkung Althans´ auf das einschlägige Publikum ja schon in den vorangegangenen öffentlichen Diskussionen über den Film. Verstärkt wurde diese Wirkung des Filmes außerdem noch von Gesa Rautenberg vom KoKi, die unaufhörlich nach den durch den Film bei den Zuschauern ausgelösten Gefühlen fragte, und damit die angestrebte Wirkung des Filmes vertiefte.

• Zweitens waren wir nicht in der Lage, tatsächlich auf allen vier Veranstaltungen mit einer ausreichenden Anzahl von Menschen anwesend zu sein, um tatsächlich die Diskussion in unserem Sinne zu beinflußen. Darüberhinaus müssen wir als AntifaschistInnen aber auch lernen, in Diskussionen auf andere zuzugehen. Lange, alle weiteren Diskussionen abschneidende Vorträge, wie sie die Diskussion von unserer Seite her immer wieder bestimmten, sind sicher nicht geeignet, andere zu überzeugen.

Somit ist unser Veranstaltungskonzept sicher nicht voll aufgegangen. Endgültig läßt sich jedoch die Wirkung unserer Aktivitäten, also Seminar, Beteiligung an der Podiumsdiskussion und Sondernummer längst nicht abschätzen. Die Schwierigkeiten der Diskussionsveranstaltungen waren keine, die in speziellem Zusammenhang mit „Beruf Neonazi" standen. Die ewige Gewaltfrage, die Suche nach einem Diskurs unter Einbeziehung auch von Faschisten, die Abqualifizierung moralischer Standpunkte als totalitär - all das sind Positionen, mit denen wir seit Jahren, und nicht nur auf antifaschistischen Veranstaltungen, zu kämpfen haben. Diese Fragen treten zum Beispiel regelmäßig bei Aktionen zur Verhinderung von faschistischen oder rassistischen Veranstaltungen, bei Diskussionen über antifaschistische Selbstverteidigung auf. Die Erstarkung solcher Positionen in den letzten Jahren beruht sicherlich vor allem auf dem Niedergang klarer antifaschistischer Standpunkte. Wollen wir dem etwas entgegensetzen, werden wir uns noch häufiger auf unangenehme Diskussionen einlassen müssen.

Fantomas für die ATZE-Redaktion

Anti-Antifa

Stasi-Agent ?

Wieder einmal ertönen die Fanfaren der Stasi-Jäger. Diesmal wurde der 81-jährige Journalist Kurt Hirsch „geoutet". Er soll angeblich - so die ARD-Sendung „Panorama" - den ehemaligen Büroleiter des früheren SPD-Vorsitzenden Willy Brandt „abgeschöpft" haben. Obwohl bisher keine Beweise für Hirschs Stasi-Kontakte vorgelegt wurden, beeilte sich der SPD-Pressedienst „blick nach rechts" (*bnr*) zu erklären, daß die *bnr*-Redaktion von diesem Vorfall nicht überrascht worden sei, schließlich habe der ehemalige Brandt-Büroleiter Klaus-Henning Rosen schon 1987 entsprechende Hinweise an den Verfassungsschutz weitergeleitet. Zu dieser Zeit war Hirsch aus dem Impressum des SPD-Pressedienstes verschwunden. Die Begründung seines Ausscheidens aus „gesundheitlichen und Altersgründen" möge man dem *bnr* nachsehen, erklärte Rosen für die *bnr*-Redaktion. Hintergrund des Ganzen dürfte weniger der angebliche Stasi-Kontakt Hirschs gewesen, sondern vielmehr dessen politische Einstellung sein. Daß Hirsch ein positives Verhältnis zur damaligen DDR und zu Kommunisten hatte, störte Leute wie den heutigen Unterabteilungsleiter im Bonner Innenministerium, Rosen, selbstverständlich. Hirsch hatte seinerzeit (angeblich auch mit finanzieller Unterstützung der DDR) Nazi-Umtriebe in der BRD öffentlich gemacht. An der Authentizität seiner Veröffentlichungen wurden, außer von faschistischer Seite, keine Zweifel angemeldet. Im Gegenteil, 1984 hatte die SPD den *Blick nach Rechts* sowie Hirschs Archiv übernommen und weitergeführt. In den Broschüren des von Hirsch mitinitiierten „Pressedienst Demokratische Initiative" (PDI) wurden die Aktivitäten alter und neuer Nazis ebenso dokumentiert, wie die Kontakte z.T. prominenter konservativer PolitikerInnen (wie z.B. Franz-Josef Strauß, Alfred Seidel, Alfred Dregger) zur extremen Rechten. In seinem 1989 erschienenen Buch „Rechts von der Union" betonte Hirsch, „daß, wer sich mit rechtsradikalen Parteien, Gruppierungen und ihren Auswüchsen beschäftigt, aufgrund geschichtlicher Erfahrungen unglaubwürdig wird, wenn er nicht die fehlende Immunität Konservativer gegnüber rechtsradikaler Agitation aufzeigt". Der PDI und mit ihm maßgeblich Kurt Hirsch haben mit der Archivierung rechtsextremer Propaganda und ihren publizistischen Gegenaktivitäten einen wesentlichen Grundstein für aktuelle Antifa-Recherche gelegt. Dieser Seite der PDI-Arbeit gilt heute der Angriff konservativer PolitikerInnen. Nach den Vorwürfen der Stasi-Zusammenarbeit gegenüber Engelmann und Wallraff wird jetzt gegen Hirsch zu Felde gezogen. Diesem neuerlichen Versuch, antifaschistische Arbeit zu kriminalisieren, sollten sich AntifaschistInnen - so meine ich - solidarisch an der Seite des Angegriffenen, entgegenstellen.

Klaus Harbart (aus: Der Rechte Rand 27/94)

„Antifaschist" unter Stasi-Verdacht

Hausdurchsuchung bei Kurt Hirsch

Eine der übelsten Gestalten des ohnehin meist üblen bundesdeutschen Journalismus, der in München lebende 81jährige Berufs-„Nazi"-Schnüffler und Altkommunist Kurt Hirsch, steht unter dem begründeten Verdacht, Spit-

Man kann sich vorstellen, wie das perfekte Recycling von Hirsch betrieben wurde: die zum Großteil von östlichen Geheimdiensten inszenierten Hakenkreuzschmierereien, die wiederholt die Bundesrepublik erschütterten,

Panorama Hand in Hand mit der „Deutschen Nationalzeitung" (18.2.94)

Internationale Nationalisten

Auf Einladung von ATZE Kiel und „anderes lernen e.v." referierte am 24.Februar Graeme Atkinson in Kiel. Atkinson ist Redakteur der in England erscheinenden antifaschistischen Zeitschrift SEARCHLIGHT , sein Thema war die internationale Zusammenarbeit faschistischer Gruppierungen und Organisationen und speziell die sogenannte Anti-Antifa. Kerngedanke des Referenten war ein deutlicher Unterschied zwischen US-amerikanischen, britischen und schwedischen Faschisten auf der einen und deutschen Faschisten auf der anderen Seite. In den USA, Großbritannien und Schweden sehen verschiedene faschistische Gruppen (häufig unter dem Titel "White Power", also gegen Linke und Minderheiten im eigenen Land) ernsthafte Attentate als Hauptbetätigungsfeld. Hier liegt ein wichtiger Unterschied zur BRD, wo sich bedeutende Teile des faschistischen Lagers um WählerInnenstimmen bemühen und sich auch immer wieder von gewalttätigen Gruppen distanzieren. Speziell zum „Einblick" meinte der Referent, dieses Heft habe eine Startauflage von 500 gehabt, inzwischen durch Kopien innerhalb der Linken auf über 10.000 gestiegen - und der Zweck sei Einschüchterung und Panik innerhalb der antifaschistischen Szene. Auch die hohe Verbreitung innerhalb der Linken bei äußerst geringer Verbreitung in der Rechten, spräche dafür, daß nicht für Attentate mobilisiert würde, sondern sich die Rechte auf die Selbsthypnose der Linken verlasse. Unter den über 120 Anwesenden aus allen linken Gruppen Kiels widersprach in der anschließenden Diskussion niemand diesem Grundgedanken; es ging hauptsächlich um Rückfragen zur Einschätzung des Referenten bezüglich der Briefbomben-Serie in Österreich und dem Verhältnis von DVU und Republikanern.

(aus: Gegenwind Nr.69/1994)

Fahndungsdatei auf „ethnisch"

Am 1.3.1994 reichten die Bundestagsfraktionen der CDU / CSU und FDP einen Gesetzentwurf für ein Ausländerzentralregister (AZR) ein. Die 116 Seiten des Gesetzentwurfes lassen sich auf zwei Sätze reduzieren: „Ausländerinnen und Ausländer haben keinerlei Anspruch auf informationelle Selbstbestimmung. Den Umgang mit ihren Daten machen die Sicherheitsbehörden unter sich aus." Seit 1953 wird das AZR geführt, es ist beim Bundesverwaltungsamt in Köln angesiedelt. Seit dem sogenannten Volkszählungsurteil wird von Datenschützern in immer dringenderem Ton eine rechtliche Grundlage gefordert, die den alltäglichen Mißbrauch mit den Daten der Ausländerinnen und Ausländer endlich ausschließt. Mit Bedacht wird aber nun ein Gesetzentwurf eingebracht, der den schlimmsten Mißbrauch zum Prinzip macht. „Diskriminierende Sonderrechte" nennt die Deutsche Vereinigung für Datenschutz den Entwurf. Mit ihm werde eine „Politik der zentralisierten Ausländerkontrolle" verfolgt. Die niedersächsische Datenschutzbeauftragte sieht die „informationelle Gewaltenteilung" aufgelöst. Der hessische Datenschutzbeauftragte, Hassemer, spricht von einer „Fahndungsdatei", in der die Betroffenen nach vagen Anhaltspunkten für „eventuell begangene oder künftige Straftaten" registriert würden. Exakt das hier Kritisierte ist aber ausdrücklich Zweck des Gesetzentwurfes. Eindrucksvoll wird die Rolle des Datenschutzes als „Akzeptanztrottel" bestätigt, wenn Bundesinnenminister Kanther das AZR ausdrücklich als „Fahndungsdatei", als wichtigstes Mittel - beispielsweise - zur „schnellen Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern" preist. Kanther will mit dem AZR die „schnelle Abschiebung" und die „erleichterte Entscheidung zur Abschiebung" für Polizei, Ausländerbehörden und Grenzdienststellen. Polizei und Nachrichtendienste sollen nach dem Entwurf einen On-Line-Zugriff auf das Register haben, in dem die Daten von derzeit über 8 Millionen Personen gespeichert sind. Im Gesetzentwurf werden bewußt Sicherheitsaufgaben und Aufgaben des Aufenthaltsrechts verwischt. Eine strenge Zweckbindung gibt es nicht. Mittels „Gruppenauskünften" werden Möglichkeiten für Rasterfahndung in ihrer ethnischen Variante geschaffen. Gezielte Aktionen gegen KurdInnen, gegen „irakischen Terrorismus" (wie zum Beispiel während des Golfkrieges praktiziert), gegen Roma und Sinti, aber auch aus aktuellem Anlaß gegen Serben und Kroaten, werden so gesetzlich abgesegnet. Das informationelle Selbstbestimmungsrecht für AusländerInnen existiert in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Für die AusländerInnen hat man einen rassistisch eingefärbten Überwachungsstaat bereit. Essentials des Datenschutzes, die für Deutsche gelten, sind in diesem Entwurf nicht vorhanden. Pikant ist, daß dieser Gesetzentwurf nicht nur vom liberalen Urgestein Burkhard Hirsch, sondern auch namentlich von der Ausländerbeauftragten des Bundes, Schmalz-Jacobsen, eingebracht wird. Es ist der Ausbund der Heuchelei, wenn Schmalz-Jacobsen nun gegenüber der Presse äußert, daß die „Ausländer nicht datenschutzrechtliches Freiwild werden" sollten. Sie hat mit ihrem Entwurf dafür die Grundlage gelegt.

(U. Jelpke, MdB, aus: Antifaschistische Nachrichten 5/1994)

Kraft Ausländergesetz

Kemal, der kleine Türke aus der 2c, hat die erste Stunde geschwänzt. Ali, der Libanese aus der 7a, hat vom Nachbarn abgeschrieben. Und Jan, der Pole aus der 8b, hat in den Flur gepinkelt... Ja, das war heute alles, Herr Schäuble...

Paßkontrolle nach „ausländischem Aussehen"

Im Februar hatte das Innenministerium den skandinavischen Reedereien einen Vorschlag gemacht, der die konservativliberale Wochenzeitung „Die Zeit" aufheulen ließ, weil er tatsächlich böse an die Auslese der KZ-Häftlinge im Nationalsozialismus erinnert. Es geht darum, daß die aus Skandinavien einreisenden Menschen seit dem 1.2.1994 nicht mehr durch die deutschen Grenzbehörden, sondern durch die Reedereien kontrolliert werden sollen. Wer aus einem visumpflichtigen Land einreisen will und kein Visum vorweisen kann, soll bereits von den Bus-und Fährunternehmen abgewiesen werden. Für jeden Passagier ohne Visum sollen sie mit Geldstrafen bis 2.000 DM belangt werden können. Aus dem Innenministerium kam der Vorschlag an die Reedereien, bei der Auffahrt die Autos so zu dirigieren, daß zuerst die „nordisch aussehenden" Passagiere vom Schiff fahren und die „ausländisch aussehenden" zuletzt, damit die deutschen Grenzbehörden ihre Aufmerksamkeit besser auf diese konzentrieren können.. Die Folketing- Abgeordnete der SF, Ebba Strange, wertete das Vorgehen des deutschen Staates als Versuch, Dänemark zur Unterzeichnung des Schengener Abkommens zu drängen.

(aus: Funke Nr.63/1994)

Einige Eindrücke von der „Kurdenpolitik“ in Schleswig-Holstein

11.April: Simonis empfängt Öymen

Am 11.4. empfing Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) im Landeshaus den türkischen Botschafter Öymen. Eine Gruppe kurdischer und deutscher AntifaschistInnen protestierte vor dem Haupteingang des Gebäudes gegen den Besuch. Der Botschafter wurde angesichts dieses Protestes von seinen Leibwächtern daran gehindert, den Haupteingang zu benutzen, und zu einem Nebeneingang kutschiert. Heide Simonis befand es nicht für nötig, mit den DemokratInnen über die Begründung des Protestes zu sprechen. Nach dem Gespräch mit dem Botschafter fand sie dann gegenüber MedienvertreterInnen nur sehr vage Worte über die Möglichkeit, daß an bestimmten Klagen über Menschenrechtsverletzungen in entfernten Gebieten der Türkei vielleicht auch etwas dran sein könnte.

Die DemonstrantInnen erklärten in einer von der Presse nicht beachteten Presseerklärung:

„(...) Herr Öymen ist offizieller Vertreter der türkischen Regierung und hat durch seine Äußerungen in der Presse mehrfach bewiesen, daß er hinter dem zutiefst undemokratischen Vorgehen der Türkei gegen das kurdische Volk steht. Dem Ansehen Schleswig-Holsteins wird schwerer Schaden zugefügt, wenn sich die Ministerpräsidentin mit diesem Herrn in der Öffentlichkeit zeigt.

Immer wieder wird von der türkischen Botschaft aus gegen die in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden gehetzt, aber Fragen nach Menschenrechtsverletzungen in der Türkei bleiben unbeantwortet. Hier die Zahlen des Jahresberichtes 1993 der türkischen Menschenrechtsorganisation Insan Hakli Dernege (IHD):

135 Menschen wurden Opfer außergerichtlicher Hinrichtungen, 3O Menschen verschwanden unter Polizeiaufsicht, 20 Menschen starben unter der Folter, 510 Tote gelten als ‚ungeklärte Mordfälle`, 6 Journalisten, 8 Zeitungsvertreiber und 33 Kinder wurden ermordet, 51 Journalisten sitzen in Haft, 874 kurdische Dörfer wurden zerstört. über der prokurdischen Tageszeitung Özgür Gündem (inzwischen verboten - Atze-Red.) und der Partei DEP schweben Verbotsverfahren, und nach wie vor sitzen parlamentarische Abgeordnete der DEP, darunter Hatip Dicle und Leyla Zana, in türkischen Gefängnissen.“

Das ist die Menschenrechtssituation in der Türkei, zu der Herr Öymen die Garantie gibt, abgeschobene Kurden hätten weder Folter noch Todesstrafe zu erwarten.

Herr Öymen möchte vermutlich nach den Diskussionen über den Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung das ramponierte Image der Türkei in der deutschen Öffentlichkei aufzubessern, und Frau Simonis leistet ihm hierfür Hilfestellung, obwohl die kurdischen Menschen genauso Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins sind wie die türkischen.

Wir fordern Frau Simonis auf,

- die Menschenrechtssituation in der Türkei in der Öffentlichkeit anzuprangern und sich für die Entsendung von UNO-Truppen nach Kurdistan einzusetzen
- sich für die Freilassung der DEP-Abgeordneten einzusetzen
-sich für einen sofortigen Stop von Waffenlieferungen und Geldern zur ‚Verteidigungshilfe, an die Türkei einzusetzen
- persönlich zuzusichern, daß aus Schleswig-Holstein keine Kurdinnen und Kurden in die Türkei abgeschoben werden.“

16. April: SPD-Landesparteitag

Auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD Schleswig-Holstein in Eckernförde liegt ein Antrag de KV Rendsburg-Eckernförde mit folgendem Wortlaut vor:

„Der Landtag möge beschließen:

‚Genereller Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden jetzt!, (JUSO)

Die SPD Schleswig-Holstein fordert den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Hans Peter Bull, auf,

- sich (auch auf Bundesebene) für die Wiederzulassung des kurdischen Kulturvereins in Rendsburg und die Rückgabe des Vereinsvermögens einzusetzen
- das Tragen der kurdischen Fahnen und Farben zuzulassen
- friedliche (kulturelle) Feiern und Demonstrationen von, mit und für Kurdinnen und Kurden nicht generell zu behindern und verbieten.

Die oben genannten Forderungen sollen auch von den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten (aktive) unterstützt werden.“ (Tippfehler wie im Original.)

„(Kulturell)“ und „nicht generell“. So sind sie, unsere Jusos. Aber immerhin. Zu denjenigen, die diesem Antrag heftig widersprachen, gehörten H. P. Bull und Frau Simonis. Dennoch wurde er mehrheitlich angenommen.

28.April: Nazi-Anträge im Landtag

Die Abgeordneten der Deutschen Liga für Volk und Heimat sowie die Abgeordnete der DVU benutzen einen Antrag mit dem Titel „Mehr Schutz für die jüdischen Einrichtungen“ dazu, gegen „Vorverurteilungen“ von Nazi-Organisationen im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Lübecker Synagoge zu protestieren. Von ähnlicher Widerwärtigkeit sind ihre Anträge, die KurdInnen betreffen: Zum einen fordern sie, die Kurden vor dem Einsatz deutscher Waffen durch das türkische Militär zu schützen, zum anderen verlangen sie die konsequente Abschiebung von KurdInnen in die Türkei. Die Fraktionen von SSW, SPD, FDP und CDU distanzieren sich mit harten Worten. Wenn die KN ihn richtig zitiert hat (worauf man sich bei dieser Zeitung nie verlassen kann), sagt FDP-Mann Kubicki in der Debatte zu dem aus Australien stammenden Ingo Stawitz:

„Vielleicht können wir Sie ja davon überzeugen, alle rechtsradikalen Straftäter in den australischen Busch abzuschieben." Ist das nicht launig?

Das demonstrative Abrücken von den Nazis ändert nichts an der Tatsache, daß den vielen schleswig-holsteinischen Abgeordneten die Leiden der Menschen in der Türkei und verbrannte KurdInnen in Deutschland so egal sind wie nur irgendwas.

29. April: KurdInnen im Landtag

Am 29.4. besuchen Mitglieder der Kieler Kurdistan-AG zusammen mit einem kurdischen Rechtsanwalt und Menschenrechtler und einem Vertreter des Kurdistan Informationsbüros den Landtag und kommen mit Vertretern der vier Fraktionen zusammen. Dem Bericht eines Teilnehmers zufolge wird dieses Zusammentreffen von allen Beteiligten als notwendig bezeichnet. Die Abgeordneten kritisieren die Politik der Türkei ebenso wie die „Gewalt von Kurden". Ein „Runder Tisch" wird vorgeschlagen, an dem sich KurdInnen ebenso beteiligen sollen wie Vertreter des türkischen Konsulats. Mitglieder der Deutsch-kurdischen Gesellschaft in Kiel setzen sich dafür ein, daß nicht nur Konsulatsbeamte, sondern auch türkische Mitbürger eingeladen werden.

14. Mai: Nachbarschaftswoche mit kurdischer Beteiligung

Zur Eröffnungsveranstaltung der Nachbarschaftswoche „land(b)unter", die am 14.5. in Gaarden stattfindet (nach Drucklegung dieser „Atze"), wird die Deutsch-kurdische Gesellschaft von der Landesregierung offiziell eingeladen. Sie will sich mit Informationsständen und kulturellen Darbietungen beteiligen.

Pressebegleitung

Die „Kieler Nachrichten" beweisen während der gesamten Zeit, in der sich die Verfolgung von KurdInnen in Deutschland verschärft und zu teilweise verzweifelten Aktionen der Betroffenen führt, daß sie mit aufklärerischem Journalismus nichts zu zun haben. Immer mal wieder lassen sie auch ihren hauseigenen Rechtsextremisten *Falk Osberger* in der Kommentarspalte auf S. 2 zu Wort kommen. Osberger hatte sich beispielsweise am 11. Januar dafür stark gemacht, daß die „Überfremdungsängste" der Bevölkerung Wahlkampfthema bleiben müssen und am 29.1. die Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen nach Kroatien verlangt, und zwar mit folgender Begründung: „Wie beim Asyl kann der innenpolitische Konsens auch hinsichtlich der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen schnell zerbrechen, wenn sich herausstellen sollte, daß hier massiv ein weiterer Weg für Zuwanderung genutzt wird." Am 22.März darf er dann zum Thema „Die Kurden-Krawalle" richtig zulangen:

„Die Kurden sind zu einem Sicherheitsrisiko geworden... Fast 500000 leben hier, und Gewalttäter schwimmen in dieser Gruppe wie die Fische im Wasser. Es ist offenbar fast unmöglich, in die abgeschotteten Zirkel einzudringen... Die Kurden sind hier aufgenommen worden als Flüchtlinge, als Arbeits- und Asylsuchende. Niemand hat daran gedacht, daß sie sich aufführen könnten wie im wilden Kurdistan. Mit harter Bestrafung, wie die Polizei verlangt, ist es nicht mehr getan. Zusätzliche Konsequenzen sind notwendig. Innenminister Kanther hat es angedeutet: Schnelle Ausweisung der an den Krawallen Beteiligten. Hinzukommen muß aber auch eine möglichst restriktive Behandlung weiterer Zuwanderung...

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Zapf meint, die Demonstranten hätten zu Recht auf die Probleme in ihrer Heimat aufmerksam gemacht. Dies klingt fast wie eine Rechtfertigung der Gewalttäter. Aber davon abgesehen: Auch Deutschland hat berechtigte Interessen, die es zu schützen gilt..."

Inhaltlich, allerdings ohne daß irgendein Bezug auf seine Schmierereien, die ebensogut in der „Nationalzeitung" oder der „Jungen Freiheit" stehen könnten, genommen würde, erfährt Osberger manchmal mit einigen Tagen Verzug vorsichtigen Widerspruch. So sprach sich Bernd Neuendorf am 10.3. gegen die übereilte Abschiebung von Flüchtlingen aus und am 30.3. gegen die Abschiebung von Kurden in die Türkei; „gewalttätige" Kurden - auch für ihn hat die Verzweiflung der sich selbst verbrennenden Menschen und haben die Aktionen des Protestes gegen unmenschliche Verfolgung und Völkermord den Charakter krimineller Handlungen - müßten in Deutschland vor Gericht. Mag sein, daß die Macher der KN dies für demokratische Streitkultur halten. Es ist doch nur ein Beitrag dazu, Volksverhetzung salonfähig zu machen.

(D.L.)

Devisenbeschaffung für einen schmutzigen Krieg:

Kein Urlaub in der Türkei!

In diesen Tagen sollen in Kiel öffentliche Aktionen stattfinden, in deren Rahmen ein Verzicht auf Urlaubsreisen in die Türkei gefordert wird. Es geht dabei nicht darum, Einwanderinnen und Einwanderern aus der Türkei das Recht auf ein Zusammentreffen mit Familienangehörigen abzusprechen. Es geht darum, unseren FreundInnen und KollegInnen und darüber hinaus allen deutschen Touristen, die zur Zeit ihre Urlaubspläne schmieden, klarzumachen, daß eine Urlaubsreise in die Türkei in dieser Zeit die Unterstützung des Krieges gegen Kurdinnen und Kurden bedeutet.

Es wäre wünschenswert, den Trägerkreis solcher Aktionen zu erweitern. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß es auch in der Beschlußlage von Gewerkschaften Anknüpfungspunkte dafür gibt. So verabschiedete der 2. Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Medien Ende 1992 eine „Entschließung zur Situation der Kurden", in der es u.a. heißt:

„Wir verurteilen die erneuten und schweren Menschenrechtsverletzungen der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk. (...)

Wir fordern die endgültige Einstellung aller Waffenlieferungen und sonstiger militärischer Unterstützung seitens der BRD an die Türkei.

Diese Waffenlieferungen haben die türkische Regierung überhaupt erst in die Lage versetzt, den gegenwärtigen Krieg gegen das kurdische Volk in diesem Ausmaß zu führen.

Auch die Wirtschaftshilfe an die Türkei muß eingestellt werden, bis eine demokratische Lösung für die Probleme des kurdischen Volkes gefunden worden ist. Wir verurteilen aufs schärfste die Verfolgung von Presseorganen, Journalisten und Schriftstellern, die sich für die Rechte des kurdischen Volkes einsetzen.

Wir appellieren an alle Kolleginnen und Kollegen, keine Urlaubsreise in die Türkei zu unternehmen, solange der Krieg gegen das kurdische Volk anhält. Wir sollten uns nicht zu Devisenbeschaffern für den schmutzigen Krieg machen."

(D.L.)

Meldungen

AG Kiel: 10.800.- DM wegen Volksverhetzung

Wegen Volksverhetzung und Beleidigung der Juden hat das Kieler Amtsgericht Mitte März einen 69jährigen Rentner von der Nordseeinsel Borkum zu einer Geldstrafe von 10.800.- Mark verurteilt. Als Inhaber der Nordlicht-Versandbuchhandlung hatte er im April 1993 ein Faltblatt für sein Buch „Abschied von der Erde - Welterklärung und Ratgeber“ den *Kieler Nachrichten* in einer Auflage von 9000 Stück beigelegt. Darin waren verschiedene antisemitische Passagen enthalten gewesen. Nazi-Positionen verbreitete der Mann auch in einer „Einladung zur Gründungsversammlung der *Deutschen Vereinigung für geordnetes Leben in sicheren Lebensräumen*“. Darin hieß es z.B.: „Beschleunigt wird dieser Verfall der Völker und Nationen noch durch das Erziehungssystem, das auf Kosten der Basis einen Überhang an parasitärer Intelligenz produziert, den Lebensstandard der Basis schmälert und zum Import von Arbeitskräften aus bereits verelendeten Völkern zwingt, die sodann den völkischen Anteil derer, die bei hoher Vermehrungsrate mehr verbrauchen als sie produzieren, vermehrt.“

Nazi an Grenze geschnappt

Mit sechs Haftbefehlen gesucht wurde der Nazi Michael Homeister, der am 1. März von der bayerischen Polizei beim Grenzübertritt geschnappt wurde. Als Mitglied der FAP war er 1988 an einem Überfall auf AntifaschistInnen in Oldenburg/ Holstein beteiligt. Der Prozeß zog sich aufgrund der Verzögerungstaktik des Nazi-Anwalts Jürgen Rieger jahrelang hin (ATZE berichtete mehrfach). Homeister betätigte sich zuletzt als Söldner in Kroatien.

FAP in Halstenbek weiter aktiv

Nachdem Glenn Goertz und ein Dutzend weitere FAPler bereits im Frühjahr 1993 mehrfach die Bürgerstunde der Gemeinde Halstenbek besucht hatten, versuchten sie Mitte März eine Veranstaltung der Volkshochschule mit dem Titel „Ausländer raus?“ zu stören. Obwohl aufgrund des antifaschistischen Selbstschutzes nicht die geringste Gefahr einer Störung durch die Nazis bestand, sagte die Veranstaltungsleitung auf Anraten der Polizei das Treffen ab.

Prozeß vertagt

Der Prozeß gegen einen 27jährigen Marinesoldaten, der im November 1992 eine Übungshandgranate auf das Gelände eines Kieler Flüchtlingsheims geworfen hatte, ist Ende April vom Kieler Amtsgericht nach 30 Minuten vertagt worden. Eine Fortsetzung in diesem Prozeß, in dem die Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung und Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz lediglich eine Geldstrafe von 2700 DM forderte, wird wohl erst 1995 stattfinden.

„Einblick“-Verfasser in der CDU ?

Der Hauptverantwortliche für die braune Terrorliste „Der Einblick“ soll der 25jährige Neonazi Norman Kempken aus Rüsselsheim sein. Kempken war im November 1990 in Madrid bei den Feiern zu Ehren des spanischen Diktators Franco dabei, führt seit 1991 die militante „Taunusfront“ an und ist seit Oktober 1991 Mitglied der CDU. Diese will ihn nun ausschliessen.

Eine Anzahl von „Einblick“-Exemplaren wurde inzwischen im oberfränkischen Rodach von der Polizei in der Druckerei von Eberhard Hefendehl beschlagnahmt. Dieser betreibt dort den „ODAL-Druck- u.Verlag“ und ist Herausgeber des neonazistischen Blattes *Der Scheinwerfer* (Auflage: 7000). Hefendehl war früher in der NPD, hat enge Kontakte zum Nazi-Terroristen Manfred Roeder und hält Verbindung zum illegalen NSDAP/AO-Netz.

Meldungen

Der Einblick hat inzwischen ein weiteres Flugblatt veröffentlicht, in dem vor Frede Farmand Rasmussen gewarnt wird. Dieser hatte Ende der 80er Jahre bei vielen Veranstaltungen der dänischen Nazis gefilmt und dabei enge Kontakte zu deren Führern aufgebaut. 1993 veröffentlichte er daraus Material, das einige dieser Nazis strafrechtlich belastete. Seitdem will die Nazi-Szene nichts mehr von ihm wissen.

WJ-Lager ausgehoben

Bei Gotha (Thüringen) hat die Polizei Mitte April ein Lager der militant neonazistischen *Wiking-Jugend (WJ)* ausgehoben. Bei der Durchsuchung des Trainingslagers wurden scharfe Pistolen, Stahlhelme, Funkgeräte und haufenweise NS-Propagandamaterial gefunden. Gegen zwölf Personen wird wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz ermittelt.

Ehemaliger „Wiking-Jugend"-Bundesführer verliert ehrenamtliches Richteramt

Wolfgang Nahrath, NPD-Mitglied und ehemaliger Bundesführer der faschistischen „Wiking-Jugend", ist seines Amtes als ehrenamtlicher Richter in Nordrhein-Westfalen enthoben worden. Interessanterweise reicht, nach den Ausführungen der 1. Kammer des Aachener Sozialgerichts zufolge, die bloße Mitgliedschaft in der NPD oder der „Wiking-Jugend" nicht aus, ein solches Ehrenamt zu entziehen. Vielmehr müssen „Zweifel an der Verfassungstreue ... konkret nachzuweisen..." sein. Nahrath hatte zuletzt in einem Zeitungsinterview die Reichsgesetze des Dritten Reiches „in Rangfolge" über das Grundgesetz gestellt und in einem Flugblatt „Multirassismus" als „gegen die Natur und den Willen Gottes" bezeichnet.

Nahrath ist nach Peter Markert (NPD-Landesvorsitzender NRW) und Roland Martini (Generalsekretär des Dachverbandes Deutscher Interessen) der dritte Richter aus dem NPD-Sumpf, dem seine Ehrentätigkeit entzogen wird. Alle drei waren vom „Deutschen Arbeitnehmer Verband", einer - so ÖTV-Bezirksvorsitzender Klaus Orth, der die Amtsenthebungsverfahren mitinitiiert hat - eine Tarnorganisation der NPD. Trotzdem wurde dem DAV bislang noch nicht das Vorschlagsrecht für die Berufung ehrenamtlicher Richter entzogen. Im Moment versuche der DAV verstärkt, in den neuen Bundesländern Fuß zu fassen.

Kritik an Asylpolitik verfassungsfeindlich?

Die Bundesministerin für Frauen und Jugend Angela Merkel versucht vehement gegen die „Jungdemokraten/Junge Linke" - einer Fusion der 1982 von der FDP abgespaltenen Jugendorganisation und einer ostdeutschen Gruppe - vorzugehen. So betreibt sie momentan die Rückforderung von 50 000 DM, die dieser Gruppe zur Finanzierung politischer Bildungsarbeit bereits ausgezahlt wurde. Begründet wird die Rückforderung mit dem Vorwurf, das Geld sei größtenteils für den Druck der Zeitschrift „Tendenz" verwendet worden, die wiederum einen agitatorischen und verfassungsfeindlichen Inhalt habe. Als agitatorisch und verfassungsfeindlich wertet Frau Merkel zum Beispiel folgende Aussage eines Artikels in der „Tendenz": „Wer für die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl eintritt, mißachtet Menschenrechte. Er betreibt staatlich organisierten Rassismus und treibt die antidemokratische Entwicklung voran". Mit derselben Argumentation, belegt von ähnlichen Zitaten aus der „Tendenz", versucht Frau Merkel überdies, die „Jungdemokraten/ Junge Linke" insgesamt für nicht mehr förderungswürdig zu erklären. 1993 bekamen sie immerhin noch 280 000 DM. Nach Angaben der Organisation würde eine Streichung vor allem den internationalen Jugendaustausch betreffen.

Bemerkenswert ist immerhin, daß selbst der Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, Axel Wallrabenstein, die Befürchtung geäußert hat, demnächst würden bei der Vergabe von Fördermitteln wohl politische Wertungen entscheiden. Daß heute schon die Kritik an einer Grundgesetzänderung verfassungsfeindliche Agitation darstellen soll läßt allerdings tief blicken.

Bücher Bücher Bücher

Revolten gegen die Vernichtung

Reuben Ainsztein: Revolte gegen die Vernichtung. Der Aufstand im Warschauer Ghetto; Verlag Schwarze Risse Berlin 1993; 228 S., 25 DM

Jean-Francois Steiner: Treblinka. Die Revolte eines Vernichtungslagers; Harald Kater Verlag Berlin 1994; 342 S., 29,80 DM

Meist herrscht in der (linken) Öffentlichkeit bei der Betrachtung der Shoah das Bild vor, die Juden und Jüdinnen seien wehrlos in ihren Tod gegangen. In weiten Teilen ist dies angesichts der erdrückenden Übermacht der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschine und des Antisemitismus in den Bevölkerungen der von Deutschland besetzten Ländern richtig. Ein weiterer Grund für die „Passivität" der Juden und Jüdinnen war die Unmöglichkeit, sich das Unglaubliche vorzustellen. Aber es gab auch Widerstand. Die spektakulärsten Ereignisse, neben den alltäglichen Formen von Resistenz und Sabotage und neben dem Aufstand im Warschauer Ghetto und dem im KZ Treblinka, sind die Revolte und der Massenausbruch im KZ Sobibor im Oktober 1943; desweiteren sprengen am 7. Oktober 1944 im KZ Auschwitz Häftlinge einen Teil des Krematoriums in die Luft.

„Revolte gegen die Vernichtung" ist eine detaillierte Schilderung der „militärischen" Ereignisse vor und während des Warschauer Aufstandes (der am 19. April 1943 begann) aus der Sicht der Beteiligten. Die Entstehung der unterschiedlichen Widerstands- und Kampfgruppen und ihre widersprüchliche Zusammenarbeit vor und während des Aufstandes werden erläutert. Dabei wird auch das schwierige Verhältnis der jüdischen Aufständischen zu den außerhalb des Ghettos operierenden PartisanInneneinheiten deutlich, die den Aufstand, wenn überhaupt, nur widerwillig unterstützten. Der Aufstand konnte sich nicht auf ein (wieder-) zu erschaffendes nationales oder kommunistisches Projekt stützen, er lag quer dazu und richtete sich direkt gegen die Absichten der Nazis.

Jean-Francois Steiner beschreibt in „Treblinka" den Aufstand im KZ Treblinka, in das auch die meisten JüdInnen des Warschauer Ghettos verschleppt worden waren. Dieser fand - kurz vor der geplanten Auflösung des Lagers - am 2. August 1943 statt. 600 von 1000 Insassen gelang die Flucht. Nach einer kurzen Schilderung der Ereignisse im litauischen Wilna, wo nach dem Einmarsch der Deutschen im Jahr 1941 40000 Juden und Jüdinnen ermordet werden, wird der entwürdigende Lageralltag in Treblinka und die aufkeimende Widerstandsbereitschaft ausführlich beschrieben. Die mühevolle Planung ist wegen der geplanten Auflösung des Lagers ein Wettlauf mit der Zeit und dem eigenen Tod. Inmitten der brennenden Berge wiederausgegrabener Leichen wird der Aufstand vorbereitet, die Aufständischen sind immer wieder mit Rückschlägen konfrontiert, müssen ihre Pläne ändern, schließlich glückt der Massenausbruch. Nur 40 derer, die fliehen können, erleben das Kriegsende.

Die beiden Bücher sind wie Erzählungen geschrieben und lesen sich deshalb - wenn mensch von den grauenhaften Tatsachen absieht - nicht wie ein Sachbuch (obwohl Ainsztein viele Fakten liefert). Vor allem das Handeln der einzelnen AkteurInnen, ihre Motive und Ängste werden beschrieben. Hauptmotiv war, sich auch wenn keine Aussicht auf Erfolg bestand, zu wehren, nicht wehrlos in den Tod zu gehen, und, wenn möglich, der Nachwelt von den Greueltaten der Nationalsozialisten zu berichten. B. H.

Biologismus von oben

Detlev Franz, Biologismus von oben. Das Menschenbild in Biologiebüchern DISS-Texte Nr. 28, 1993 12,80 DM

„Eine erfolgreiche Demokratie kann letzten Endes nur aus gutem Blut entspringen; kurz gesagt, sie ist ein biologisches Problem. In diesem Licht gesehen, ist es eine erschütternde Tatsache zu hören, daß gegenwärtig das untüchtigste Viertel der Bevölkerung ungefähr die Hälfte der nächsten Generation erzeugen wird. Die größte Gefahr für jede Demokratie ist es, daß ihre tüchtigsten und dabei weniger fruchtbaren Glieder durch die Übervermehrung minderwertiger Erbstämme weggeschwemmt werden." (Linder/Hübler: Biologie des Menschen, Stuttgart 1953)

„Lest Lieder und Gedichte aus der Negerliteratur oder betrachtet chinesische oder japanische Aquarelle. Seht Besonderheiten heraus, die unserem Fühlen und Denken verwandt sind." (Duderstadt 1975)

Enthalten Biologie-Schulbücher, die derzeit im Schulunterricht verwendet werden, Elemente der NS-Schulbiologie? Werden auch heute durch Schulbücher unter dem Deckmantel der Naturwissenschaftlichkeit bio-politische Ideen im Biologieunterricht vermittelt? Detlev Franz, der in seiner Arbeit die beiden einführenden Zitate bringt, untersucht eine Reihe gängiger und noch heute allseits verwendeter Nachkriegsbiologieschulbücher auf Elemente der NS-Schulbiologie, auf Rassismus und Eugenik sowie das Thema Ehe und Familie.

Im ersten Teil des Buches beschreibt er in wenigen Sätzen die Geschichte des Biologieunterrichts bis 1933 und die darauf folgende nationalsozialistische Biologiereform, die er anhand gängiger Biologieschulbücher des „Dritten Reiches" detailliert, aber leicht lesbar belegt. Im zweiten Teil des Buches untersucht Franz die Nachkriegsschulbücher auf Umbrüche und Kontinuitäten. Mit einer Vielzahl von Belegen und weiterführenden Literaturhinweisen weist Franz auch in heutigen Biologieschulbüchern nicht-naturwissenschaftliche Elemente nach, die auch jeden Ex-Schüler zum Nachdenken anregen. Die Arbeit kommt zu dem Schluß, daß auch heute noch die Schule mit ihren Schulbüchern den Kindern bio-politische Ideologien vermittelt, die problemlos an das bio-politische Konzept der Neuen Rechten anknüpfen und die Entstehung von rassistischen Haltungen begünstigen. Durch die Kürze (90 Seiten), Übersichtlichkeit und leicht lesbare Schreibweise ist das Buch selbst für überlastete oder lesescheue Menschen sehr empfehlenswert.

Oskar Schindler: „Weder ein Held noch ein Engel"

„Schindlers Liste" entwickelt sich immer mehr zum Politikum. Seit Monaten erscheinen in allen Gazetten und Magazinen Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge. Die RezensentInnen jubeln z.T. euphorisch, „Spielberg ist es gelungen, den Holocaust in Spielfilm-Bilder zu bannen". Andere bemühen sich, vor einer Funktionalisierung des Films zu warnen, an der S. Spielberg macht- und schuldlos ist.

Zum Film

Bilder scheinen alles zeigen zu können: Leid, Elend, Freude, Trauer. Doch bei der industriell geplanten und durchgeführten Vernichtung des europäischen Judentums stockten auch diese bzw. verloren ihre Funktion, u.a. Leiden sichtbar und faßbar zu machen.

Claude Lanzmann hat in seinem 9 1/2 stündigen Dokumentarfilm „Shoa" dem Schrecken keine Bilder verliehen. Angesichts dessen, was ihm Überlebende vor der Kamera erzählten, mußte jedes Bild, das die Greueltaten der Nationalsozialisten zeigen sollte, zu einer bloßen Untertreibung werden. Deshalb hat er sich auf die Imaginationskraft seiner ZuschauerInnen verlassen. Steven Spielberg hingegen ist den vollkommen anderen Weg gegangen. Er zeigt, was Claude Lanzmann nicht gezeigt hat, nie gezeigt hätte: Bilder, die die entsetzlichen Taten der Nationalsozialisten „darstellen" sollen. Daß sie nicht zu einer unerträglichen Untertreibung werden, ist zweifelsohne Steven Spielbergs Verdienst, denn er hat sich der Vernichtung des europäischen Judentums mit der Ernsthaftigkeit gewidmet, die es verdient. Deshalb ist „Schindlers Liste" auch fast zu einem Schwarz-Weiß-Film geworden. Die einzige Farbe in dem Film, rot, coloriert den Mantel eines Mädchens; ein hervorragendes Mittel, das Individuum und damit das individuelle Schicksal aus der Masse hervorzuheben.

Allerdings gilt es auch, einiges zu kritisieren. Neben meiner anfangs gemachten Einschränkung, Bilder könnten nicht die Greueltaten der Nationalsozialisten in Gänze faßbar machen, möchte ich insbesondere auf das Ende hinweisen. So schreibt z.B. Claude Lanzmann:"Der Film handelt vom glücklichen Überleben, wo es um den Tod gehen müßte"(Globe Hebdo). Statt Mord und Vernichtung ist diesmal von Rettung und Vermehrung die Rede. Zusammen mit ihren Nachkommen, so erfahren wir, bildeten die durch Schlindlers Aktion geretteten Juden und Jüdinnen eine Gruppe, die zahlenmäßig größer sei als die gesamte jüdische Gemeinde in Polen.

Und letztendlich, so ist u.a. auch die Quintessenz des Films, erfahren sie auch Gerechtigkeit, denn Amon Göth, in gewisser Weise Schindlers böser Gegenspieler, der „mal eben" zwischen Bett und Frühstück einen Juden ermordet, wird am Ende des Films für seine Taten gehenkt. Der Film holt also dort eine Gerechtigkeit ein, die in Wirklichkeit leider ausgeblieben ist.

Zur sogenannten Geschichtsbewältigung

Der Erfolg von „Schindlers Liste" hat auch JournalistInnen unvorsichtig gemacht, bzw. sie ziehen m.E. nach die falschen Schlüsse, wenn sie die hohen ZuschauerInnenzahlen als Beweis für ihre These angeben, die Deutschen wollten sich mithilfe des Films mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinandersetzen. Setzt man diese These in Bezug zur mittlerweile bekannten Emnid-Umfrage zum Thema „Antisemitismus in Deutschland", klingt sie nur lächerlich, denn 52% der Befragten wollen die Diskussion um die Vernichtung des europäischen Judentums beenden. So lehnen auch 42% der Westdeutschen und 20% der Ostdeutschen eine nationale Holocaust-Gedenkstätte ab. Hier kann also von einer Auseinandersetzung nicht die Rede sein, sondern von einer „Geschichtsbewältigung", die sich durch ein Verdrängen um die Schuld an der Vernichtung des europäischen Judentums auszeichnet.

So läßt z.B. die „Welt" einem Willi Tremper die Möglichkeit, in ihrem Blatt gar zu schreiben, daß die in dem Film gezeigte Räumung des Krakauer Ghettos so blutrünstig nicht gewesen sein könne. Er stützt sich dabei auf niemand geringeren als einen Herrn Himmler. Im übrigen bietet die „Welt" ihm auch ein Forum für seine Klage, daß er es schon 1945 als 16-jähriger als Zumutung empfunden habe, sich als „Deutscher im Kollektiv schuldig zu fühlen."

Derartige Töne würde natürlich niemand in der als linksliberal bekannten Wochenzeitung „Die Zeit" anschlagen. Allerdings machte die Titelseite vom 21.01.94 auch klar, welche Interessen auch sie hegt und pflegt, wenn ihr Filmredakteur fragt: „Warten, bis Spielberg kommt - Von ´Holocaust´ bis ´Shindlers Liste´: Hollywood bewältigt die deutsche Vergangenheit. Und wir?" Wann werden endlich „wir" als Deutsche unsere Vergangenheit so bewältigt haben, daß es niemanden in diesem Lande mehr aufhorchen läßt, wenn 20% der Deutschen in einer Umfrage angeben, daß sie keine Juden zum Nachbarn haben wollen?!

Des weiteren weist wieder einmal C. Lanzmann auf eine Gefahr hin, die „Schindlers Liste" insbesondere in Deutschland innewohne, denn „schließlich werden es die Deutschen gewesen sein, die die Juden gerettet haben. Das ist die Lehre, die man aus diesem Film ziehen wird"(Die Woche, 21.04.94). Leider ist dies nicht an den Haaren herbeigezogen; einen Beweis dafür liefert der Historiker Michael Wolffsohn in einem Aufsatz für die „Bunte". In diesem bestreitet er, daß die „millionenfache Judenermordung" die „Schuld der Deutschen" sei."Nicht zuletzt deshalb, weil Judenretter Oskar Schindler eben auch ein Deutscher war." Dazu ist eigentlich nur folgendes zu sagen:Die Tatsache, daß es auch Deutsche gegeben hat, die Widerstand gegen das NS-Regime leisteten und Juden und Jüdinnen vor dem sicheren Tod retteten, ändert nichts an der von ihm industriell geplanten und durchgeführten Vernichtung des europäischen Judentums.

Warum stößt „Schindlers Liste" dann auf so große Resonanz?

Fällt schon mal die These weg, die deutsche Bevölkerung wolle sich mittels des Films mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen, wage ich die Behauptung, daß der Film u.a. so attraktiv ist, weil sich die Deutschen gerne mit Oskar Schindler identifizieren. Dabei ist auch noch auf eine Stärke des Films hinzuweisen, nämlich, daß er die 2 Seiten der Person Oskar Schindlers aufzeigt. Oskar Schindler war kein Widerstandskämpfer, der aus moralischen Gründen gegen die Judenvernicht-

ung kämpfte. Er war als Unternehemer der typische Ökonom, der Juden und JüdInnen einstellte, weil sie billiger waren. Seine Beweggründe, warum er später sein ganzes Vermögen für die Rettung von ca. 1200 Juden und Jüdinnen einsetzte, bleiben ungeklärt. Lola Orzech beispielsweise gehörte zu den 300 Frauen, deren Namen auf der Liste standen. Dennoch ist Oskar Schindler für sie „weder ein Held noch ein Engel" gewesen. „Er erkannte, daß die Deutschen den Krieg verlieren, und wollte auf der richtigen Seite sein. Er wußte ‚daß wir ihn nach dem Krieg unterstützen würden, wenn er uns hilft. Menschlichkeit? Ja, ein wenig Menschlichkeit hat wahrscheinlich auch eine Rolle gespielt." (Die Woche, 3.3.94)

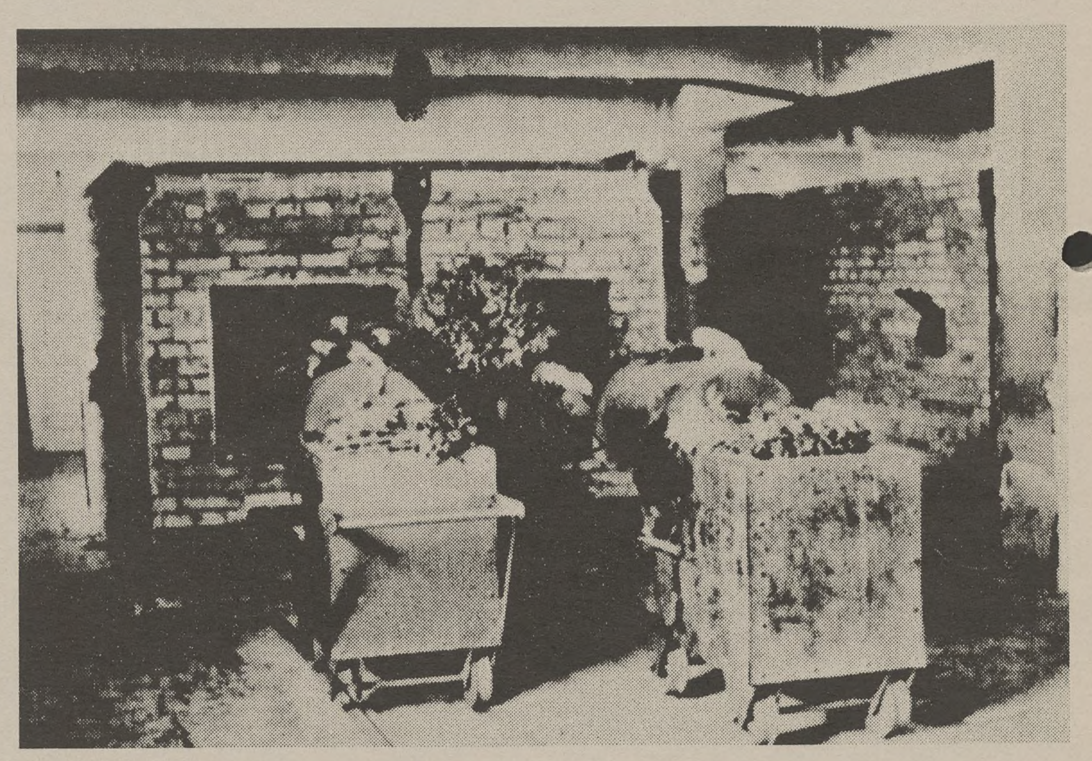
Ein wenig Menschlichkeit hat Oskar Schindler, bis dato Opportunist und Kriegsgewinnler, wohl dazu veranlaßt, seine jüdischen Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Tod zu retten. Er gehört dem viel zu kleinen Teil der deutschen Bevölkerung an, die sich dem NS-Regime widersetzten und Widerstand leisteten. Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung hat dies nicht getan; sie hat normal weiter funktioniert, wie z.B. der Bahnbeamte: emsig beschäftigt, „seine Züge" pünktlich nach Auschwitz abfahren lassen zu können.

Ihre Söhne und Töchter sitzen jetzt im Kino und identifizieren sich mit Oskar Schindler und vergießen literweise Tränen „vor Rührung über das auf der Leinwand erscheinende Gute, das ja nichts anderes als das sichtbar gemachte bislang verborgenen eigene Gute ist" (Die Woche, 21.04.94).

Mit anderen Worten: Der nationale Freudentaumel läßt grüßen,weil sich die deutsche Bevölkerung endlich in Schindler, dem Retter, wiederfinden kann, nachdem sie sich jahrzehntelang damit „abfinden" mußte, auf den internationalen Bildschirmen als „Eichmanns Kinder, Hitler-Krauts und Nazi-Boches präsent zu sein"(Henryk M.Broder, Die Woche, 21.04.94).

Von deutschen Intellektuellen und ihrem Ringen ums Nationale

„Gegen das Vergessen, das Vergessen dessen was geschehen ist, läßt sich jederzeit die Erinnerung mobilisieren. Keine Rettung jedoch gibt es gegen eine Erinnerung, die, anstatt unsere Schuld bei den Toten abzutragen, die Vergangenheit den Lebenden verfügbar macht, ihnen zum Seelenersatz dient, ihr Gewissen einschläfert, ihre Ideologischen Gewißheiten stählt und den Zeitgeist, in seiner charakteristischen Mischung aus Zynimus und Sentimentalität, zur Unterhaltung dient."
Alain Finkielkraut



Am 27.04.94 erschien in den „Kieler Nachrichten" ein Artikel mit der obigen Überschrift, in dem ein Ausspruch Richard von Weizsäckers zitiert wurde, den dieser auf der Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung in Weimar an die anwesenden Gäste richtete: „Noch tasten wir nach den Inhalten der Nation mit dem Adjektiv deutsch, und doch können wir nicht darauf verzichten, selbst wenn wir es wollten." Er rief die Deutschen dazu auf, sich über die eigene Identität und Rolle im wiedervereinigten Staat klarzuwerden.

In der selben Zeitung wurde der Kanzlerkandidat der SPD, Scharping, mit der Feststellung zitiert, der Rechtsradikalismus stelle im Moment keine *„richtige Gefahr"* dar. Scharping führt das auf die in

letzter Zeit verstärkt geführte Debatte über die Ursachen radikalen Verhaltens zurück, „*...und das sind für mich nach wie vor die hohe Arbeitslosigkeit und viele andere Ungewißheiten und Ungerechtigkeiten.*" So etwas produziere Angst und Aggressionen, „*...und jeder weiß, daß daraus Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhaß entstehen kann.*" Scharping rief die Parteien auf, sich nicht „*...nach der Methode zu streiten, alles was die anderen sagen, ist von vornherein Blödsinn.*" Dies sei gefährlich in Wählerkreisen, die eine starke Orientierung durch klare politische Situationen brauchten. Denn, wenn Millionen Deutsche arbeitslos sind, verunsichert und ohne Perspektive, verärgert über hunderttausend Artfremde, die es auf deutsches Geld abgesehen haben, in Stich gelassen und frustriert von zerstrittenen, untätigen Politikern, neigen sie dazu, Denkzettel auszustellen, indem sie sich zusammenrotten zu Taten, die sie eigentlich verabscheuen, oder Parteien zu wählen, die zu wählen ihnen niemals eingefallen wäre, wenn die Umstände sie nicht förmlich dazu gezwungen hätten. In einer legendären Protestwahl beispielsweise haben 43,9 % der deutschen, keiner von ihnen ein Nazi, aber viele arbeitslos und alle verunsichert, enttäuscht von den Politikern und provoziert durch „*jüdische Schmarotzer*" ihre Stimme einer sogenannten NSDAP gegeben. Das war am 5.März 1933.

Zwar ist dieses Beispiel an den Haaren herbeigezogen, Rassismus und Antisemitismus sind keine rein deutschen Erscheinungen sondern haben überall in Europa Konjunktur. Warum soll für Deutschland nach den Nächten von Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Mölln und Solingen nicht dasselbe gelten, was Frankreich, Großbritannien und Italien für sich beanspruchen, daß die Rechten zwar Krawall machen, nicht aber die bürgerliche Demokratie gefährden ? Es sind nicht die mordwütigen Banditen, die den Unterschied machen, sondern die Reaktionen der anständigen Bürger, der Polizei, der Regierung, der Opposition und der Intellektuellen.

Wenn hier Miethäuser in Krematorien verwandelt werden, Hunderte von Bürgern bei einem mehrere Nächte dauernden Pogrom gegen ein Ausländerwohnheim Beifall klatschen und vor brennender Häuserfassade über ihre beengten Wohnverhältnisse klagen und das ganze dann von Presse und Politik als „ *Wut auf den Staat*" bezeichnet wird, den Mordbrennern von Sozialarbeitern und Politikern ein Motiv dahingehend verschafft wird, daß diese durch die „*Soziale Lage*" besonders verunsichert seien, und der Bundespräsident die Landsleute erst einmal darüber aufklären muß, daß man Ausländer nicht einfach anzünden darf, schon gar nicht die, die hier arbeiten und Steuern zahlen, weil dies „*schlecht für das Ansehen Deutschlands im Ausland*" ist und sofort zu rigiden Gegenmaßnahmen gegriffen wird, nämlich die „*Beseitigung der Ursachen*" -in diesem Fall der Ausländer und des Asylrechts-zeigt sich der klare Dissens von Mob und Elite: „*Deutschland den Deutschen, Ausländer raus*" als verbale Artikulierung wird pariert mit dem realen Vollzug dieser Forderung unter der Bezeichnung *Sicherer Drittstaat, Sichere Grenzen* und *Konsequente Abschiebung*, sowie dem trotzigen Hinweis, daß „*... die Deutschen aus ihrer Geschichte gelernt haben.*"

Nun ist angesichts der vielen Toten, die durch faschistischen Terror in den letzten Jahren ihr Leben auf gewaltsame Weise verloren und den frommen Äußerungen z.b. des Paters Basilius Streithofen, zeitweise auch Berater des Bundeskanzlers Kohl, der die Juden und die Polen als die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers bezeichnete, natürlich die Frage gerechtfertigt, was sie denn gelernt haben.

Der Historikerstreit 1986

Die Sprache weist der Tatsache ihre Bedeutung zu

„*Was gehört zur Deutschen Geschichte? Für mich gehören dazu auch Auschwitz und Bergen-Belsen, das Entsetzliche, das dort geschehen ist. Die Rache, die im deutschen Namen in Polen und anderswo geübt wurde, die Rache, die Deutsche dann durch Polen erfahren haben.*" H.Kohl (Welt 01.10.86)

Entsetzliches ist also in Auschwitz geschehen, und irgendwer (wer eigentlich?) hat im Deutschen Namen Rache (wofür gleich?) geübt, auf jedenfall aber haben Deutsche unter der Rache der Polen gelitten.

Nicht gesagt wird, daß es Deutsche waren, die Auschwitz planten, aufbauen ließen und betrieben. Nicht gesagt wird, was das Entsetzliche war, was in diesem und in den anderen Lagern geschah, nämlich die planmäßig durchgeführte Vernichtung von Menschen, denen man aufgrund ihrer Religion, Nationalität oder sonstigen Gründen ganz einfach die Existenzberechtigung nahm. Das alles hat einen enormen Aufwand an Organisation erfordert, angefangen bei der Erfassung der zu vernichtenden Menschen bis hin zur Verwertung des brauchbaren Materials wie z.b der herausgebrochenen Goldzähne. Das „*passiert*" nicht einfach. Nicht gesagt wird, daß es nicht der deutsche Namen war, der Polen überfiel und damit den zweiten Weltkrieg begann, sondern Deutschland, also die Deutschen. Gesagt wird aber, daß sie, die Deutschen, konkret gelitten haben, nämlich durch die Polen oder ersatzweise, durch die Bombadierung deutscher Städte und -natürlich- an der Teilung.

Wie es zu einer derartigen Betrachtungsweise kommt, wie man hier darüber hinaus zu einer einstimmung nahezu aller Institutionen auf ein solches „*Geschichtsverständnis*" gelangte, darüber soll der nachfolgende Abriß über ein Ereignis, welches erst einige Jahre zurückliegt, eine Vorstellung vermitteln.

Die Vorbedingungen des Historikerstreits

Um zu verstehen, was 1986 unter der Bezeichnung Historikerstreit geschehen ist, ist es sinnvoll, das Augenmerk auf zwei Dinge zu lenken. Nach dem Ende der Sozial-Liberalen Koalition und der Ankündigung der „*Geistig-Moralischen Wende*" in der Politik und Gesellschaft wurde als ein Ziel das Aussöhnen der Deutschen mit ihrer Geschichte, sowie der Schaffung eines neuen Selbstbewußtseins der Nation genannt. Was das heißt, wurde in der Bundestagsdebatte zur Lage der Nation am 23.06.83 von Alfred Dregger, damaliger Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion so formuliert:

„*Die deutsche Nation ist zwischen Ost und West geteilt, aber sie besteht fort. Die Gefahr des Verlustes droht nicht dort, wo sie im Ost - West Konflikt einen historischen Härtetest unterworfen wird, sie droht vielmehr bei uns hier. Zwischen 1965 und 1975 ... hat ein Bruch mit der Mehrzahl der Traditionen stattgefunden, die zur Substanz unserer nationalen Identität gehört haben und gehören. Das berührt die Einheit der Nation ganz unmittelbar ... Die deutsche Identität insgesamt wurde ins Zwielicht gerückt. Aber mehr*

noch : Auch die deutsche Geschichte wurde hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt gesehen, inwiefern sie zur nationalsozialistischen Herrschaft führen konnte. Das hatte zur Folge, daß die deutsche Geschichte insgesamt abgewertet wurde. Seitdem gibt es ein Trauma in unserer Selbsteinschätzung ... Die Wende die wir politisch erreicht haben und nun durchsetzen wollen, wird ihre Bewährungsprobe nicht zuletzt darin zu bestehen haben, unsere nationale Identität in der Identität unserer Werte wiederherzustellen ... Ich lade ein, sich wieder mit dem Wurzelgrund unserer Kultur zu befassen."

Damit war die politische Vorgabe für ein Unternehmen gegeben, welches die Bundesrepublik als logische Entwicklung der deutschen Geschichte herausstellen soll, welche im Rahmen der freiheitlich - demokratischen Grundordnung eines Tages die nationale Selbstbestimmung erlangen soll. Dafür freilich bestand die Notwendigkeit, den Nationalsozialismus in einer bestimmten Form aus dieser Entwicklung herauszunehmen, denn zwischen Goethe / Weimar und der Bundesrepublik liegen Auschwitz,Treblinka, okkupierte und terrorisierte Länder sowie die Tatsache, daß die Deutschen mit Gewalt vom Nationalsozialismus getrennt werden mußten. Nun gab es zwar schon seit Kriegsende Versuche seitens deutscher Historiker und Schriftsteller, die Deutschen von der Verantwortung für die Taten der Nazis zu befreien, was durch die Einbeziehung der BRD in den kalten Krieg erheblich gefördert wurde, die Existenz zweier deutscher Staaten jedoch erinnerte jeden an die unmittelbare Vorgeschichte. So waren die revisionistischen Kräfte in ihrer Argumentation hauptsächlich darauf konzentriert, die Schuld am zweiten Weltkrieg zu leugnen und die Verbrechen an den Deutschen zu beklagen, um damit gegen Reparations- und Wiedergutmachungsansprüche zu polemisieren. An der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten und dem Holocaust wurde von offizieller Seite jedoch nicht gezweifelt. Dies ließ man als *„dunkle Zeit in der im deutschen Namen unfaßbares geschah"* verschämt im Abseits stehen. (Daß es bereits seit den fünfziger Jahren revisionistische Hetzschriften gab, in denen von der Auschwitzlüge die Rede war, bleibt hier deswegen unberücksichtigt, weil diese bis dahin noch nicht in den offiziellen Diskurs eingeflossen waren.) Der wissenschaftliche Diskurs wurde jedoch bestimmt vom *„Phänomen Hitler"*, das Vehikel, auf den sich alle begangenen Verbrechen abwälzen ließen. In die Öffentlichkeit wurde dies durch Filme wie *„ Hitler, eine Karriere"* von J.C.Fest transportiert, ein Film, der einen mit dem schönen Gefühl entließ, die Verbrecher waren irgendwelche anderen, schlimmstenfalls Hitler. Jetzt also, nach der Wende, sollte es einen großen Schritt weiter gehen. Die Losung hieß: Das Trauma überwinden, eine neue Selbsteinschätzung finden.


„Geschichte von ganz unten" - Frankfurt, jüdischer Friedhof, Ostern 1975

An die Arbeit. Das Jahr 1986

Das Signal für die öffentliche Debatte der nationalsozialistischen Verbrechen gab Anfang des Jahres Elisabeth Noelle-Neumann, Kanzlerberaterin in Fragen der Demoskopie. Sie war bei der Auswertung einer ´Internationalen Wertestudie´ zum Thema ´Nationalgefühl und Glück ´ zu dem Ergebnis gekommen *„ daß die Deutschen im Weltmaßstab den geringsten Stolz auf ihre Nationalität äußerten."* Dies erklärte sie so:

„...die Deutschen trauten sich...nicht mehr zu sagen,daß sie auf ihre Nationalität sehr stolz seien. Schließlich sei ihnen oft genug gesagt worden, daß sie Trauerarbeit zu leisten hätten und daß für sie Nationalstolz fehl am Platze sei ... die Schwächung der nationalen Idee aber schwächt ein Land nach innen wie nach außen...Das Vertrauen in nahezu alle Institutionen des Staates ist beeinträchtigt, wenn Stolz auf die eigene Nationalität fehlt...Der enge Zusammenhang zwischen nationalem Stolz und Verteidigungsbereitschaft, Vertrauen in die Institutionen, der generellen Bereitschaft zur Einordnung in die Person übergreifende Zusammenhänge legt für einen Staat geradezu zwingend die Förderung der nationalen Idee nahe." (E. Noelle-Neumann : Die verletzte Nation, Allensbach 1986)

Versäumnisse in dieser Hinsicht seien - so Noelle Neumann - der Geschichtswissenschaft, Philosophie, Theologie und Sozialwissenschaft anzulasten.

Sie hätten *„ ... uns wenig ausgerüstet, uns mit so etwas wie einem Nationalcharakter auseinanderzusetzen."* Die Hauptverantwortung liege aber bei der Geschichtswissenschaft. Diese Warnung blieb nicht ungehört. Am 6. Juni 86 druckte die FAZ eine Rede Ernst Noltes ab, die dieser angeblich auf der deutschen Historikertagung in Frankfurt nicht habe halten dürfen. Der Titel lautete: *„Vergangenheit, die nicht vergehen will."* Nolte trifft nach einer komplizierten Einleitung den entscheidenden Punkt seines Vortrags, den er als rhetorische Frage verkleidet : *„Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ´asiatische´ Tat vieleicht nur deshalb,weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ´asiatischen´ Tat betrachteten? War nicht der ´Archipel GULag´ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ´Klassenmord´ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ´Rassenmord´ der Nationalsozialisten?"* *Was weniger umständlich ausgedrückt heißen soll, daß die Vernichtung der europäischen Juden nur eine vorweggenommene Notwehrmaßnahme gegen die bolschewistische Bedrohung war, und in der Anwendung der Mittel, der Errichtung von reinen Vernichtungslagern und Arbeitslagern, bei Stalin abgeguckt wurde, also eigentlich keine deutsche Besonderheit, sondern die Kopie eines „...ursprünglich asiatischen Verbrechens."* (Nolte, ebd.)

Das einzig besondere, so Nolte, sei der *„technische Vorgang der Vernichtung"* - die Vergasung. Darüberhinaus könne, so Nolte, Hitler ein Recht gehabt haben, die

deutschen Juden als Kriegsgefangene zu internieren, da Chaim Weizmann als Präsident der Jewish Agency im September 1939 gesagt habe, die Juden stünden im soeben von Hitler begonnenen Krieg auf Englands und aller Demokraten Seite.

(In diesem Brief an den damaligen britischen Priemierminister Chamberlain hatte Weizmann darauf verwiesen, daß der 25. Zionistenkongreß in Genf am 25. August 1939 beschlossen hat, die Auseinandersetzung mit der Britischen Mandatsmacht in Palästina zurückzustellen, und sich im Falle eines Krieges auf die Seite der Britischen Krone zu stellen. Diese sogenannte *„jüdische Kriegserklärung"* wird von den Geschichtsrevisionisten gerne als Argument für die Kennzeichnungs- und Meldepflicht der deutschen Juden herangezogen, wobei allen bekannt ist, daß der Jüdische Weltkongreß im Jahre 1939 etwas über eine Million Mitglieder zählte, also knapp sechs Prozent der gesamten jüdischen Weltbevölkerung, und damit nur einen Bruchteil der damals noch in Deutschland lebenden gläubigen Juden vertrat. Es ist also mehr als absurd, von einer Kriegserklärung zu sprechen, zumal dieser Beschluß auch unter dem Eindruck einer Rede Hitlers geschrieben wurde, die dieser am 30. Januar 1939 im Reichstag gehalten hatte, und in der er die Vernichtung der Juden in Europa ankündigte: *„... Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."*)

Nolte schloß damals mit der Erwartung, daß endlich die *„Tyrannei des kollektivistischen Denkens"* beendet werde, und es ein Ende habe mit der Kritik an *„den"* Juden, *„den"* Russen und, eben, *„den"* Deutschen.

Übrigens alles Thesen, die Nolte nicht erst jetzt formulierte; im wesentlichen stand dies bereits in einem 1978 erschienenen Aufsatz; nur war die Beachtung die sie damals fanden, sehr gering. Nun aber war der Boden bereitet, um damit in die breite Öffentlichkeit zu gehen.

Was heute, wo Auschwitz sich nicht mehr in Polen, sondern wahlweise in Bosnien oder in den Seelen von *„sechs Millionen DDR Bürgern"* befindet, Hitler in Bagdad ebenso geortet wird wie in Rußland, niemals mehr einen Sturm im Zeitungsfeuilleton auslösen würde, rief damals heftigen Widerspruch hervor, dessen herausragenste Position wohl Jürgen Habermas formulierte, dessen Artikel am 11. Juli 1986 in der ZEIT erschien, und dessen wesentlicher Bestandteil darin lag, unter Verweis auf die Westbindung der BRD, die Vergangenheit als Teil der eigenen Geschichte zu akzeptieren, und die *„vorbehaltlose Öffnung der BRD gegenüber der politischen Kultur des Westens..."* als *„...große intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit, auf die gerade meine Generation stolz sein kann..."* zu begreifen. Das Ergebnis von Noelle-Neumanns Studie zeige doch gerade, das sich eine neue Identität der Deutschen herausgebildet habe, die trotz der eigenen Vergangenheit oder -gerade wegen ihr- eine selbstbewußte Nation darstelle. *„...daß wir die Chance, die die moralische Katastrophe auch bedeuten konnte, nicht ganz verspielt haben."* Statt des alten, *„konventionellen"* Patriotismus sei vielmehr ein anderer anzuwenden:

„Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus. Eine in Überzeugung verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien hat sich leider in der Kulturnation der Deutschen erst nach - und durch - Auschwitz bilden können. Wer uns mit einer Floskel wie „Schuld- Besessenheit" die Schamröte über dieses Faktum austreiben will, wer die Deutschen zu einer konventionellen Form ihrer nationalen Identität zurückführen will, zerstört die einzig verläßliche Basis unserer Bindung an den Westen." (Alle Zitate: J.Habermas, ZEIT 11.Juli 86)

Damit war zwar einerseits eine klare Gegenposition bezogen worden, andererseits wurde aber in dieser Argumentation auch das Feld abgesteckt, in dem die offizielle Diskussion um den Nationalsozialismus nunmehr geführt wurde. Auch Habermas mühte sich also um das Selbstbewußtsein der Deutschen im Bezug zu ihrer Geschichte, jedoch anders als Nolte bestreitet er nicht die Singularität der deutschen Ausrottungspolitik, sondern begreift diese als Chance, sich als geläuterte Nation neu zu konstituieren. Auch Habermas bezeichnet die Vernichtung von sechs Millionen Juden und das Führen eines mörderischen Eroberungskrieges als bloß *„moralische Katastrophe"*, verwahrt sich aber entschieden gegen eine *„Entsorgung der Vergangenheit"* und verweist stattdessen auf den wichtigsten Moment der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft - den Stolz auf das ´Wirtschaftswunder´ und die ökonomische Stärke der Bundesrepublik an welchem die Bürger der BRD alleinigen Anteil hätten, weil sie es auch selber erreichten. Ein Argument, was nach der Wiedervereinigung natürlich gar keinen Wert mehr hat.

Beiden - Nolte und Habermas - gemeinsam ist das Bemühen, die Beziehung zur eigenen Geschichte zu normalisieren, dem einen damit, Auschwitz als *„undeutsche"* eigentlich *„asiatische"* Tat zu kennzeichnen, dem anderen damit, gerade aus dieser Vergangenheit die besondere Fähigkeit der Deutschen, aus ihrer Vergangenheit zu lernen, abzuleiten. Etwas was heute etwa in anbetracht des Krieges auf dem Balkan die Grünen Kriegsbefürworter ihren Einsatz für eine deutsche Beteiligung mit den Worten *„Gerade weil wir aus unserer Vergangenheit eine große Verantwortung gegenüber unterdrückten Minderheiten haben..."* sich auf das unerträglichste ausdrückt. Als ob der Massenmörder gegenüber seinen noch einmal davongekommenen Opfern eine ganz besondere Fürsorgepflicht besäße, oder sich die Deutschen, dadurch daß sie ganz real Völkermord betrieben, ein Recht darauf gesichert hätten, auch bei zukünftigen Kriegen ein gewichtiges Wort mitzureden, statt wie es nahe liegt, sich aus solchen Dingen ein für alle mal rauszuhalten. (Habermas selber hat 1992 in einem Beitrag zur Asyldebatte noch einmal auf das spezifische Verständnis der Deutschen von Nation und Staatsbürgerschaft bezug genommen, und sehr genau die konstruierte Debatte in zeitlicher Abfolge analysiert, sieht jedoch in den sehr verspätet erfolgten Reaktionen der Öffentlichkeit eine Bestätigung seiner damaligen These vom ´Verfassungspatriotismus´: *„Der Mord an den drei Türkinnen in Mölln hat einen politischen Affekt ausgelöst, der unverkennbar ist, die Menschen auf der Straße verteidigen die Standards eines in der alten Bundesrepublik eingeübten und halbwegs selbstverständlich gewordenen zivilen Umgangs miteinander. Die Bevölkerung ist besser als ihre Politiker und ihre Wortführer. Ihr vielstimmiger Protest will die Zivilisierung der Bundesrepublik fortsetzen. Er steht ... in der Kontinuität jener besseren Traditionen der alten Bundesrepublik, die allein aus der reflektierten Abkehr von einer heute wieder als vorbildlich beschworenen , Nationalität , erwachsen konnten. Hinter den Särgen der Opfer der rechten Gewalt scheint das republikanische Bewußtsein wieder wach zu werden."*

J. Habermas ,Vergangenheit als Zukunft, München 1993

Da seit Mölln noch erheblich mehr Särge dazugekommen sind, die Lichterketten ein wenig kleiner oder ganz ausfallen, darf man wohl sagen, daß statt *„republikanischem Bewußtsein"* hinter den Särgen eher das Bewußtsein von Republikaner - Wählern steckt.)

Das Ende des Historikerstreits damals war ein Kompromiß, der sich am besten in einer Rede Richard von Weizsäckers darstellt, in der er folgendes sagt: *„Wir müs-*

sen Verständnis zeigen für die, die immer noch wegsehen.. Wir müssen dem, der sich in seiner Verstörtheit verschließt, Mut zur Wahrheit machen (!)...“ Was das für eine Wahrheit ist ? Herr Weizsäcker bitte :

„Das deutsche Volk hat, wie andere Völker auch, immer wieder unter der Geschichte gelitten, wahrlich nicht erst seit 1933 (!). Was aber ihm und seinen Nachbarn unter den Nationalsozialismus wiederfuhr, dafür kann es nicht andere verantwortlich machen. Auschwitz bleibt singulär, es geschah im Geflecht der historischen Bezüge. Zugleich ist alles in der Geschichte singulär.“ (R.v.Weizsäcker, 12.10.88, Bamberger Historikertag.)

Auschwitz ist also singulär, genauso wie die Bombadierung Dresdens oder die Ausrottung der Nordamerikanischen Indianer oder anderes. Wir haben eine Vergangenheit, schlimm zwar, aber - wer hat die nicht? (Hier sei noch auf ein Ereignis hingewiesen, welches 1985 auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg stattfand, wo der damalige Präsident der USA, Ronald Reagan, auf Drängen des Bundeskanzlers H. Kohl mit diesem eine besondere Art der ´Versöhnung über den Gräbern´ feierte. Den *„Opfern des Krieges auf beiden Seiten ...“* sollte gedacht werden *„ ... die ihr Leben in einem sinnlosen Krieg verloren.“* Wobei da schon der Krieg der Allierten gegen Deutschland als *„sinnlos“* bezeichnet wurde, und einzig die Tatsache, daß einige der dort begrabenen deutschen Soldaten Angehörige eines Waffen - SS - Battaliones waren, für einige Aufregung sorgte. Ansonsten ist die Tendenz der Gleichmacherei mittlerweile ins Obszöne gesteigert worden, seit nach der Wiedervereinigung in Deutschen KZ - Gedenkstätten auch den *„ Opfern des stalinistischen Terrors“* gedacht werden soll.)



Amerikaner in Vietnam: Über eine Million Tote



rikanischer Sklavenmarkt: Leichen im Keller

Nicht Noltes These der Gleichheit zweier Systeme hatte sich - vorerst- durchgesetzt, sondern die, daß beide einzigartig waren. Habermas ist am Ende dieser Auseinandersetzung faktisch verschwunden, jedoch wurde das Ende der Auseinandersetzung als *„ Sieg der Vernunft“* (Spiegel 13. November 1987) gefeiert. Damit war der Boden für eine *„sachliche Debatte“* der Deutschen Geschichtsbetrachtung geebnet, und die Verantwortung der Deutschen gegenüber ihrer Vergangenheit entgültig ad acta gelegt.

Da es dabei nicht bleiben sollte, die Anforderung an die rechte Sicht der Geschichte durch die Wiedervereinigung der zwei deutschen Staaten viel weitergefaßt wurde, es nun also an das Eingemachte , an die *„tatsächliche Schwere der Schuld“*, ging, fingen auch die Debatten über Zahlen und Fakten der nationalsozialistischen Opfer an, Einzug in den öffentlich geführten Diskurs zu halten. Ab hier fingen auch die bis dahin eher abstrusen Thesen von der *„Auschwitz - Lüge“* an, sich in diesen Diskurs einzuordnen. Dieses jedoch wird Thema des zweiten Teils dieses Artikels (in der nächsten Atze) sein. S.L.

Rassismus-Reisen

Im Stadtmagazin „Station“ Nr. 5/94 findet sich auf S. 63 eine Anzeige des Reisebüros Hertel, die für die Auftraggeber hoffentlich nicht folgenlos bleibt. Man sollte dort keine Reisen mehr buchen, solange die mit der Anzeige signalisierte Werbestrategie beibehalten wird, sondern nachdrücklich dagegen protestieren und verlangen, daß solche Anzeigen nie wieder erscheinen. Not und Bedrängnis schwarzer Menschen als Hingucker zu benutzen, also zu mißbrauchen, von der Bedienung des weißen Rassismus in Deutschland profitieren zu wollen, ist einer der widerwärtigsten aktuellen Werbetrends. Gibt es keine positive Reaktion des Reisebüros auf die Proteste, sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um diese Firma in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Auch die Beschäftigten der Druckerei, in der das „Station“ hergestellt wird, haben bereits in scharfer Form gegen diese Anzeige protestiert.

(D.L.)



Bei uns buchen Sie mit Sitzplatzgarantie reisebüro hertel

Anzeige des Reisebüro Härtel

Antifa-Broschüre
zur **"Jungen Freiheit"**

"Neu-Rechte" Zeitung zwischen Natio-nalkonservatismus und Neofaschismus

Inhalt::

Theoretische Grundzüge:
Theorie der Neuen Rechten / Linke Vorbilder und Zielgruppen / Konservatismus versus Liberalismus / Konservative Revolution / Sprache als Manipulationsinstrument

Politische Schwerpunkte:
Geschichtsrevisionismus / Frauen in der JF / Kultur als Formzwang / Rassismus / Antisemitismus / Neuordnung Europas / Revanchismus

Personen und Verbindungen:
Der konservative Sumpf / Verbindungen ins Ausland / JF-Lesekreise und ihr Umfeld / Burschenschaften / Wer macht die Zeitung: Who is who? / Personenregister

Herausgeber:
Antifaschistisches Broschürenkollektiv
Es ist zu erreichen über Hochschulantifa, AStA Uni Hamburg, Von-Melle-Park 5, 20 146 Hamburg oder Antifaschistische Initiative Moabit (AIM) s. u.

Preis: 5,- DM (80 S. DIN A4)

Zu kriegen in jedem guten Buchladen oder zu bestellen bei:

Bis 5 Exemplare:
Preis: 5,- DM plus Portopauschale 3,- DM (Nur gegen Vorausbezahlung)
Antifa-Versand, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Ab 5 Exemplaren:
Preis: 30% Rabatt plus Porto
GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg oder
AIM, Postfach 210235, 10502 Berlin



Antirassistische Zeitung

Für die **Öffentlichkeitsarbeit** von antirassistischen Gruppen bestens geeignet:

Jeden Monat 4 Seiten gegen den deutschen Rassismus.

morgengrauen hat einen massenfreundlichen Stil - trotzdem gilt für die Redaktion der Grundsatz: **Keinen Kompromiß mit dem Rassismus!** Und trotz der Verständlichkeit für "Anfänger" gibt's auch für "Insider" noch genügend Informationen und Diskussionsstoff.

Zum **Selberlesen** und zum **Verteilen** (Spenden einsammeln!) auf öffentlichen Straßen und Plätzen, bei Veranstaltungen und an Info-Tischen...

100 Stück incl. Porto für 25,- Mark, gestaffelte Preise. Probenummern, Infos und Bestellungen bei: **morgengrauen** c/o SoZ-Verlag, Dasselstr. 75, 50674 Köln, Tel: 0221/211555

Daß du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen.



Unsere türkischen & kurdischen Freunde, unsere kurdische Freundin sind im Knast. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten einen Faschisten getötet. Wir wissen nur, sie haben sich gegen die Kälte & gegen die gewehrt, die ihnen das Recht absprechen wollen, in diesem Land zu leben.

Wir brauchen Geld für ihre Unterstützung.

Spendet an: R. Stüker
Stichwort: "Antifa"
Kto-Nr: 240 297 679
Sparkasse Berlin
BLZ: 100 500 00

Infos: FreundInnen und UnterstützerInnen, c/o Kreuzbüro, Großbeerenstr. 89, 10963 Berlin

Nr 3 April/Mai

off limits

aus dem Inhalt

Abschiebeknäste in der BRD
Ich möchte nicht mehr sitzen hier für Deutschland...

Flüchlingsbewegung
Wir haben mit dem Stock gedroht...

Innere Sicherheit
Die informationelle Sonderbehandlung
Völkisch programmierter Großrechner für Europa 2000ff...

Neue Rechte

Togo: Das Militär tötet ungestraft...

kostet 5,-dm

Bestellungen an:
off limits
c/o Haus für Alle
Amandastr. 58
20357 Hamburg

oder telefonisch:
Antirassistisches Telefon
Hamburg 040/ 43 15 87
Fax: 040/ 430 44 90

Sponti Hansa

DIE KNEIPE IN DER HANSASTRASSE 48

Öffnungszeiten:
Dienstag - Sonntag 19 - 1


AUTONOMES MÄDCHENHAUS
Kiel
TREFFPUNKT
UND
BERATUNG
KAISERSTR. 58, 23 KIEL 14
TEL.: 0431 - 73 37 75
MO 12 - 14 h
DI 14 - 16 h
DO 10 - 12 h
und nach Vereinbarung
ZUFLUCHT
TEL.: 0431 - 64 20 69
FÜR MÄDCHEN UND
JUNGE FRAUEN
IN NOT
AB 14 J.
Mädchennotruf
73 10 00


BAMBULE
KNEIPENRESTAURANT
BAMBULE
KNEIPENRESTAURANT
Täglich wechselndes Stammessen
Unser Biergarten ist bei schönem Wetter geöffnet
Verschiedene vegetarische Gerichte
Ostufer
Ostufer
Iltisstraße 49
Tel.: 731637


Antifaschistisches


INFO


VINETA
Minicar
7 70 70
MC Minicar Kiel
GmbH · Vinetaplatz 5
2300 Kiel 14
6 20 20

Veranstaltungshinweise

New Age und Faschismus

Die Hinwendung zum New Age, zum Spirituellen, zur religiösen Bewegung hat nach wie vor Konjunktur. Bereits zwölf Prozent des deutschen Buchhandelsumsatzes wird mit esoterischen Schriften erzielt. Das „neue Denken" ist aber oft genug ein altbekanntes. Zahlreiche autorität strukturierte Sekten und rechtsextremistische Zirkel haben dort ihren Einfluß gesucht und gefunden.

Diese spirituellen Sekten und Gruppen werden oft falsch eingeschätzt: als romantisch, aufs Jenseits bezogen, am Materiellen desinteressiert, als sanft, naturliebend und menschenfreundlich.

Über die Parallelen vieler New-Age-Strömungen mit neofaschistischen und völkischen Ideologien informiert Peter Kratz, Autor des Buches „Die Götter des New Age. Im Schnittpunkt von 'Neuem Denken', Faschismus und Romantik".

Donnerstag 2.Juni 1994   20.00 Uhr   Kiel, pumpe, Haßstraße 22

Eine Veranstaltung von ***Avanti - Projekt Undogmatische Linke***

Anne Frank-Veranstaltungsreihe

Im Theater im Werftpark wird in diesen Wochen das Stück „Anne Frank - Versteckte Kindheit" aufgeführt. An folgenden Tagen finden Aufführungen statt: 26. und 31. Mai jeweils 19 Uhr; 5., 11., 12. Juni 20 Uhr; 1. und 8. Juni 19 Uhr.

Getragen von einer Vielzahl von kommunalen Einrichtungen findet parallel ein umfangreiches Begleitprogramm statt. Nähere Informationen dazu sind dem Begleitheft zu entnehmen, das an vielen Orten öffentlich ausliegt oder angefordert werden kann bei: Signe Buhse, Bühnen der Landeshauptstadt Kiel, Rathausplatz 4, 24103 Kiel, o431/ 9012855.

Warum wir Abonnements brauchen:

Seit ca 6 Jahren erscheint die ATZE vierteljährlich. Sie wurde gegründet vom damaligen „Antifaschistischen Plenum Kiel". Inzwischen wird sie von einer eigenständigen Redaktion herausgegeben. Die Redaktion besteht aus Antifaschistinnen und Antifaschisten aus den verschiedenen politischen Spektren.

Wir versuchen:

-die Diskussionen innerhalb der gesamten antifaschistischen Bewegung darzustellen, und weiterzuentwickeln.

-über Diskussionen und Entwicklungen innerhalb der faschistischen Bewegung und Parteien, sowie der „Braunzone" zwischen Faschisten und bürgerlichen Parteien zu informieren.

Darüber hinaus beschäftigen wir uns mit den gesellschaftlichen Grundlagen, aus denen heraus sich faschistisches Gedankengut entwickelt. Rassismus und Fremdenhass sind solche Grundlagen, genau wie die Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen. Woher kommen solche Strukturen, wem nützen sie, und wie können wir dagegen angehen?

Nicht zuletzt beschäftigen wir uns mit den ökonomischen und politischen Ursachen des Faschismus.

Ohne Abonnements kann eine Zeitung wie die **atze** nicht überleben. Sie sind die Basis für die nächsten Ausgaben und Projekte. Wir haben uns vorgenommen, die Anzahl der Abos auf 1/3 der in Kiel verkauften Hefte zu steigern. Das würde für uns eine finanzielle Unabhängigkeit bedeuten, die es uns erlauben würde, die Zeitung besser zu gestalten, mehr und intensivere Recherchen zu betreiben, und gegebenenfalls ab und zu eine Sondernummer zu finanzieren, ohne dafür Schulden machen zu müssen.

Um diese Ziele zu erreichen, sind wir auf eure Mithilfe angewiesen. Jedes Abo ist für uns ein zinsloser Kredit, mit dem wir arbeiten können und spart uns Zeit und Arbeit.

Ihr könnt die ATZE ganz einfach abonnieren: Überweist 15 DM auf unser nebenstehendes Konto - Stichwort ATZE - und ihr erhaltet die nächsten vier Ausgaben brandaktuell frei Haus.

Namen und Adresse nicht vergessen!

Also - abonniert massenhaft und werbt auch bei anderen für ein Abo der ATZE

Atze

Antifaschistische Zeitung für Kiel

Schweffelstraße 6

24118 Kiel

Bankverbindung:
S. Petersen,
KtoNr.: 47 53 83 - 204 ,
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20